

**Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2015, 283 S., kart., 29,90 €, auch als E-Book erhältlich.**

Ein Gespenst geht um in der westlichen Welt, das Gespenst des xenophoben, rechtspopulistischen Arbeiters. Wenn es um die Erklärung der Erfolge von Donald Trump, des »Brexit« oder der AfD geht, weisen politische Beobachter gegenwärtig gerne auf diesen Typus hin. Dabei schienen Arbeiter doch längst von der Bildfläche verschwunden. Jürgen Schmidt nimmt sich der These vom Verschwinden der Arbeiter in seiner »Einführung« (S. 11) in die Arbeitergeschichte an, die zugleich für »[z]entrale Aspekte der Arbeitsgesellschaft im 21. Jh. [...] eine historische Tiefenverortung« liefern soll, wie es auf der Buchrückseite heißt. Die heutige Situation deutet er als Paradox: »Arbeiter sind auch heute noch Arbeiter, doch als Kategorie zur Beschreibung der westlichen Gesellschaften spielen sie kaum noch eine Rolle.« (S. 27) Mit dieser Differenzierung zwischen Arbeiter als Sozialtypus und »Arbeiter« als diskursivem Konstrukt ist eine selbstreflexive Ebene in die Arbeiterhistoriografie eingeführt. Sie kann sich als sehr fruchtbar erweisen, wirft sie doch die Frage auf, welche Rolle »Arbeiter« für das gesellschaftliche Selbstverständnis spielen. Diese diskursive Perspektive ist in Schmidts Definition mitreflektiert: Arbeiter seien körperlich-manuell tätig, abhängig beschäftigt, staatlich und privatwirtschaftlich von anderen Gruppen abgegrenzt und entwickelten eigene soziokulturelle Milieus samt kultureller Identität (S. 13). Ohne weitere Erklärung entfällt das entscheidende dritte Kriterium, die gesellschaftliche Zuschreibung, in seiner folgenden »Grunddefinition« (S. 14) jedoch. Dies verengt den Blick auf Arbeiter als Sozialtypus, tendenziell gar auf den sozialistisch organisierten (»Milieu«) Industriearbeiter (»Körperlichkeit«). Hinsichtlich der übrigen Kriterien zeigt sich im Verlauf des Buches, dass sie spätestens seit dem »Strukturbruch« der 1970er-Jahre transformiert oder gar aufgelöst wurden. So ist zweifelhaft, ob Arbeiter tatsächlich noch Arbeiter sind. Schmidt weicht diesem Problem jedoch aus, wenn er seine vorhandenen konstruktivistischen Einsichten geradezu essentialistisch (»Arbeiter gab es schon immer, und sie bildeten die Mehrzahl der Gesellschaft.«, S. 15) einhegt.

Dabei kann das Buch durchaus als Plädoyer für einen neuen Arbeiterbegriff gelesen werden. So skizziert Schmidt gleich zu Beginn Arbeitergeschichte als ein offenes, differenziertes und anschlussfähiges Feld, das von alltags-, gender-, kultur- und globalgeschichtlichen Perspektiven profitieren kann. Als Kontrastfolie dient ihm die »alte« Sozialgeschichte mit ihrem Faible für freie Lohnarbeit, Klasse und Organisation. Völlig verworfen wird sie freilich nicht. So erinnern Auswahl und Abfolge der vier Hauptkapitel – »Lebenswelt und Milieus – Arbeiterleben«, »Arbeit, Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen«, »Kultur der Arbeit, Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur«, »Organisationen, Organisationskosmos und Deutungsmuster« – an die teleologische Trias Lage-Bewusstsein-Verhalten. Schon die Kapitelüberschriften zeigen aber, dass jedem Gegenstand viele Facetten, und damit das Potenzial zu Autonomie, Eigenlogik und Eigenzeitlichkeit innewohnen. Sehr gut gewählt ist schließlich das Begriffspaar Inklusion-Exklusion, mit dem Schmidt die alte Arbeitergeschichte neu erschließen will, und zwar hauptsächlich am deutschen Beispiel der Jahre 1830 bis 1970.

Kapitel 2 bietet eine auf Statistiken gestützte Vermessung der Arbeiterschaft, die das bekannte Bild (stark gesunkene Zahl der Arbeiter, konsumgesellschaftliche Integration, Unterrepräsentanz im Bildungsbereich) bestätigt. Deutlicher wird der Bruch mit dem Modernisierungsparadigma in Kapitel 3. Hier verfolgt Schmidt zunächst die Begriffsgeschichte von Arbeit bis in die Antike zurück und weist so das seit den 1970er-Jahren infrage gestellte Normalarbeitsverhältnis als moderne Ausnahme aus. Die Arbeitsverhältnisse hätten sich ebenfalls nicht pauschal verbessert: Arbeitszeitverkürzung gehe mit Arbeitsverdichtung einher, und der Fordismus trete wie zuvor der Patriarchalismus als Herrschaftsanspruch den Arbeitern entgegen. Dennoch sei es zu einer Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen gekommen, und Mitbestimmung habe sich auch als ökonomisch sinnvoll erwiesen. Zu Recht verweist Schmidt auf die Bedeutung des Staats bei der Sicherung der Arbeitnehmerrechte. Denn Zwangs- und Sklavenarbeit seien mit dem Kapitalismus vereinbar, und nicht jede Arbeit werde als solche anerkannt, vor allem, wenn

sie hauptsächlich von Frauen ausgeführt wird. In Kapitel 4 unterscheidet Schmidt die Basiskategorie Kultur der Arbeit von Arbeiter- und Arbeiterbewegungskultur, um sie dann im Raster Subkultur-Gegenkultur-proletarische Öffentlichkeit zu verorten. Am Beispiel von Volksfesten kann er so zeigen, wie Interessen von Arbeitern und der Arbeiterbewegung zuweilen konfligierten. Insgesamt sei aber auch letztere auf Integration hin ausgelegt gewesen. Kapitel 5 verdeutlicht, dass die Schaffung von Arbeiterorganisationen nicht der historische Normalfall ist. Der Aufbau von Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien sei kontextabhängig, voraussetzungsreich – und reversibel. Sehr klar arbeitet Schmidt heraus, wie bedeutend hierbei komplexitätsreduzierende, mobilisierungsfähige Deutungsmuster – er spricht hier treffend von sozialer Ungleichheit als »Ideologie-Motor« (S. 222) – und die Schaffung einer eigenen Öffentlichkeit sind. Erkennbar wird, dass auch erfolgreiche Organisationsarbeit Kosten verursacht, denn Binnenhomogenisierung gehe mit Außenabgrenzung bis hin zur Abkapselung einher. Jedoch droht bei Schmidts Betrachtungsweise, Inklusion als neues Telos gesetzt zu werden. Deren Kosten, wie etwa der Verzicht auf die Beschreibungskategorie »Arbeiter« samt der dann möglichen Besetzung durch Rechtspopulisten, können aus dem Blick geraten. Schmidt ist zuzustimmen, dass der Klassenbegriff hier Abhilfe verspricht, da er soziale Ungleichheit sichtbar macht. Allerdings setzt er dies nicht mit letzter Konsequenz um. So bleibt etwa das Volksparteienkonzept unhinterfragt. Sein Hinweis, die Arbeiterbewegung, 1848 als Volksbewegung entstanden, sei erst durch Ausgrenzung zur Klassenpartei SPD geworden, bevor sie sich nach Godesberg zur Volkspartei weiterentwickelte (S. 237), evoziert das Motiv der Heimkehr des verlorenen Sohns. Sinnvoll wäre stattdessen, den Begriff Arbeitnehmer in die Analyse einzuführen, der bei der Ablösung des Arbeiterbegriffs eine zentrale Rolle spielte. Dieses Desiderat kann eine Einführung freilich nicht schließen.

Trotz einiger Schwächen ist Jürgen Schmidt eine facettenreiche, gut geschriebene Einführung gelungen, die zum Nachdenken anregt. Mit Blick auf einen »postmodernen« Arbeiterbegriff wäre etwa zu überlegen, auch »Körperlichkeit« zu historisieren, oder »Arbeiter« unter Rückgriff auf ein Klassenkonzept positionell zu bestimmen.

*Stefan Wannenwetsch, Tübingen*

**Zitierempfehlung:**

Stefan Wannenwetsch: Rezension von: Jürgen Schmidt, Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81800>> [28.2.2017].

**Gareth Stedman Jones, Karl Marx. Greatness and Illusion, Allen Lane, London 2016, xvii + 768 S., geb., 35,00 £, auch als E-Book erhältlich.**

Gareth Stedman Jones' voluminöse Biografie kann einen unvoreilhaften ersten Leseindruck erzeugen, scheint sie doch die Vermutung zu bestätigen, dass Leben und Werk von Karl Marx, jedenfalls im Rahmen der biografischen Methode, auserzählt sind. Neue Quellen gibt es nicht, und die existierenden Dokumente sind unzählige Male zitiert, paraphrasiert und ausgewertet worden. Interessierte, die sich über Marx informieren wollen, werden in Stedman Jones' Buch natürlich fündig, können sich aber ebenso gut an (fast) jede andere Biografie halten. »Karl Marx. Greatness and Illusion« ist als Biografie über weite Strecken austauschbar. Ein Anreiz, genau zu dieser Arbeit zu greifen, müsste also im methodischen Vorgehen, der analytischen Perspektive oder einem innovativen Interpretationsvorschlag liegen. Doch leider hat Stedman Jones in dieser Hinsicht überraschend wenig zu sagen.

Er wolle Marx' Schriften als Interventionen in ein diskursives Feld analysieren, die sich an Marx' Zeitgenossen und nicht an seine Nachfahren im 20. oder 21. Jahrhundert richteten. Marx müsse von den sich seit seinem Tod um ihn rankenden Mythen befreit und wieder im 19. Jahrhundert verortet werden. »My aim in this book is like that of a restorer, to remove the later retouching and alteration contained in a seemingly familiar painting, and restore it to its original state« (S. XV). Streng genommen ist das die einzige methodische Überlegung und Andeutung einer These. Und auch dieser Ansatz hat seine Tücken: Einerseits ist der Versuch, Marx und sein Denken aus seiner Zeit heraus zu erklären, eine geschichtswissenschaftliche Selbstverständlichkeit. Das war auch schon Leitmotiv und erklärtes Ziel von Jonathan Sperbers »Karl Marx. A Nineteenth-Century Life« von 2013. Andererseits neigt diese Perspektive (bei Stedman Jones stärker als bei Sperber) zu einer wenig produktiven Polemik gegen Versuche einer Aktualisierung, denen stets ein »authentischer« Marx entgegengehalten wird. Demgegenüber wäre zu betonen, dass Historisierung und Aktualisierung gleichermaßen legitime Erkenntnisinteressen sind.

Auf den ersten immerhin beinahe 300 Seiten – bis zur Revolution von 1848/49 – läuft Stedman Jones' Programm auf einen ideengeschichtlichen Positivismus hinaus, der neben der Nacherzählung bekannter biografischer Eckdaten aus Marx' Leben eine Textparaphrase an die nächste reiht. Die endlose Kette von Zusammenfassungen der Arbeiten der Junghegelianer, Frühsozialisten usw., mit denen Marx bekannt war oder sich auseinandersetzte, sind nicht nur eine ermüdende Lektüre, sondern oft auch nicht weiterführend, da es sich zumeist um bloße Abstracts handelt, die irgendwo zwischen Lexikoneintrag und Klappentext angesiedelt sind.

Die zweite Hälfte des Buches hat deutlich mehr zu bieten. Stedman Jones rekonstruiert hier einerseits die Ursachen und Folgen der Ausblendung individueller Freiheitsrechte bei Marx und argumentiert, dass sich dessen Analysen deshalb oft als unangemessen herausstellten, weil sie Kämpfe um politische Anerkennung und Partizipation als solche gegen ökonomische Ausbeutung fehldeuteten. »What Karl and his party failed to understand was that the character of politics in this period was not simply an expression of the nature of class. [...] It was not the activities or strategy of a fictive »bourgeoisie«, but the attempt around 1830 to construct a political system based upon the political *exclusion* of wage-earners that created the »struggle« of the »working class« and the »middle-class«. [...] Class-consciousness, whether among the Chartists in England or »democratic and social Republicans« in France, was not for the most part the result of *dehumanization* or proletarianization, but political exclusion« (S. 311).

Stedman Jones' zentrales Argument läuft darauf hinaus, dass Marx' Analysen durch ein Unverständnis der fundamentalen Veränderungen des Politischen gekennzeichnet waren. In einer anregenden Interpretation von »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« verdeutlicht er diesen Punkt im Detail: Während Marx im Staatsstreich Louis Bonapartes lediglich die *Wiederholung* der Geschichte im Form einer »lumpigen Farce« zu erkennen vermochte, handelte es sich tatsächlich eher um ein Zeichen des

Aufstiegs einer neuen Form demokratischer Politik unter den Bedingungen einer breit(er)en Partizipation des ›Volks‹. Die zeitgenössische Erkenntnis, dass sich mit der repräsentativen Demokratie die Möglichkeit einer populistischen Politik (›von rechts‹) öffnen kann, stellt für Stedman Jones eine fundamentale Neuerung in der Geschichte des 19. Jahrhunderts dar.

Die spannendsten Passagen in »Greatness and Illusion« schließen mehr oder weniger bruchlos an Stedman Jones' frühere Forschungen zur Dynamik des Klassenbegriffs seit den 1830er- sowie zur Sozialgeschichte der Arbeiterklasse seit den 1860er-Jahren an.<sup>1</sup> Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der doppelten ›Unangemessenheit‹ des marxischen Klassenbegriffs: einerseits gemessen an den tatsächlichen sozialen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten, andererseits im Verhältnis zur zeitgenössisch hegemonialen *language of class*. Die Rekonstruktion von entsprechenden Brüchen ist in vielerlei Hinsicht aufschlussreich und für eine Historisierung des marxischen Denkens unumgänglich. Umso irritierender ist es aber, dass Stedman Jones die Feststellung bestimmter Dissonanzen regelmäßig als Vorwurf gegen Marx richtet und die Analyse dabei bewenden lässt.

Natürlich kann man nach der zutreffenden Beobachtung, dass Marx mit dem Klassenbegriff ein soziales Phänomen beschrieb, während Klasse für die Chartisten eine politische Kategorie war, der einen oder anderen Seite nachträglich ›rechtgeben‹. Man verfehlt dann aber die Pointe: dass man es nämlich mit einem diskursiven Feld zu tun hat, auf dem *jede* Position eine partikulare und agonale Position ist. Im Widerspruch zu seinem eingangs formulierten Anliegen diskutiert Stedman Jones Marx' Positionen eben nicht konsequent als an seine Zeitgenossen gerichtete Interventionen, sondern behandelt sie, als wären sie zum Zweck der empirischen Überprüfung durch heutige Sozialhistoriker entwickelt worden. Damit bleibt er einer methodischen Konzeption verhaftet, die – wie Joan W. Scott bereits mit Blick auf Stedman Jones' frühere Arbeiten bemerkt hat – den Beschränkungen der konventionellen Ideengeschichte unterliegt: »Erstens nimmt er ›Sprache‹ nur wörtlich, ohne einen Sinn dafür zu haben, wie Texte konstruiert sind. Zweitens fällt er zurück in die Vorstellung, daß ›Sprache‹ eine ihr externe ›Realität‹ eher spiegelt als konstituiert.«<sup>2</sup>

Man muss die theoretische Stoßrichtung der hier angedeuteten Kritik nicht teilen. Davon unabhängig bleibt aber festzuhalten, dass Stedman Jones' »Karl Marx. Greatness and Illusion« selbst sein spärliches methodisches und interpretatorisches Anliegen nicht einlöst. Die erste Hälfte des Buches erschöpft sich schnell in der Nacherzählung des Bekannten, der ein leitendes Motiv und eine greifbare Stoßrichtung fehlen. In der zweiten Hälfte finden sich einige kluge und spannende Ausführungen, die Stoff für eine weiterführende Diskussion bieten könnten. Dass diese Ausführungen oft so erratisch wirken, liegt daran, dass es sich fast durchgängig um argumentative Übernahmen aus älteren Arbeiten handelt, deren analytischer Rahmen für die Marxbiografie insgesamt keine Rolle mehr spielt. Hätte sich der Rezensent ein Buch von Gareth Stedman Jones wünschen dürfen, dann wäre es nicht dieses gewesen, sondern ein vielleicht 200-seitiger Essay zu Marx' *language of class* als Hebel, um konkurrierende Entwürfe von Politik und politischem Handeln in einer demokratiegeschichtlichen Umbruchszeit zu analysieren.

Timo Luks, Gießen

#### Zitierempfehlung:

Timo Luks: Rezension von: Gareth Stedman Jones, Karl Marx. Greatness and Illusion, Allen Lane, London 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81801>> [28.2.2017].

---

<sup>1</sup> Vgl. Gareth Stedman Jones, Outcast London. A Study in the Relations Between Classes in Victorian Society, Harmondsworth 1976; ders., Languages of Class. Studies in English Working-Class History, 1832–1982, Cambridge 1983.

<sup>2</sup> Vgl. Joan W. Scott, Über Sprache, Geschlecht und die Geschichte der Arbeiterklasse, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hrsg.), Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Stuttgart 1994 [1987], S. 283–309, Zitat: S. 290. Scott bezieht sich in ihrer Kritik vor allem auf: Gareth Stedman Jones, Rethinking Chartism, in: ders., Languages of Class, S. 90–178.



**Detlef Lehnert (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990 (Historische Demokratieforschung, Bd. 9), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, 315 S., geb., 45,00 €.**

Die SPD, 1875 in Gotha als Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet, ist Deutschlands älteste politische Partei. Dem Deutschen Reichstag gehörte sie bzw. ihre Vorgängerorganisation, die 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) seit seiner Gründung 1871 bis zum Ende des parlamentarischen Systems 1933 ununterbrochen an: seit 1890 als stärkste Partei des Reichs (was aufgrund der diskriminierenden Wahlkreiseinteilung aber nicht zur entsprechenden Fraktionsstärke führte), von 1912 bis zur Juliwahl 1932 auch als stärkste Fraktion. Nach 1945, nach Exil und Verfolgung, nahm sie die parlamentarische Arbeit wieder auf, prägte die Gründungsentscheidungen der Bundesrepublik entscheidend mit und galt lange – neben der Hauptkonkurrenz CDU/CSU – als eine der beiden großen, parlamentarisch verankerten Volksparteien. Mit Philipp Scheidemann (1919), Gustav Bauer (1919/20), Hermann Müller (1920, 1928–1930), Willy Brandt (1969–1974) und Helmut Schmidt (1974–1982) stellte sie zwischen 1871 und 1990 sechsmal – angesichts ihrer tatsächlichen Stärke erstaunlich selten – den Chef einer parlamentarischen Regierung. Gleichwohl ist sie – das zeigt der hier besprochene, dem Andenken Gerhard A. Ritters gewidmete Sammelband – in dieser Zeitspanne ein wesentlicher Aktivposten des deutschen Parlamentarismus gewesen und eine der treibenden Kräfte der Parlamentarisierung.

Dass diese Entwicklung nicht allzu geradlinig verlief, sondern durchaus mit Ambivalenzen behaftet war, zeigen die eröffnenden Beiträge über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum parlamentarischen System 1871–1890 (Volker Stalman), über den Sonderfall der süddeutschen, stärker reformistisch ausgerichteten Parteigliederungen zwischen 1890 und 1903 (Karl Heinrich Pohl) und über die Stellung der SPD im Spannungsfeld von Opposition und Kooperation von 1903 bis zum Wahlsieg von 1912 (Holger Czitrich-Stahl): An der Wiege der Sozialdemokratie – so führt Stalman überzeugend aus – stand bereits die Frage, ob das den sozialistischen Mitgliedern feindlich gesinnte Parlament als bloße Agitations- und Mobilisierungsbühne zu betrachten sei oder aber als wirkliches Werkzeug zur demokratischen Umgestaltung des neugegründeten Reichs. Dies hatte viel mit den Ursprüngen der SAP zu tun, die sich aus der eher fundamentaloppositionellen SDAP und der eher staatssozialistischen lassalleanischen Richtung speiste. Das 1878 verabschiedete ›Sozialistengesetz‹, unter dessen Druck die Partei bis 1890 stand, war nicht dazu angetan, Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bzw. einer Mitarbeit am Gegenwartsstaat zu zerstreuen. Gleichzeitig brachte die »Verfolgungszeit« aber eine spürbare Aufwertung der Reichstagsfraktion mit sich, die als einziges legal operierendes Gremium die Geschicke der Partei lenkte. Die Mitglieder der Fraktion selbst – an ihrer Spitze August Bebel und Wilhelm Liebknecht – verstanden schon bald, die parlamentarischen Möglichkeiten zu Gunsten ihrer Organisation und Anhängerschaft gekonnt zu nutzen.

Mit dem Ende des ›Sozialistengesetzes‹ und dem Wahlerfolg von 1890 traten Parteiführer auf den Plan, die eine prinzipielle Wende in Programmatik und Taktik forderten: Mit den revolutionären Phrasen sollte Schluss gemacht, der Parlamentarismus stattdessen als Hebel zur allmählichen Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats begriffen werden. Mit derartigen Forderungen machte vor allem der bayerische Sozialistenführer Georg von Vollmar von sich reden, dessen Vorschlägen, wie Pohl zeigt, gegen den Widerstand des Berliner Parteivorstands, vor allem die süddeutschen Genossen folgten. Ursache hierfür war das – gemessen an Preußen – liberalere Klima in Bayern, Baden und Württemberg. Auch auf Reichsebene – das wird aus Czitrich-Stahls Beitrag deutlich – gerieten die innerparteilichen Dinge zunehmend in Bewegung: Die Partei wuchs und veränderte sich. 1912 zählte sie fast eine Million Mitglieder und stellte erstmals auch die stärkste Reichstagsfraktion. Fundamentalopposition schien kaum noch eine Option. Die Zeichen eines immer stärkeren Hineinwachsens in das politische System ließen sich kaum verleugnen. Die Gegner dieser Entwicklung – die vor allem dem linken Parteiflügel

zuzuordnen waren – warnten lautstark vor den Gefahren der parlamentarischen »Versumpfung«, wenn die Partei ihre revolutionäre Mission vergäße. Die Debatten, die die Parteitage jener Jahre prägten – Massenstreikdebatte, Budgetbewilligungsdebatten, Kaiserhochdebatte – trugen allerdings eher den Charakter von Rückzugsgefechten. Die SPD war auf dem besten Weg, eine nichtrevolutionäre, gouvernementale Reformpartei zu werden.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs befeuerte diese Entwicklung noch. Die SPD, die den Kurs der Regierung mittrug, wurde immer stärker mit dem kaiserlichen Deutschland identifiziert, was 1916/17 schließlich zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung führte. Ob diese Spaltung, wie Detlef Lehnert in seinem Beitrag fragt, hätte verhindert werden können, wenn sich die SPD-Reichstagsfraktion die symbolpolitisch wichtigen Kriegskreditbewilligungen von Anfang an verkniffen hätte, steht dahin. Aus der auch in Kriegszeiten konsequent durchgezogenen Ablehnung des Reichsbudgets erwachsen ihr jedenfalls keine Probleme. Auf Lehnerts lebendig und quellennah geschriebenen Beitrag, der die Jahre 1913 bis 1922 umfasst, folgt Rainer Behring mit einer Zusammenfassung seiner Studien zur Außenpolitik der SPD zwischen 1923 und 1932. Hermann Müllers, Rudolf Hilferdings und Eduard Davids Konzeptionen werden erörtert und historisch kontextualisiert. Wobei Behring den begründeten Verdacht äußert, dass die durch Internationalisierung des Parlamentarismus und Parlamentarisierung des Völkerbunds zu gewährleistende Weltfriedensordnung, die die SPD erstrebte, nicht vielleicht doch auf einem allzu optimistischen Menschen- und Zukunftsbild beruhte. Wie naiv manche Vorstellungen waren, erwies sich 1933 mit Macht und Terror. Die mutigen Worte, die Otto Wels im Reichstag 1933 sprach, werden von Peter Steinbach ausdrücklich gewürdigt, bevor er sich eingehend mit dem »Prager Manifest« des Exil-Parteivorstands (SoPaDe) befasst, das der Weimarer Sozialdemokratie ihre Versäumnisse und Fehler in teils krasser Weise vorrechnete und auf eine revolutionäre Wiedergewinnung der demokratischen Freiheiten setzte.

Den Übergang von den politischen Klärungsprozessen im Exil zum westdeutschen Neubeginn schildert Peter Brandt: Die große Hoffnung der Exil-SPD: »Nach Hitler wir«, erfüllte sich nicht. Die Nachkriegs-SPD konnte sich insbesondere mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen weitgehend nicht durchsetzen, und der Parteivorsitzende Kurt Schumacher erwies sich, wie Siegfried Heimann in seinem Beitrag über die innerparteilichen Reformjahre 1953–1963 attestiert, mitunter als schwere Hypothek. Jener Transformationsprozess, der mit dem Godesberger Parteitag von 1959 assoziiert wird, hätte, meint Heimann, bereits 1949 angestoßen werden müssen. Dieses Versäumnis bezahlte die SPD mit 17 Oppositionsjahren. Robert Philipps zeichnet sodann den Weg von der Neuaufstellung der SPD unter Willy Brandt zur Großen Koalition von 1966 und schließlich zu Brandts Kanzlerschaft 1969 nach. Hierbei rückt er insbesondere die Reibungs- und Berührungspunkte zwischen SPD und (mitunter krass antiparlamentarischer) APO in den Fokus. Abschließend unterzieht Bernd Faulenbach das »sozialdemokratische Jahrzehnt« bis zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts 1982 einer profunden Untersuchung: die Antagonismen innerhalb der Troika Brandt-Wehner-Schmidt, die »Wachstumsprobleme« einer sich den Neuen Sozialen Bewegungen öffnenden Partei, die Konflikte zwischen dem Bundeskanzler und einer Fraktion, die der kränkelnde »Zuchtmeister« Wehner kaum mehr unter Kontrolle hatte – all das bezieht Faulenbach in seine Betrachtung ein. Die Ära Hans-Jochen Vogels bleibt hierbei weitgehend ausgespart.

Der Sammelband entlässt den Leser ohne jegliches Gefühl der Disparität. Die einzelnen Beiträge leiten jeweils in den folgenden über, verschieben mitunter Akzente und Wertungen, ergeben aber insgesamt ein Buch aus einem Guss. Und sie leisten, was der Herausgeber geleistet wissen wollte: eine Beziehungsgeschichte zum Thema »SPD und Parlamentarismus«, die auch viel über das Eigenleben der zueinander in Beziehung Gesetzten verrät.

*Max Bloch, Köln*

#### **Zitierempfehlung:**

Max Bloch: Rezension von: Detlef Lehnert (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990 (Historische Demokratieforschung, Bd. 9), Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81802>> [28.2.2017].

**Peter Winzen (Hrsg.), Friedrich Wilhelm von Loebell. Erinnerungen an die ausgehende Kaiserzeit und politischer Schriftwechsel (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 75), Droste Verlag, Düsseldorf 2016, XLVIII + 1.255 S., geb., 89,00 €.**

Über 1.200 Seiten, 686 edierte (und reichlich kommentierte) Briefe, dazu die Memoiren der hier dargestellten Person – wer diesen Brocken vor sich hat, der ermisst, dass hier eine über 30-jährige Arbeit buchgeworden ist. Dem Herausgeber Peter Winzen geht es darum, mit Friedrich Wilhelm von Loebell einen in seiner Bedeutung bislang nicht recht gewürdigten Akteur des Deutschen Kaiserreichs zu Wort kommen zu lassen und seine Worte zu wägen. Mit Loebells Lebenserinnerungen und Korrespondenz hat Winzen Quellen kenntnisreich erschlossen, die dem Leser eine Innenansicht der wilhelminischen Führungselite gestatten. Dies gilt vor allem für die Jahre 1904 bis 1909 bzw. 1914 bis 1917, in denen Loebell als Chef der Reichskanzlei und preußischer Innenminister tatsächlich, wie Winzen schreibt, »an den Stellschrauben der spätwilhelminischen Geschichte entscheidend gedreht hat« (S. XV). Wer uns in der Person Loebells entgegentritt, ist, wenn man so will, der kaisertreue Konservative in Reinform. So sieht er auf den die Edition begleitenden Fotos auch aus. Ob Loebell aber – und hier wird die Person interessant – tatsächlich *nur* ein bärbeißiger Verharrer oder nicht doch ein lernfähiger Konservativer gewesen ist, der die eigenen Anschauungen geänderten Rahmenbedingungen maßvoll anzupassen verstand, ist diskussionswürdig. Vor allem seine Haltung zur preußischen Wahlrechtsfrage – von strikter Ablehnung jeder Reform über die Anregung eines Plural- bis hin zur Anerkennung des Reichstagswahlrechts – und gegenüber der SPD könnte die zweite Deutung nahelegen. Dass eine solche Aufweichung einst unverhandelbarer Positionen erst unter dem innenpolitischen Druck des Ersten Weltkriegs zustande kam, steht hierbei auf einem anderen Blatt.

1898 war Loebell, der damals 43-jährige Landrat im Kreis Westhavelland, für die deutschkonservative Partei in den Reichstag gewählt worden, wo er mit scharfen Reden gegen die »staatszersetzende« Sozialdemokratie Aufmerksamkeit errang. 1900 musste er sein Mandat aufgeben, da Wahlmanipulationen und Unregelmäßigkeiten ruchbar geworden waren. Der Wahlkreis fiel an die SPD zurück. Loebells Erbitterung saß tief. Er wechselte als Abgeordneter in den Preußischen Landtag (wo sozialdemokratische Konkurrenz nicht zu befürchten war) und gehörte 1904 zu den Gründungsmitgliedern des »Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie«, dessen erster Vorsitzender er wurde. Loebell war ein glühender Anhänger Bismarcks und sollte engster Vertrauter Bernhard von Bülow werden, den er als legitimen Erben des »Eisernen Kanzlers« betrachtete. 1904 holte ihn Bülow, der »Platz-an-der-Sonne«-Kanzler, zu sich in die Reichskanzlei. Hier begann eine Partnerschaft, die über Tagesgeschäft und Dienstbesprechungen weit hinausging und die erst mit Bülows Tod 1929 endete. Loebell wurde zu einem Eckpfeiler der bülowischen außenpolitischen Agenda: Deutschlands Hauptkonkurrenten England durch forcierten Flottenbau in Schach halten, das enge Bündnis mit dem wesensverwandten Russland suchen, schließlich den Weltmachtstatus des Deutschen Reichs erringen und halten.

Im Innern ging es um die Aufrechterhaltung des Respekts vor Staat und Thron: Die Kolonialskandale, die der »gewerbsmäßige Hintertreppenschleicher, Ehrabschneider und Verleumder Erzberger« (so Fürst Bülow an seinen Vertrauten Loebell am 2. Juli 1906, S. 354) im Reichstag aufdeckte; der Eulenburg-Prozess, der homosexuelle Ausschweifungen im engsten Umfeld des Kaisers öffentlich machte (und auch dem Kanzler unterstellte); die Agitation der SPD gegen die Rüstungsspirale – all das konnte nur als störend empfunden werden. Loebell bewährte sich als Krisenmanager und – nach den erfolgreich bestandenen »Hottentottenwahlen« von 1907 – als Architekt des sogenannten Bülow-Blocks, der von den Konservativen bis zu den Linksliberalen reichte, der damals schon als eine »Paarung von Karpfen und Kaninchen« verspottet worden war<sup>1</sup> und den Otto Reutter mit dem Reimpaar »ein bißchen »von«

---

<sup>1</sup> Vgl. *Wilhelm Keil*, Erinnerungen eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947, S. 254.

[...] ein bißchen Cohn« parodierte.<sup>2</sup> Dass es ausgerechnet die konservativen Blockpartner waren, die Bülow's Sturz durch Ablehnung der Erbschaftssteuer besiegelten, blieb eine offene Wunde in Loebell's politischer Biografie. In seinen Memoiren bezeichnet er das Vorgehen der Konservativen denn auch euphemistisch als »höchst unklug und wenig weitsichtig« (S. 134). Einerseits sollte ihn Bülow's Sturz der deutschkonservativen Partei, die ihn großgemacht hatte, dauerhaft entfremden; andererseits be-stärkte er ihn in seiner (im Kern konservativen) Skepsis gegenüber dem Parteienwesen allgemein. Er reichte seinen Abschied ein und wurde Oberpräsident von Brandenburg.

Bülow selbst litt unter dem Zerwürfnis mit dem Kaiser, das seit der Daily-Telegraph-Affäre ein öffentli-ches Geheimnis war, und es war Loebell, der für Bülow's verletzte Ehre in die Bresche sprang und dem dieser sein Herz ausschüttete: »Es ist tief traurig, dass S[eine] M[ajestät] einen Diener, der ihm so viele Jahre mit Anspannung aller Kräfte, in immer gleicher Hingebung, in schwierigsten Verhältnissen und stürmischen Zeiten treu gedient hat, der ihm in der äußeren wie in der inneren Politik so viel erkämpft hat [...], der so vornehm abgegangen ist und S[eine] M[ajestät] in so guter und fester Position lässt – so lohnt.« (Bülow über sich selbst, 11. August 1909, S. 744). Bülow's Nachfolger als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, Theobald von Bethmann Hollweg, den »Philosophen von Hohenfinow«, hatte Loebell übrigens selbst ins Gespräch gebracht, und mit ihm sollte er zu tun haben, als er im April 1914 das Amt des preußischen Innenministers übernahm. Einen ersten Sprung bekam das Verhältnis bereits kurz nach Kriegsausbruch im August 1914, als der Reichskanzler den deutschen Einmarsch in das neutrale Belgien als ein »Unrecht« bezeichnet hatte. Ein wirklicher Staatsmann hätte sich für einen staatsnotwendigen militärischen Akt niemals entschuldigt, und an Staatsmännern von Bülow's Größe, so Loebell in seinen Memoiren, hätte es bei Kriegsausbruch an den entscheidenden Stellen gefehlt.

Loebell blieb, zumindest in den ersten drei Kriegsjahren, ein »optimistischer Haudegen« (S. 1192), der Polen und Belgien aufteilen wollte und gegen weitreichende Annexionen keine übermächtigen Be-denken ins Feld führte. Die Proklamation eines unabhängigen Polen vom 5. November 1916 wurde von ihm folgerichtig ebenso verurteilt, wie er die Anordnung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs vom 1. Februar 1917 begrüßte: »Nun wird reine Bahn geschaffen, und der Anfang vom Ende be-ginnt«, schrieb er euphorisch an General Ludendorff, dem er bei dieser Gelegenheit auch das neueste Exemplar der »Sozialistischen Monatshefte« übersandte (S. 995f.). Überhaupt war er von der Haltung der SPD freudig überrascht: »Der Krieg hat das Volk reif gemacht und Stimmungen hervorgerufen, an die man noch vor Jahresfrist nicht glauben konnte. Reden wie die von Scheidemann, Heine, Haenisch, Fendrich, voller Nationalgefühl, fest und klug, hätte man nicht für möglich gehalten« (Loebell an Bülow, 22. März 1915, S. 893). Das bedeutete freilich nicht, dass Bethmann Hollweg's Pläne, bereits während des Kriegs das gleiche Wahlrecht in Preußen einzuführen und die Opferfreudigkeit des Volks dadurch zu kompensieren, in ihm einen Unterstützer gefunden hätten. Im Gegenteil: Für ihn bedeute-ten sie »die vollkommene Radikalisierung Preußens, seine Auslieferung an die Sozialdemokratie, die Mediatisierung der Krone«. Der Kanzler, »der sich *nur* von idealen Staats- und Menschauffassungen leiten lässt«, sei längst in Abhängigkeit der parlamentarischen Linken geraten und müsse in seinem Reformeifer ausgebremst werden (S. 1.016f.).

Im Juli 1917 arrangierte Loebell, so Winzen, eine »Ministerrevolte gegen den Kanzler, die mit Hilfe der OHL und des Kronprinzen zum Erfolg führte«: dem lang ersehnten Sturz des ungeliebten, zaudernden und viel zu weichen Bethmann Hollweg. Loebell's Rolle sei von der Forschung bislang vollständig aus-geblendet worden, bemängelt Winzen, wodurch sich »ein schiefes Gesamtbild der Julikrise von 1917« ergeben habe (S. 1.217). Loebell's Herzenswunsch, Bülow, den Vorgänger, als Nachfolger Bethmann Hollweg's installiert zu sehen, erfüllte sich allen Bemühungen zum Trotz nicht. Niederlage und Revolution erlebte er als Oberpräsident von Brandenburg, bevor er im Frühjahr 1919 auch dieses Amt niederlegte. (Im Herbst 1918 war er, der ehemalige »Sozialistenfresser«, noch für ein Koalitionsministerium unter Einschluss der Mehrheitssozialdemokratie eingetreten, da er hierin den einzigen Weg der Revolutions-vermeidung erblickte. Mit den preußischen Revolutionsministern Wolfgang Heine, Paul Hirsch und Albert Südekum scheint er übrigens auf sehr gutem Fuß gestanden zu haben.) 1920 wurde Loebell Vorsitzender des politisch bedeutungslosen »Reichsbürgerrates«, beteiligte sich 1925 an der Kampagne zur Wahl Hindenburg's zum Reichspräsidenten, blieb in engem (Brief-)Kontakt mit dem Fürsten Bülow

---

<sup>2</sup> Otto Reutters Couplet »Herr Block aus dem Reichstage« war damals in aller Munde.



in Rom, schrieb seine nun ediert vorliegenden Memoiren und starb zwei Jahre nach Bülow im November 1931. Die durch Winzen vorgelegte Quellensammlung ist ein reichhaltiger Fundus für jeden, der zur Innen- und Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs forscht, und muss in die Diskussionen um Reformfähigkeit oder -unfähigkeit des wilhelminischen Staats einbezogen werden. Eine Fleißarbeit sondergleichen. Und eine Leistung.

*Max Bloch, Köln*

**Zitierempfehlung:**

Max Bloch: Rezension von: Peter Winzen (Hrsg.), Friedrich Wilhelm von Loebell. Erinnerungen an die ausgehende Kaiserzeit und politischer Schriftwechsel (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 75), Droste Verlag, Düsseldorf 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81803>> [28.2.2017].

**Hartwin Spenkuch (Bearb.), Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik. Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und zu ausgewählten Professorenberufungen in sechs Disziplinen (1918 bis 1933) (Acta Borussica Neue Folge 2: Preußen als Kulturstaat, Abteilung II: Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit, Bd. 9) 2 Halbbände, De Gruyter Akademie Forschung, Berlin/Boston 2016, VI + 1.324 S., geb., 249,00 €.**

Erneut liegt ein weiterer gewichtiger Doppelband der Akademie-Edition aus den Acta Borussica Neue Folge vor, nunmehr für die Epoche der Moderne in der Weimarer Republik, repräsentiert durch die Wissenschaftspolitik des preußischen Kultusministeriums, jenes für Wissenschaft und Schulen. Der Bearbeiter und gleichzeitig auch Erforscher des umfangreichen ministeriellen Archivbestands hat insgesamt 267 Dokumentenvorgänge ausgewählt und ediert, die oftmals zwei bis vier Einzeldokumente enthalten. Zusammen mit seiner umfassenden »Einleitung: Republikanische Wissenschaftspolitik im Freistaat Preußen« (S. 1–186) zu den drei Hauptthemen der allgemeinen ministeriellen (verwaltungs-) politischen Problemlagen, der Professorenberufungen und der forschungsreformerischen Leistungen beim Auf- und Umbau der Fakultäten innerhalb der preußischen Universitätslandschaft. Damit bewältigt er eine Unmenge an Material und Sachinformationen, die den geradezu biblischen Umfang des Doppelbandes ausmachen. Trotz der Fülle handelt es sich um eine überaus gewinnende und vielfach auch kurzweilige Lektüre, die den ganzen Kosmos preußischer Reformpolitik der großen Universitätswissenschaften entfaltet. Wissenschaftshistoriker und überhaupt Neuzeithistoriker haben in den vergangenen Jahren eine umfassende Durchdringung der preußisch-deutschen Wissenschaftspolitik in ihrer spezifischen Konfliktlage ermöglicht, wobei mehr und mehr die Übernahme der freien Wissenschaften durch den Nationalsozialismus eine immer dominierendere Rolle spielte, so etwa für die Geschichtswissenschaft. Für sie enthält diese Aktenedition ein nicht versiegenderes Reservoir an Referenzquellen, welches den Gang nach Dahlem, ins Geheime Staatsarchiv, das diese vielen Preußen-Akten verwahrt, erspart. Aber die Bedeutung der Edition geht darüber hinaus. Sie ragt nämlich in die Geschichte der Bundesrepublik auf vielfältige Weise hinein. Deshalb bietet sie mehr als nur den Epochenüberblick auf die anwachsenden Geistes- und Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Jura (Staatsrecht nebst öffentlichem Recht) und auf die Naturwissenschaft Physik in der Weimarer Republik. Sie erlaubt es, diese Fächer in ihrer jeweiligen Neuorientierung im Zuge der Republikanisierung der Öffentlichkeit als den entscheidenden Traditionsbestand der heutigen deutschen Wissenschaftslandschaft umfassend kennenlernen zu können.

In der von Wolfgang Neugebauer betreuten Reihe 2 der Aktenedition zu »Preußen als Kulturstaat« hat die Fokussierung des neunten Doppelbandes allein auf die Wissenschaftspolitik die erfreuliche Folge, dass der Reformeifer der vier republikanischen Minister Konrad Haenisch (November 1918 bis April 1921), Otto Boelitz (November 1921 bis Januar 1925), Carl Heinrich Becker (Februar 1925 bis Januar 1930) und Adolf Grimme (Januar 1930 bis zum Preußenschlag am 20.7.1932) sowie ihres einflussreichen Ministerialdirektors Werner Richter (Oktober 1925 bis Juli 1932) deutlich herausgearbeitet werden kann. Das Ministerium bestand an der Spitze aus den Vertretern der Weimarer Koalition von SPD, Zentrum und Liberalen, wobei in der Hochschulpolitik eher der DVP-Einfluss überwog (Becker) und zwar über den sozialdemokratischen Reformansatz (Grimme, Richter) (S. 34), der dennoch nachhaltig weiterwirkte. Im Ergebnis kommt Spenkuch zu einem beachtenswerten Fazit, das da lautet: »Nicht nur im Wissenschaftsbereich, sondern generell verdienen es Republik und Freistaat [Preußen], nicht nur als Vorstufe zum Nationalsozialismus betrachtet zu werden, sondern als zukunfts offene, dynamische Epoche, die nach Problemlagen, sachlichen Lösungsversuchen und personell als Bindeglied zur frühen Bundesrepublik gelten kann.« (S. 180) Was nun rechtfertigt dieses ins optimistischere gewendete Preußen-Urteil? Oder anders gefragt: Wie ist diese Akten-Edition aufgebaut, dass sich ein solch avancierter Schluss ergeben mag?

Die Acta Borussica Neue Folge kennzeichnet generell die weit ausgreifende »Bearbeiter«-Rolle. Damit zu identifizieren ist der eigentliche Herausgeber der Dokumentensammlung, der innerhalb eines größeren Arbeitszusammenhangs der Kultushistoriker an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in der Jägerstraße in Berlin-Mitte diesen besonderen Teilbereich der Wissenschaftspolitik ediert. Der Bearbeiter wird hier programmatisch als eigenständige Forscherpersönlichkeit konturiert, worauf die editorischen Bemerkungen zur Gesamtreihe von Bärbel Holz verweisen (S. 189–195, hier S. 192f.). Demzufolge tritt Hartwin Spenkuch nicht nur als die maßgebliche Auswahlinstanz auf, die Wichtiges präsentiert und Unwichtigeres weggelassen hat, sondern als Guide durch die Forschungslandschaft. Seine Aufgabe besteht darin, themenorientiert die Archivalien an die bereits bestehenden Forschungsmeinungen heranzuführen und diese somit pointiert zu kontextualisieren sowie auch zu »interpretieren« (S. 193). Da, wo Lücken auftreten, springt der Bearbeiter dann selber ein, indem er mittels eigener Akzentsetzungen den Forschungsstand perspektivisch erweitert.

Vor dem Hintergrund eines solcherart ausgreifenden Herausgeberverständnisses entsteht eine »Einleitung« von 186 Seiten, quantitativ also im Umfang eines monografischen Einführungswerks! Weil es sich bei dieser Textgattung um weit mehr als um eine bloße Hinführung zu den Dokumenten handelt, nämlich um einen Zwitter von detaillierter Dokumentenpräsentation mit Kurzzusammenfassungen und um einen kontinuierlichen Forschungsbericht, entsteht ein geglückter Gesamtüberblick. Schätzungsweise weit über 400 bis 500 umstrittene Einzelfälle werden vorgelegt und damit wird gleichzeitig ein Panorama an vergangenen tagespolitischen enzyklopädischen Wissens aufgefächert, das Pionierarbeit darstellt, weil es Verstreutes fokussiert und Neues anregt. So etwas leistet heutzutage wirklich nur noch die Akademieforschung als ein jahrzehntelanges DFG-gefördertes Fortsetzungsprojekt.

Das Erstaunliche daran ist aber, dass sich diese »Einleitung«, jene Forschungszyklopädie in Sektoralthemen, kurzweiliger liest als so manche enger fokussierende Monografie. Eigenartigerweise macht die Auswahl dieses Doppelbandes nämlich fortgesetzt Lust darauf, mehr und mehr selbst in Details der preußischen Hochschulpolitik einzusteigen. Buchstäblich wird der Leser gepackt von der fachwissenschaftlichen Relevanz der dargebotenen Themenwelt, die als eine vergangene, aber oftmals ebenfalls so wenig durchschaubare Berufungs- und Kollegenwelt schlicht und ergreifend die eigene, allerdings die gegenwärtige Berufswirklichkeit mit ihren eigenen augenfälligen Demokratiedefiziten widerspiegelt. Unleugbar gehen Themenwahl und Präsentation hier eine rezeptionsstimulierende Wirkung ein, die vergleichsweise selten ist.

Die Edition setzt ihren erkenntnisleitenden Schwerpunkt tatsächlich hier, an diesem Kernbereich der Wissenschaftspolitik an, dort wo Wissenschaftlerbiografien gemacht und verhindert werden. Sie könnte tagesaktuell einen Ansatzpunkt liefern für eine Debatte darüber, ob auch im 21. Jahrhundert noch alles so weiterlaufen kann, wie es im 19. Jahrhundert vorbereitet und im 20. Jahrhundert bruchlos fortgesetzt wurde, also seit den Zeiten von Staatskanzler Hardenberg und somit mittlerweile seit 200 Jahren. Denn nicht nur der Bildungs-, sondern auch der Nachwuchsförderungsauftrag sind in der demokratischen Universität optimierbar, das zeigen bereits die reformorientierten Anliegen der preußischen Ministerialbeamten und ihrer Ressortchefs im Zeitraum von 1918 bis 1933 überdeutlich auf.

Die Dokumente des preußischen Wissenschafts(Kultus-)ministeriums sind in Band 9 nach Sachgruppen angeordnet, welche die tagesaktuellen Reformbemühungen auf die beiden Großgruppen der Dokumente aufteilen: die Hauspolitik des Ministeriums und die Neuorientierungen der Fächer nach Einzeluniversitäten ausdifferenziert. Insgesamt erfordert das einen beträchtlichen Systemisierungsaufwand, der es erlaubt, Grundsätzliches vom eher Tagespolitischen abzutrennen.

Folgt man dem 32-seitigen Inhaltsverzeichnis (S. 197–229), handelt es sich in einem ersten Teil (im 1. Halbband) zunächst um 18 übergreifende Problemkreise, von denen Fragen der föderalen Kooperationskonkurrenz (mit 15 Einzeldokumenten), das »Ringens um Professorenstellen und mehr Finanzmittel« (12), die »Umwandlung von Extraordinariaten in Ordinate« (14), die Nachwuchsförderung (14), die Randgruppen (8) und vor allem »Repression, Resistenz und Opportunismus« in der NS-Übernahmephase 1933/34 (18) die wichtigsten sind.

Danach folgen in einem zweiten Teil die wissenschaftspolitischen Weichenstellungen, die für die einzelnen Fächer getrennt zugeordnet und nach ihren Universitäten ausdifferenziert wurden: Das Öffentliche Recht ist mit allen zwölf preußischen Universitäten vertreten, darunter Berlin mit zehn Konfliktfällen,

Breslau ebenfalls mit 13 Einzeldokumenten, Kiel mit sieben. Im 2. Halbband schließen sich zunächst die Wirtschaftswissenschaften an elf Standorten an, hierbei Berlin mit fünf Konfliktfällen, Bonn mit vier, Frankfurt mit zwei, darunter einer mit sechs Einzeldokumenten. Es folgt die bereits nachhaltig erforschte Geschichtswissenschaft mit neun Standorten, davon elf Einzeldokumente für Berlin, neun für Bonn, acht für Halle. Anschließend die neue Soziologie nur an vier Standorten, aus denen Frankfurt am Main mit 12 Dokumenten zu 3 Konfliktfällen herausragt. Gefolgt von Pädagogik und Philosophie bildet die besonders umfangreich dokumentierte Physik an neun Standorten den Abschluss des 2. Halbbandes.

Der eigentliche Reiz liegt aber nicht nur in diesem breit gelagerten Überblick, sondern auch im zugegebenermaßen etwas dröge daherkommenden, wenngleich prononciert auf diverse Spannungsbögen zulaufenden erzählerischen Charme der Einzeldokumente begründet. Sie gehen sowohl inhaltlich als auch in der Diktion weit über die Vielzahl der Sachinformationen in den Kurzzusammenfassungen hinaus. Dem Leser begegnet ein präsender Erzählgestus, der schnelle Lektüre und breiten Überblick gleichermaßen ermöglicht. Denn die Brief- und Denkschriftschreiber damals pflegten einen aussagekräftigen, distinktiven und dennoch pointierten Schreibstil, der komplizierte Sachverhalte verständlich erläutern konnte, so dass die Allgemeinverständlichkeit der Dokumente gewährleistet ist.

Gehen wir sie der Reihe nach einmal durch, dann erhalten wir Einblicke in ganz verschieden gelagerte individuelle Konfliktsituationen, die selten auch einmal die Schwelle zum kollektiven Protest streiften oder sogar auch überschritten. Dies geschah 1931/32 bei den Halleschen Gruppenprotesten aufgebracht der Störer aus dem NS-Studentenbund, die gegen die Lehre des Reformtheologen Dehn wütend, gewalttätig randalierten. Letztlich wurden sie von den Schlagstöcken Hallescher Polizeigewalt im und vor dem Hauptgebäude am Universitätsplatz diszipliniert. Hierfür liegt ein besonders aussagefähiges Schriftstück aus der Feder des ehemaligen Rektors von 1930 bis 1932, Gustav Aubin, an den NS-Nachfolger Richters als Ministerialdirektor, Johann Daniel Achelis, vom 8.8.1933 vor (Dok. 103a, S. 545–550). Einerseits illustriert es die aufgeheizte Stimmung in Halle, andererseits belegt es aber auch, dass die öffentliche Ordnung jederzeit wiederhergestellt werden konnte und dass in Preußen selbst die organisierten NS-Studenten immer das Nachsehen hatten, öfters auch einmal mit blauem Auge. Diese Lektüre ist unbedingt zu empfehlen, denn es belegt: Polizei und Kultusministerium in Preußen konnten sich wehren!

Zweifel an der republikanischen Haltung der deutschen Professorenschaft waren im Ministerium allerdings Standard. Zu Beginn der Dokumentenauswahl rückt sie der Herausgeber Spenkuch in den Mittelpunkt einer Betrachtung normativ gestützter Gegenstrategien des Hauses. Anlässlich einer Gesamtkonferenz der vor Ort die staatliche Aufsicht ausführenden Universitätskuratoren konnten deren ausweichende Haltungen zur staatlich verordneten Absage von überall üblichen Reichsgründungsfeiern zum 18. Januar als vervielfachte monarchieaffine »opportunistische Lippenbekenntnisse« erkannt werden (S. 31). Seitens Richters konnte diplomatisch geschickt vorsichtig korrigierend darauf eingewirkt werden. Anlass war eine Gegeninitiative des Ministerpräsidenten Braun (Dok. 50a und b, S. 424–428), der unmissverständlich Besserung verlangt hatte. Im Ergebnis des schließlich bloß angedrohten Verbots der reaktionären Januarfeiern einigte sich die Ministerialität mit ihren Kuratoren dahingehend, dass dann eben die üblicherweise in die Ferienzeit fallenden Verfassungsfeiern zum 11. August in das jeweilige Sommersemester, also in die zweite Julihälfte, vorgezogen werden mussten (Dok 50c, S. 429–431, hier 431). Dieser Kompromiss wurde in den folgenden drei Jahren bis 1931 auch peinlich genau eingehalten, er zerbrach aber schon 1932 unter dem Preußenschlag.

Antisemitismus und lawinenartig sich Bahn brechende Repression im Umbruchjahr 1933 vernichteten eine konfessionelle Liberalität der drei Religionen, die allerdings noch immer eindeutig protestantisch ausgerichtet war. Sie wies bei insgesamt 1.500 preußischen Hochschullehrern immerhin einen Anteil von 9% jüdischen auf – mit sehr großen lokalen Unterschieden, nämlich 18% in Berlin, aber keine in Münster (S. 64).

Greifbar wird die rassistisch motivierte politische Radikalumbildung des Lehrkörpers im Fall des Neuzeithistorikers Hans Rothfels im April 1933 in Königsberg (Dok. 95a–c). Aufgrund seines rechtsradikalen und pointiert antirepublikanischen Gedankenguts verwendeten sich die Fachkollegen und die deutsch-nationale Studentenschaft unisono für ihn mit der wenig beruhigenden Forderung: »Bei der bevorstehenden Entjudung der deutschen Universitäten muss es Ausnahmen geben.« (S. 75, Dok. 95a: Schrei-



ben des Kurators der Universität Königsberg, S. 532). Rothfels blieb noch bis zur Zwangsemigration 1939 in Königsberg und machte dann seine bekannte Nachkriegskarriere als Nestor der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Deren biografiegeschichtliche Problematik irritierte die Fachwissenschaft vor gut einem Jahrzehnt.

Die engere Tagespolitik verlassend, eröffnet die Dokumentation mit ihren zahlreichen Fallanalysen konkreter hochschulpolitischer Karrierentscheidungen ein weites Feld konfliktbeladener Interessenpolitik vor Ort. Auch die 1935 erfolgte Zwangsemeritierung des mit 30 Jahren im Jahre 1931 aus Greifswald nach Göttingen berufenen Ordinarius für Öffentliches Recht Gerhard Leibholz eröffnete ihm letztlich einen leidvollen Umweg, der ihn aufgrund seiner »Akzeptanz der Parteienstaatsidee« (S. 87) zwischen 1951 und 1971 zum einflussreichen Bundesverfassungsrichter machen sollte.

Schließlich ist in diesem Kontext die bereits 1926/27 hochumstrittene, vom Ministerium aus geplante und später auch durchgeführte Berufung des Völkerrechtlers Hermann Kantorowicz an die Universität Kiel mit drei Einzeldokumenten (131a–c) breit dokumentiert. Als Autor des vom Reichstags-Untersuchungsausschuss an ihn ergangenen Auftrags eines Gutachtens zur Kriegsschuldfrage hatte er die rechthaberischen Rechtfertigungen der Deutschen auf der Basis akribisch recherchierter Dokumente konterkariert und die Hauptschuld am Zustandekommen des Ersten Weltkriegs eben beim Deutschen Kaiserreich gefunden und in persona bei Wilhelm II. Zwar war es bereits fertiggestellt, aber es wurde instrumentell lange zurückgehalten und konnte erst 1967 publiziert werden. Die massiven Anfeindungen Hermann Kantorowicz' spalteten selbst Republikaffine, da sie auch das von Stresemann mit harter Hand geleitete Außenministerium beeinflussten. Dennoch konnte Kantorowicz bereits 1931 als Dekan der Kieler Juristenfakultät eigenständig Neuberufungen managen (Dok. 132a, S. 659f.) – wenngleich er 1933 umstandslos aus dem Staatsdienst entfernt wurde. Sein Anliegen bestand darin, ein Seminar für »wissenschaftliche Politik« in Kiel zu etablieren (S. 604), womit er seiner Zeit erneut weit voraus war – genauso wie sein Ministerium in Berlin.

In der Zusammenfassung für die Berufungspolitik zum öffentlich am weitesten umstrittenen Bereich des Öffentlichen Rechts kann Spenkuch resümieren, dass sechs prominente Namen immer wieder auf wechselnden Berufungslisten genannt und dort weitergereicht wurden und dass das Kultusministerium sehr erfolgreich eine stolze Reihe von immerhin 13 linksliberalen Republikanern auf diesen Lehrstühlen etablieren konnte (in einer Gesamtheit von 50): »Insofern hatte das Ministerium großen Anteil an der Bildung von Inseln republikanisch-demokratischer Staats-, Verfassungs- und Völkerrechtslehre.« (S. 96)

Die preußischen Universitäten bekannten sich nunmehr in Gestalt dieser Vorkämpfer auch »zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaates.« Das war deshalb bedeutsam, weil es 1932 keine als eindeutig »reaktionär« einzuschätzende Universität in Preußen mehr gab – ein solches Verdachtsmoment war noch 1929 im Gespräch mit Ministerialdirektor Richter offen seitens der Universitätskuratoren diskutiert worden. Wenig ruhmvoll hatten Göttingen, Marburg und Königsberg die Gerüchteküche wechselseitig mittels politisch weit rechts stehender Publikumsveranstaltungen angeheizt; in Marburg war sogar der Deutschnationale Hugenberg als Redner aufgetreten. Von Ministerialdirektor Richter wurde er sybillinisch als »Risiko« bezeichnet (Dok. 50c, S. 433) – Minister Braun hatte hier aber wohl deutlichere Worte gefunden. Die spätere deutliche Rechtswendung von 1932 sei mit der langen Abwehrschlacht gegen die reaktionäre Akademikerbeflissenheit an den preußischen Universitäten zuvor aber kaum mehr zu vergleichen, so kann Spenkuchs Fazit in seiner profunden Einleitung abschließend verstanden werden (S. 182–184).

Unleugbar befördert Band 9 die Debatte darüber, ob die Weimarer Republik seit Juli des Jahres 1932 weggeputscht worden ist und nicht an lang lastenden, fehlenden ordnungspolitischen Weichenstellungen erstickte. Wäre dies Letztere der Fall gewesen, und Ansatzpunkte dazu finden sich in Spenkuchs Resümee, dann wären viele bemühte strukturgeschichtliche Ansätze zur Erklärung des Nationalsozialismus revisionsbedürftig. Denn dann scheiterte die Weimarer Republik gar nicht, sondern sie war vielmehr auf dem besten Wege eine höchst erfolgreiche Reformpolitik zu Nutzen eines modernen Staatswesens perspektivisch ausgreifend und strategisch geschickt gegen nachlassende Widerstände effektiv umzusetzen!

Es ist zu wünschen, dass eine derart produktive Dokumentationsreihe weiter entschieden fortgesetzt wird. Sie erhellt nicht nur das Sujet der Landeskultuspolitik für sich, sondern auch das Geflecht des bundesstaatlichen Föderalismus in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik als ein Ergebnis

lang gewachsener parteienstaatlicher Traditionen in den Ländern und breiter Bevölkerungsakzeptanz der bundesstaatlichen Kultusverwaltungen. Entscheidender aber ist die forschungsrelevante Leitfrage nach dem politischen Erfolg der vier preußischen Wissenschaftsminister, die hier vorsichtig bejaht werden kann. Anregungen gehen davon auch auf andere, später erst in Erscheinung tretende ehemals preußische Länder aus: Was könnten Niedersachsen, was Nordrhein-Westfalen beginnen, wenn sie die Ministerialakten seit Gründung ihrer Länder im Jahr 1946 edierten? Genug bliebe zu tun.

*Georg Wagner-Kyora, Hannover*

**Zitierempfehlung:**

Georg Wagner-Kyora: Rezension von: Hartwin Spenkuch (Bearb.), Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik. Dokumente zur Hochschulentwicklung im Freistaat Preußen und zu ausgewählten Professorenberufungen in sechs Disziplinen (1918 bis 1933) (Acta Borussica Neue Folge 2: Preußen als Kulturstaat, Abteilung II: Der preußische Kulturstaat in der politischen und sozialen Wirklichkeit, Bd. 9) 2 Halbbände, De Gruyter Akademie Forschung, Berlin/Boston 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81804>> [28.2.2017].

**Dietrich Heither, *Ich wusste, was ich tat. Emil Julius Gumbel und der rechte Terror der Weimarer Republik* (Neue Kleine Bibliothek, Bd. 235), PapyRossa Verlag, Köln 2016, 131 S., kart., 12,90 €**

Eine Statistik aus der Weimarer Republik findet sich noch heute in deutschen Schulbüchern: Sie listet auf, dass zwischen 1918 und 1922 Täter aus dem rechten Spektrum insgesamt 354 politisch motivierte Morde verübten, wovon aber Gerichte nur einen vollständig gesühnt habe. Dem gegenüber stellt sie 22 als links eingestufte Morde, wobei davon 17 umfänglich gesühnt worden seien. (S. 40f.) Wer hatte diese Fälle so akribisch dokumentiert? Der Mathematiker, Statistiker und Linksintellektuelle Emil Julius Gumbel (1891–1966) fasste sie in seinem Werk »Vier Jahre politischer Mord« zusammen. Dietrich Heither nahm sich nun seiner Rolle an.

Sein Ausgangsbefund lautet dabei, dass der bedeutende deutsche Intellektuelle Gumbel nach 1945 kaum noch bewusst rezipiert wurde und inzwischen weitgehend vergessen sei – von einer US-amerikanischen Biografie abgesehen.<sup>1</sup> Die Gründe hierfür bestätigten aber zugleich dessen Arbeiten. Deshalb sei er als Dokumentar und Sozialist für eine Geschichte der Abwehrversuche der Weimarer Republik gegen antidemokratische, nationalistische und völkische Kräfte aufschlussreich. Zum anderen liefere die Rolle Gumbels als Feindbild, das er für genau diese Personenkreise als pazifistischer, sozialistischer, jüdischer und intellektueller Gegenpart verkörperte, Einblicke dahinein, wie die Demokratie erodierte. An diesen beiden zusammenhängenden Ebenen entlang zieht Heither die Struktur seines Buches auf: Erst stehen die publizistischen Interventionen Gumbels und dann folgen die teils gewaltsamen rechten Gegenkampagnen.

Die Basis legt Dietrich Heither dafür mit einer Analyse des pazifistischen und antimilitaristischen Engagements des vormaligen Kriegsfreiwilligen, der schon 1915 in den »Bund neues Vaterland« – die spätere »Deutsche Liga für Menschenrechte« – eintrat. Über ihn kam Gumbel zu seinen ersten publizistischen Versuchen. Die beiden Einstiegskapitel stecken seine politische Betätigung in der Zeit um die Revolution von 1918 und 1919 ab. In ihnen zeichnet Heither am Beispiel der sich spaltenden Arbeiterbewegung ein Bild vom USPD- und späteren SPD-Mitglied Gumbel als freien Geist, der dennoch Teil einer größeren Bewegung gewesen sei. Dies Einschätzung deckte sich mit dem Selbstbild als einsamer Kämpfer: »Gumbel sollte sich in den folgenden Jahren [...] als beharrlicher Intellektueller des Stellungskrieges im Feld hegemonialer Kämpfe erweisen.« (S. 37). So sympathisierte er mit dem Rätekonzept, aber verteidigte jedoch wegen seiner Angst vor der Gegenrevolution samt Bürgerkrieg die Nationalversammlung. Damit geriet er in ein Dilemma (S. 31).

Um Gumbels Rolle zu verdeutlichen, gliedert Heither das Buch in weiten Teilen entlang dessen Werke: besonders seiner Arbeiten »Vier Jahre politischer Mord« (1922), »Acht Jahre politische Justiz« (1927) und »Verräter verfallen der Feme!« (1929). Mit diesen Dokumentationen habe er nicht nur auf die Gewalt der rechten Seite aufmerksam gemacht. Sein Ziel aber ebenfalls, die Elitenkontinuität anzuklagen, die – wie an den eingangs genannten Zahlen zu sehen – mit ihrer antirepublikanischen Haltung eine konsequente Strafverfolgung verhindert habe. Heither weist auch darauf hin, dass Gumbel dazu keine tiefgehende eigene Analyse der Ursachen vornahm. (S. 45) Darum steuert der Autor einen Überblick zum Autoritätsdenken der Justiz der Weimarer Republik sowie einen hilfreichen Exkurs zur Rechtfertigungskonstruktion des »Erschießens auf der Flucht« bei.

Dem von Gumbel beobachteten »nationalen Lager« (Ulrich Herbert) widmet sich ein Kapitel, in dem Heither dessen Beobachtungen den Phasen rechter Gewalt zuordnet: von den anfänglichen Racheakten der Freikorps über die Umsturzvorbereitungen der Wehrverbände und den Kapp-Putsch bis zum Netzwerk der »Schwarzen Reichswehr«. (S. 55f.) Von diesen republikfeindlichen Kreisen gingen die Kampagnen gegen Gumbel aus, die vom Autor systematisiert werden. Den Anfang machten Heidelberger

---

<sup>1</sup> Arthur D. Brenner, Emil J. Gumbel. Weimar German Pacifist and Professor, Boston/Leiden 2001

Verbindungsstudenten, die bereits 1924 forderten, ihm wegen kriegskritischer und unpatriotischer Äußerungen die Lehrbefugnis zu entziehen. Auch wenn dieses Ansinnen ergebnislos blieb, habe es Gumbels Image angeschlagen. Daran konnten 1930 der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund und sein Umfeld anknüpfen, als sie versuchten, seine Positionen zu skandalisieren. (S. 76f.) Dies gelang 1932, indem sie seinen Vergleich zwischen Kriegsdenkmälern und Kohlrüben instrumentalisierten. So kam es so noch vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten dazu, dass die Universität Heidelberg einen Lehrenden aus politischen Gründen am 5. August 1932 entließ.

Gumbels anschließender Weg ins Exil wird knapp dargestellt: sowohl wie Gumbel in Frankreich mit der »service juridique« Fluchthilfe leistete, als auch wie er Ziel antisemitischer Propaganda im Deutschen Reich blieb. (S. 92) In den USA arbeitete er mit dem OSS und dem »German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism« zusammen, konzentrierte sich aber mehr und mehr auf seine statistischen Forschungen – erst ab 1940 in New York und ab 1953 an der Columbia University. Heither setzt dem den Weg des Remigranten Arnold Bergstraesser entgegen, der seine Karriere in Nachkriegsdeutschland fortsetzte, obwohl er zuvor an der Entlassung Gumbels maßgeblich beteiligt war. (S. 97f.) Mit seiner Kritik an der Remilitarisierung setzte Gumbel dagegen seine Kritik an demokratiegefährdenden Kontinuitäten fort.

Heither würdigt daher in seinem Resümee primär Gumbels Verständnis für solche Kontinuitäten, die er schon in seinen Dokumentationen beim Umgang der Weimarer Justiz mit rechten Morden ausmachte. Die prominenten einzelnen Mordfälle – wie an Walther Rathenau 1922 – behandeln die Kapitel nicht näher, sondern konzentrieren sich auf die gesellschaftlichen Kontroversen um sie. Abschließend resümiert der Autor, dass Gumbel »insgesamt ein Einzelgänger im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik« (S. 108) gewesen sei. Im Abschlusskapitel versucht Heither außerdem, Gumbel für aktuelle geschichtspolitische Debatten heranzuziehen. Er attestiert von Christopher Clark bis Herfried Münkler einen Entlastungstrend für die Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und stellt dagegen Gumbels Erkenntnisse: die enge Kooperation von Nationalsozialismus und völkischen Kreisen, den deutschen Militarismus, das Versagen der Universitäten, die fehlende Gegenwehr und die Praktiken der »Vergangenheitsbewältigung«. (S. 117f.)

Mit seinem kompakten Buch gelingt es Dietrich Heither, Emil Julius Gumbel als Schlüsselperson in den politischen Konflikten der Weimarer Republik wieder greifbar zu machen. Besonders die Gegenreaktionen – am Beispiel der Hochschulen – auf sein öffentliches Auftreten schärft das Verständnis der Konfliktdynamiken. Die Arbeit übernimmt allerdings vielfach Quellsprache allzu leichtfertig. Der Terminus »Klassenjustiz« bestimmt nur unpräzise, um welche juristischen Eliten es sich handelte, die mit ihrem Habitus – der mehr als eine Klassenzugehörigkeit darstellte – eine einflussreiche Gruppe bildete. Ebenso hilft der »Präfaschismus«-Begriff nur bedingt weiter. Bei allen Schwierigkeiten, das heterogene »nationale Lager« zu fassen, wird das Zusammenspiel von Nationalsozialismus und unterschiedlichen völkischen und antiliberalen Kreise erst deutlich, wenn sie nicht hinter einem zu Nationalsozialismus synonym gebrachten Faschismus-Begriff verschwinden. Für weitere Forschung böte sich an, das Milieu der Linksintellektuellen der Weimarer Republik kollektivbiografisch zu untersuchen. Heither lässt Parallelen und Unterschiede – wie bei Wolfgang Abendroth – durchblicken, aber stärkt das Bild Gumbels als einsamen Kämpfer, was es weiter zu prüfen gilt. Das Buch liefert dafür erkenntnisversprechende Ansätze und müsste seine Relevanz nicht mit einem Anspruch des Lernens aus der Geschichte rechtfertigen.

*Oliver Gaida, Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Oliver Gaida: Rezension von: Dietrich Heither, Ich wusste, was ich tat. Emil Julius Gumbel und der rechte Terror der Weimarer Republik (Neue Kleine Bibliothek, Bd. 235), PapyRossa Verlag, Köln 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81805>> [28.2.2017].



**Daniel Münzner, Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 414 S., geb., 39,90 €, auch als E-Book erhältlich.**

Kurt Hiller war zeit seines langen Lebens (1885–1972) immer ein Mann der allenfalls zweiten Reihe, als Herausgeber der ersten Anthologie expressionistischer Lyrik («Der Kondor», 1912) steht er im Schatten der von Kurt Pinthus 1919 publizierten »Menschheitsdämmerung«, als Lyriker im Schatten so vieler Genregenossen, dass eine Aufzählung den Rahmen einer Rezension sprengen würde, als Vertreter der Herrschaft einer Geisteselite («Logokratie») überragt ihn Stefan George um Lichtjahre, als Journalist bei der »Weltbühne« muss er mindestens Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky den Vortritt lassen, als Aktivist für die Rechte Homosexueller ist in erster Linie Magnus Hirschfeld in Erinnerung geblieben, als Exilant und vor allem als Heimkehrer ab 1955 war Hiller bereits zu Lebzeiten ein Vergessener. Es gab und gibt nur ein Gebiet, auf dem Kurt Hiller unerreicht geblieben ist, demjenigen der alle Grenzen überschreitenden Provokation und Beleidigung seiner von ihm als Gegner erkannten Zeitgenossen. Sofern das Internet nicht trägt, schrieb der Herausgeber der »Weltbühne«, Siegfried Jacobsohn, 1926 an Kurt Tucholsky: »Ich fürchte, dass es mit mir und Kurtchen Hiller nicht mehr lange währen wird. Es ist nicht zu sagen, was dieser arme Homosaxone sich an Hysterie, Verfolgungswahn, Eitelkeit, Empfindlichkeit, Anmaßung und Geschmacklosigkeit brieflich leistet.« Hillers Verortung in der zweiten Reihe und sein Talent, sich zwischen alle Stühle zu setzen, mögen dazu beigetragen haben, dass er heute völlig in Vergessenheit geraten ist und seine Fahne, nein sein Fähnchen, lediglich von der 1998 gegründeten Kurt-Hiller-Gesellschaft und von Aktivisten der Schwulenbewegung hochgehalten wird.

Eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Kurt Hiller steht zudem vor der Schwierigkeit, dass der gebürtige Berliner eine zweibändige Autobiografie («Leben gegen die Zeit» mit den Bänden »Logos« 1969 und »Eros« 1973), unzählige Artikel in zum Teil schwer zugänglichen Zeitschriften und weit mehr als 30.000 Briefe hinterlassen hat. Kein Biograf kann diesen Nachlass, zusätzlich zur Sekundärüberlieferung, in einem angemessenen Zeitraum auch nur annähernd verarbeiten. Davon hat sich Daniel Münzner aber nicht abschrecken lassen und Kurt Hiller zum Gegenstand seiner 2014 an der Universität Rostock abgeschlossenen Dissertation gemacht. Diese Kühnheit verdient grundsätzlich Bewunderung. Münzner will keine klassische Biografie vorlegen und verzichtet daher auf die Schilderung der ersten zwanzig Lebensjahre seines Protagonisten. Seine Darstellung setzt 1905 mit dem Studenten Hiller ein; sie folgt zwar sehr klassisch in chronologischer Abfolge den Großabschnitten Kaiserreich, Weimarer Republik, Exil und Bundesrepublik Deutschland, aber jeweils mit eigenen Kapiteln über Hillers Diskriminierungserfahrungen als elitärer Intellektueller, als bekennender Homosexueller und als sich von seinem Judentum distanzierender Jude, wodurch »drei parallele Erzählungen zu Hillers Leben entstünden«. (S. 35) Diese Vorgehensweise soll die Erklärung dafür liefern, warum Hiller zu den schärfsten Kritikern der Weimarer Republik, zu deren »Totengräbern von links«, gehörte: »Diese Studie untersucht den Einfluss von Anti-Intellektualismus, Antisemitismus und Homophobie auf Hillers politisches Denken und erklärt, wie Hiller seine Denkmodelle und Argumentationsformen als Reaktion auf die Diskriminierungserfahrungen seiner Zeit formulierte. Zugespitzt bedeutet dies: Wer wie Hiller die Weimarer Republik auch als einen Ort eines permanenten Antisemitismus, der Homophobie und der Gerichtsprozesse gegen linke Kritiker erlebte, für den gab es nichts zu verteidigen, sondern nur eine bessere, eine echte Republik zu erkämpfen.« (S. 15)

Diese Methode würde greifen und sicher einen größeren Erkenntnisgewinn zu Tage fördern, wenn Kurt Hiller tatsächlich »prototypisch für die Figur des diffamierten Linksintellektuellen im 20. Jahrhundert« stünde, wie auf dem Werbetext des Buchschlags suggeriert wird. Aber bereits hinter den Begriff »links« ließe sich ein dickes Fragezeichen setzen. Daniel Münzner schildert, wie Kurt Hiller sich 1908 als Einjährig-Freiwilliger zum Militär meldete, weil er sich von der Einbindung in dessen virile Männerwelt einiges versprach. Konfrontiert mit der »Primitivität des einfachen Volkes« (Zitat Münzner, S. 45), flüchtete er bereits sechs Wochen später in die Schweiz und ließ sich »eine krankhafte Störung

der Geistestätigkeit bescheinigen«, was ihm eine Haftstrafe und den weiteren Militärdienst ersparte. Dies hielt ihn aber nicht davon ab, den Ausbruch des Ersten Weltkriegs begeistert zu begrüßen: »Deutschland! [...] nie darf es kommen, dass Wilde deine freundlichen Flure zertrampeln; nie: der stinkende Tatar Unfreiheit über Dich verhängt. Dies aber drohte; und so ward dieser Krieg zur Pflicht. Der Kaiser und die Männer seiner Regierung [...] haben im rechten Augenblick das Rechte getan.« (S. 61) Und ebenfalls 1914 schwärmte der desertierte Hiller: »Nichts ist ja doch heute natürlicher, hoffnungsreicher, schöner als ein Bündnis zwischen den beiden höchsten sittlichen Typen, [...] dem Denker und dem Soldaten.« (S. 95) Auch wenn sich Hiller später zum Pazifisten entwickelte. Sind solche Phrasen, die an den berüchtigten »Aufruf an die Kulturwelt« erinnern, wirklich »links«?

Während der Weimarer Republik verachtete Hiller das politische Führungspersonal der Sozialdemokratie vor allem deshalb, weil ihm die zumeist aus dem Handwerkermilieu stammenden Autodidakten nicht intellektuell genug erschienen. In seinem Aufsatz »Linke Leute von Rechts« aus dem Jahr 1927 stellte er die Frage: »Wer taugt mehr, ein kommunistischer Nichtdenker oder ein nationalistischer Selbstdenker?«, was seine jahrzehntelangen guten Kontakte mit dem NS-Renegaten Otto Strasser und seine Bewunderung für Benito Mussolini erklärt. Auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Ist die Verachtung sozialen Aufstiegs bei gleichzeitiger Hochachtung formaler Bildungskriterien in einer Zeit, die den meisten hochbegabten Arbeitern den Zugang zur Hochschule durch finanzielle Schranken verwehrt, als »links« einzustufen? Worin unterscheidet sich die Definition von Edgar Julius Jung, die Demokratie sei die »Herrschaft der Minderwertigen« von derjenigen Kurt Hillers, der sie als »Diktatur der Mittelmäßigkeit« bezeichnete? (S. 113) Wie passt Daniel Münzners These: »Linke wie Hiller kritisierten die Republik als medioker, weil sie ihnen gar nicht liberal und sozial genug war, und sie verbanden mit ihrer Kritik einen emanzipatorischen Ansatz, der für Frauen, Homosexuelle und Angehörige ethnischer Minderheiten mehr Gleichheit einforderte« (S. 149) zu seiner eigenen Einschätzung von der »Demokratiefeindschaft« Kurt Hillers und dessen teils offen propagierter Frauenfeindschaft? (S. 171) Münzner schildert die entlarvende Anekdote, dass sich Kurt Hiller noch angesichts der Bundestagswahlen 1957 darüber echauffierte, der Gedanke sei ihm unerträglich, nur ebenso viele Stimmen zu haben wie seine Putzfrau (S. 303). Inwieweit ist diese Haltung »links«? Wohlgermerkt, diese Frage stellt der Rezensent – der Autor einer Dissertation hätte sie wenn auch nicht stellen müssen, so doch stellen können.

Das heißt nun nicht, dass Daniel Münzner Kurt Hiller kritiklos behandelt. Im Gegenteil, er zitiert zahlreiche negative Beurteilungen von Zeitgenossen über Hiller und rückt dessen zum Teil ehrverletzende Einschätzungen zurecht, allerdings behält er dabei zu oft die Samthandschuhe an. Nach 1945 hatte sich Hiller Herbert Wehner aufgrund dessen kommunistischer Vergangenheit als einen seiner neuen Lieblingsfeinde auserkoren. Münzners Satz »Hillers Klagen über den Führer Wehner waren ebenso unfair wie seine Polemiken über Ebert« (S. 349) reicht aber als Distanzierung bei weitem nicht aus. Im ersten Band seiner 1969 erschienenen Memoiren kritisiert der nunmehr in Hamburg lebende Publizist die Reichsexekution gegen Sachsen 1923, was grundsätzlich völlig legitim ist, aber nicht in der von Hiller gewählten Form. Die Absetzung der SPD-KPD-Regierung in Dresden sei ein »Verbrechen« gewesen, für das Friedrich Ebert auf dem Schafott hätte hingerichtet werden müssen. Der Reichspräsident habe mit dieser Aktion Hitler den Weg gebahnt: »Ebert war kein Faschist, er war ein Coyote. Hitler war ein Werwolf, eine Art apokalyptisches Tier – das ist der ganze Unterschied«. (»Logos«, S. 181) Hier reicht die Charakterisierung »unfair« bei weitem nicht aus. Wer wie Kurt Hiller 1969 nur graduelle Unterschiede zwischen Friedrich Ebert und Adolf Hitler erkennen konnte, dem muss man die politische Zurechnungsfähigkeit absprechen. Diese Passage über Ebert zitiert Daniel Münzner nicht, stattdessen lesen wir aber Hillers Urteil über Konrad Adenauer aus einem Privatbrief: »ein doppelzüngiges Schwein und ein ganz bornierter Schlaufuchs; also eine zoologisch hochinteressante Kreuzung aus Schlange, Schwein, Esel und Fuchs. Das macht ihm so bald keiner nach und deshalb wurde er Kanzler.« Aus dieser Charakterisierung liest Daniel Münzner erstaunlicherweise eine »gewisse Anerkennung« heraus. (S. 296) In einem offenen Brief nannte Hiller 1957 Adenauer eine »arrogante Null«. Kurt Hiller war eben nicht »immer scharfsinnig« (S. 348), sondern griff, wie in diesem Fall, auch gerne zu plumpen Beleidigungen.

Ist das Kapitel über die Weimarer Republik das mit Abstand schwächste des Buches, so wartet dasjenige über das Exil mit den erstmals ausgewerteten Quellen über Hillers Tätigkeit für den britischen Inlandsgeheimdienst auf, für den er 15 Jahre als Informant tätig war. Die letzten 17 Jahre seines Lebens wohnte Kurt Hiller wieder in Deutschland; seine Artikel wurden jetzt nur noch in hektografierten Studentenzei-

tungen mit sehr überschaubarer Auflage veröffentlicht. Offensichtlich brauchten die meinungsführenden Medien in Deutschland keinen Autor mit manischem Zwang zur Originalität; so hatte ausgerechnet der Emigrant Hiller in der Debatte zwischen Innerer und Äußerer Emigration Partei für Frank Thiess und gegen Thomas Mann ergriffen; zur Vermeidung künftiger antisemitischer Exzesse empfahl er die Selbstauflösung des Judentums: »Ohne Judentum keine Pogrome«. (S. 313f.)

Was wäre noch zu kritisieren? Es haben sich mehrere historische Fehler eingeschlichen: Das Kabinett unter dem parteilosen Reichskanzler Hans Luther einigte sich 1926 nicht auf eine schwarz-rot-goldene Staatsflagge und eine schwarz-weiß-rote Seeflagge (S. 118), denn diese Bestimmung war bereits ein Bestandteil der Weimarer Reichsverfassung von 1919; der Vorsitzende des Reichstagsausschusses, der sich 1929 für die Abschaffung des Paragraphen 175 gewinnen ließ, war der DVP- und nicht Zentrumsabgeordnete Wilhelm Kahl (S. 175); der Mitgefangene Sohn Friedrich Eberts im KZ-Columbia-Haus in Berlin war Friedrich junior und nicht Georg Ebert, der im Ersten Weltkrieg gefallen war (S. 155), usw. Die These Sebastian Haffners von der 1918/19 durch die Sozialdemokratie »Verratenen Revolution« und die dem hochspekulativen Buch »Hitlers Geheimnis« von Lothar Machtan entstammende Behauptung von der nicht bewiesenen und nicht beweisbaren Homosexualität Hitlers sollten nicht deshalb völlig unkritisch übernommen werden, nur weil auch Kurt Hiller daran glaubte. Und nicht jede Kritik an Hiller oder seinen Publikationen – diese Rezension hoffentlich auch nicht – sollte gleich als »homophob« eingestuft werden. (S. 342)

Die vorliegende Darstellung zeigt entgegen der These Daniel Münzners nicht, »wie sich die Rolle linker Intellektueller im 20. Jahrhundert gewandelt hat« (S. 32), denn Kurt Hiller war kein Prototyp eines linken Intellektuellen, er war ein Solitär. Die Partei Hiller besaß nur ein einziges Mitglied. Kurt Hiller war ein Meister der Maßlosigkeit: Er war grenzenlos elitär, selbstgerecht, selbstverliebt und eitel, er war ein Mensch in seinem bis in die Extreme gesteigerten Widerspruch, er war ein rassistisch Verfolgter, der selbst gerne auf rassistische Beschreibungen zurückgriff, er war ein Hohepriester der Provokation, der mit sprachschöpferischer Kraft seine Mitmenschen beleidigte und gelegentlich als Scharfrichter hinzurichten versuchte, aber andererseits eine äußerst zartbesaitete Mimose, wenn er selbst kritisiert wurde; er war kein Humanist (wer seine Gegner, in diesem Fall die Schriftstellerin Gabriele Tergit, als »Giftdrüsenkuh«, »alte Wanze« oder »gewisses Geziefer« bezeichnet oder noch posthum froh ist, dass ein Kritiker »verreckt« sei, »Eros« S. 13, der hat diesen Ehrentitel verspielt). Der Jahrhundertlyriker Georg Heym stufte seinen dichtenden Kollegen Hiller als »absolut unfähig« ein (S. 53); ein britischer Germanist charakterisierte Hiller als »A Stänkerer in exile« (S. 207) und in einem kommunistischen Kommentar der Weimarer Jahre wurde er einmal als »Hanswurst vom Geiste« bezeichnet. (S. 129) Dies alles lernt man aus der anregenden Studie von Daniel Münzner, und dies darf man dann ohne Einschränkungen als verdienstvoll anerkennen.

*Bernd Braun, Heidelberg*

#### **Zitierempfehlung:**

Bernd Braun: Rezension von: Daniel Münzner, Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81806>> [28.2.2017].

**Thomas Etzemüller, Auf der Suche nach dem Nordischen Menschen. Die deutsche Rassenanthropologie in der modernen Welt, Transcript Verlag, Bielefeld 2015, 291 S., kart., 29,99 €, auch als E-Book erhältlich.**

Kürzlich kürte die wissenschaftliche Fachzeitschrift »Science« eine biochemische Methode zur Editierung von Genomen zum Durchbruch des Jahres 2015. Die damit verbundenen Möglichkeiten der gezielten Manipulation menschlichen Erbguts entfachten erneut Debatten um das »Designer-Baby« und die moralischen Grenzen der sich fortwährend erweiternden technologischen Grenzen. In diesen Diskussionen über Genetik werden notwendigerweise die Verbindungen zur Eugenik mitverhandelt. Dabei wird zwar die Rassenhygiene des letzten Jahrhunderts größtenteils als auf Irrationalität und Diskriminierung basierend diskreditiert, jedoch behält die Genetik das »Versprechen« einer depathologisierten und perfektionierten Zukunft aufrecht.

Mit der Vorgeschichte dieser Problematik und einer ins Innere der Gesellschaft gerichteten Differenzierung beschäftigt sich Thomas Etzemüller in dem vorliegenden Buch. Im Zentrum steht dabei die Rassenanthropologie, die schon »fast von Beginn an« im Verdacht des »Scheiterns« stand (S. 7). Während die Rassenanthropologie heute teils als »Pseudowissenschaft« behandelt wird und in der Historiografie der Wissenschaften oft unerwähnt bleibt, war die zeitgenössische Betrachtung gegenteiliger Art. Selbst »nach den Kriterien der Wissenschaft« sei die deutsche Rassenanthropologie auch zur Zeit des Nationalsozialismus eine »methodisch streng seriöse Disziplin gewesen«, die von Beginn an auch von ihren »Gegnern [...] als Wissenschaft« ernstgenommen worden war (S. 8).

Dementsprechend diskutiert der Autor die Rassenanthropologie nicht als separiert von der zeitgenössischen Wissenschaftslandschaft und ihre Akteure nicht als isolierte Nonkonformisten, sondern versteht sie als Wissenschaftler, die sich selbst und ihrer Wissenschaft durchaus kritisch gegenüberstanden und Ergebnisse wie Methoden kontrovers diskutierten. Aus diesen Gründen sei der Rassenanthropologie weder mit »Ideologiekritik« noch mit dem »Fälschungsvorwurf« oder einem »Falsifikationsmodell« beizukommen (S. 9). Stattdessen sei diese Disziplin im Sinne ihrer Naturalisierung und Verkörperlichung des Sozialen zu untersuchen, also als »eine Gesellschaftslehre im Gewande der Biologie« (S. 10), die sich im Laufe ihrer Geschichte permanent gegen Unterstellungen einer bestimmten Weltanschauung und der Unwissenschaftlichkeit verwehre.

Die teils personen-, teils methodologiebezogenen Kapitel untersuchen die Konstruktion von »Bevölkerung« als »wissenschaftliche Tatsache« und setzen sich detailliert mit den propagandistischen »Techniken der Visualisierung« des 20. Jahrhunderts auseinander (S. 17). Diese entfalteten – wie zahlreiche Abgleiche zwischen Bildbeispielen und den dazugehörigen Erläuterungen illustrieren – ihre empirische Beweiskraft beim zeitgenössischen Betrachter erst durch ihre theoretische Vertextlichung. Etzemüller arbeitet überzeugend heraus, wie sich die qualifizierende Empirie und der rassenanthropologische Diskurs gegenseitig ermöglichten und bedingten, wie die Vermessung der Menschen vor dem Hintergrund einer zugespitzten Theorie erfolgte und die Untersuchungsergebnisse diese Theorie wiederum verfestigte. So zeigt er, dass sich die Rassenanthropologie die Begrifflichkeiten und Messpunkte erst herstellen musste, die dann nach ihrem Eingang in den Diskurs als signifikant-evidente Differenzierungsmerkmale herausgestellt werden.

Wie Etzemüller unter anderem anhand der Kapitel zu Otto Ammons Anthropologie der Badener und Walter Scheidts Studie zu den Bewohnern der Elbinsel Finkenwerder zeigt, standen im Zentrum der Rassenanthropologie Diskussionen um die »Bevölkerungsfrage«, die sich einerseits in der Quantität (Geburtsrate), andererseits in der Qualität (angebliche Minderwertigkeit bestimmter Bevölkerungsteile) äußerte. Diese Argumentation basierte auf einer biologisierten Vorstellung der Bevölkerung als »Volkkörper«, dessen Gesundheit und Integrität durch äußere und innere Bedrohungen gefährdet werden. In dieser dialektischen Konstitution sollte der Gefahr durch andere Völker die stabile Reproduktion und



glänzende Gesundheit des eigenen Volks entgegengesetzt werden, jedoch würde dessen Stärke durch die Degeneration einiger Bevölkerungsteile gefährdet. Demzufolge führten ›Mischungen‹ minderwertiger und höherwertiger Gruppen zur generellen Herabsetzung der ›Volksgesundheit‹.

Einen Bogen von den Anfängen der Rassenanthropologie zur Gegenwart schlägt Etzemüller einerseits in Terminologien wie »Quantität«, »Qualität«, »Ressource« und »Bedrohung«, die in der heutigen Diskussion um »Humankapital« in Sachen »Leistungsträger« gleichermaßen diskriminierend wiederaufgenommen werden: Bildungsferne Schichten reproduzieren sich übermäßig, »Karrierefrauen« gefährden eine stetige Reproduktion und die »Überfremdung« werde durch höhere Geburtenraten der Immigranten erzeugt und zersetze so den »sozialen Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft« (S. 13–14).

Andererseits wird die Rassenanthropologie im »Epilog« als eine gegenwärtige, »untote Wissenschaft« (S. 235) (zwangs-)wiederbelebt. Das dies im Zusammenhang mit den Sammlungen von Schädeln und Skeletten indigener Bewohner aus ehemaligen Kolonien und anderer Kontinente erfolgt, kommt nicht nur deswegen unvermittelt, weil sich die deutsche Rassenanthropologie nach dem »nordischen Menschen« suchend – mit Ausnahme von Eugen Fischers »Rehobother Bastarden« – eher selbstbezüglich zu entwickeln scheint. Sondern auch da sich angesichts der zunehmenden Rückgabeforderungen indigener Interessengruppen die (zuvor diskreditierte und terminierte) Rassenanthropologie wohl einer totalen Revitalisierung erfreuen dürfte – so diese denn tatsächlich die »Heilung« des kolonialen Unrechts des Knochenraubs bedeuten würde. Dass diese nicht in einer faktischen Fortsetzung der kolonialen Machtverhältnisse zu suchen ist, sondern mit dem Eingestehen des geschehenen Unrechts beginnen und mit der Einbeziehung der indigenen Gruppen in die Provenienzforschungs- und Repatriierungsprozesse einhergehen sollte, liegt auf der Hand. Im Falle des von Etzemüller als Grundlage für den Epilog genutzten Sammelbands »Sammeln, Erforschen, Zurückgeben?« wurde dies bereits diskutiert.<sup>1</sup>

Insgesamt aber liegt mit »Auf der Suche nach dem Nordischen Menschen« ein angenehm zu lesendes, nachvollziehbar argumentierendes Werk zur deutschen Rassenanthropologie vor, das verdeutlicht, wie soziale Differenzierung zu körperlicher Differenzierung gemacht wurden und die Unterschiede, die zur Grundlage der Differenzierung wurden, erst erzeugt und durch die komparative Anthropologie in die Körper »hineingeschrieben« werden musste.

*Stefanie Affeldt, Hamburg*

#### **Zitierempfehlung:**

Stefanie Affeldt: Rezension von: Thomas Etzemüller, Auf der Suche nach dem Nordischen Menschen. Die deutsche Rassenanthropologie in der modernen Welt, Transcript Verlag, Bielefeld 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81807>> [28.2.2017].

---

<sup>1</sup> *Wulf D. Hund*: Rezension von: *Holger Stoecker/Thomas Schnalke/Andreas Winkelmann* (Hrsg.), *Sammeln, Erforschen, Zurückgeben? Menschliche Gebeine aus der Kolonialzeit in akademischen und musealen Sammlungen* (Studien zur Kolonialgeschichte, Bd. 5), Ch. Links Verlag, Berlin 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 55, 2015, URL <<http://library.fes.de/pdf-files/afs/81622.pdf>> [28.2.2017].

**André Deschan, Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters, Gebr. Mann Verlag, Berlin 2016, 288 S., geb., 79,00 €.**

Die Arbeit des Architekten André Deschan, die auf eine Dissertation bei Gerd Zimmermann an der Bauhaus-Universität Weimar zurückgeht, zu beurteilen, stellt sowohl für Historiker als auch für Architekten eine Herausforderung dar. Für Historiker, weil diese sich mit der formalen und ästhetischen Ausdrucksweise der Architekten auseinandersetzen müssen. Für Architekten, weil diese sich mit der Methodik geschichtswissenschaftlichen Arbeitens auseinandersetzen müssen. Der Verfasser hat als Architekturhistoriker, als der er auch an der Beuth-Hochschule für Technik in Berlin tätig ist, zudem versucht, beide Erkenntniswege über eine Biografie zu gehen. Dabei wertete er den umfangreichen persönlichen Nachlass Rudolf Wolters, der sich zusammen mit den besonders interessanten Tagebüchern in den Berliner Archiven befindet, und eine ansehnliche Zahl von dessen gedruckten Werken aus.

Das Leben und Werk von Dr. Rudolf Wolters (1903–1983) stellt ein besonderes Kapitel der deutschen Zeitgeschichte dar, weil es mit dem von Albert Speer (1905–1981), Hitlers Generalbauinspektor und Rüstungsminister, so eng verbunden war. Von und über Speer ist seit dessen Entlassung aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis im Jahre 1966 viel geschrieben worden<sup>1</sup>. Sein Stellvertreter Rudolf Wolters wurde in der Vergangenheit bisher nicht als Figur der Zeitgeschichte wahrgenommen. Wolters kam – wie Speer – aus gutbürgerlichem, konservativem Hause und studierte, vom Vater bestärkt, zunächst in München Architektur. Dort begeisterte ihn der Kunsthistoriker Heinrich Wölfflin, aber auch die Opernmusik Richard Wagners. An der Technischen Hochschule Berlin, wo er sein Studium 1925 fortsetzte, wurde Wolters besonders von seinen Lehrern Hermann Jansen (1869–1945) und Heinrich Tessenow (1876–1950) geprägt. Hier begann auch die Freundschaft mit Albert Speer, Schüler und Assistent Tessenows. Bei diesem Reformler unter der älteren Generation deutscher Architekten, auch als Vertreter der Neuen Sachlichkeit betrachtet, promovierte Wolters 1929 mit einer Dissertation über »Vom Grundriss der Empfangsgebäude großer Fernbahnhöfe«, die im Folgejahr im Druck erschien. Darin bemühte er sich laut Verfasser, »komplizierte Gebäudehierarchien und Nutzungsanforderungen in überschaubare und einfach aufgebaute Grundrisse sowie logisch angeordnete Baukörper aufzugliedern« (S. 42). Als Spezialist für solche Empfangsgebäude holten ihn sowjetische Planer zwei Jahre später in Stalins Reich.<sup>2</sup>

Inmitten unruhiger politischer Verhältnisse blieb Wolters unpolitisch und trat auch später keiner Partei bei, während sein Lehrer Tessenow sich eher als Gegner der Nationalsozialisten zeigte und Speer 1931 der NSDAP beitrug. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit auch unter Architekten schaffte es Wolters trotz Promotion und »Verbindungen« zur Industriellenfamilie Klöckner nur zu vergütungslosen Verträgen bei der Reichsbahn. Kein Wunder, dass er das sowjetische Angebot annahm und im Mai 1932 über Moskau ins sibirische Nowosibirsk fuhr. Der Einsatz war schwierig angesichts der Folgen, die aus dem ersten Fünfjahresplan mit der forcierten Industrialisierung und der Kollektivierung entstanden waren, und aufgrund des strengen Winters. Er konnte seine Eltern beruhigen: »[...] daß wir hier nicht auf Rosen gebettet sind ist klar – aber für mich ist es hier besser als in Deutschland, wo nicht einmal die Möglichkeit besteht, daß ein ausgewachsener Architekt sich selbst ernährt. Hier sind wir, die Spezialisten, die oberste gesellschaftliche Schicht und werden gehegt und gepflegt.« (Brief Wolters vom 17.9.1932; S. 66f.). Als Ergebnis seines Wirkens in der Sowjetunion publizierte Wolters 1933 sein Buch »Spezialist

<sup>1</sup> Insbesondere *Albert Speer*, Spandauer Tagebücher. Frankfurt, Berlin, Wien 1969; *Erinnerungen*. Berlin 1975. Die wichtigsten und zugleich kritischsten Biografien: *Matthias Schmidt*, Das Ende eines Mythos – Speers wahre Rolle im Dritten Reich. München, Bern 1982; *Gitta Sereny*, Albert Speer: Das Ringen mit der Wahrheit und das deutsche Trauma. München 1997; *Joachim C. Fest*, Speer. Eine Biographie. Berlin 1999.- Ganz neu erschienen: *Martin Kitchen*, Speer: Hitler's Architect. New Haven 2015. Vgl. dazu die positive Rezension von Paul B. Jaskot: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=45595>

<sup>2</sup> Vgl. dazu *Jörn Düwel*, Neue Städte für Stalin. Ein deutscher Architekt in der Sowjetunion 1932–1933. Berlin 2015, S. 7–10. Darin ist der Bericht von Rudolf Wolters »Spezialist in Sibirien« enthalten.

in Sibirien«<sup>3</sup>, in dem er das sowjetische Wirtschaftssystem wegen seiner Ineffizienz kritisierte. Der sozialistische deutsche Architekt Hannes Meyer, der kurzzeitig das Bauhaus geleitet hatte, griff Wolters in der Moskauer »Prawda« hart an und bezeichnete ihn als »Spion«. Die Nationalsozialisten instrumentalisierten Wolters Buch und verhalfen ihm zu einer zweiten Auflage im Jahr 1936.

Nach Jahren in eher bescheidenen beruflichen Positionen im Architekturbüro von Albert Speer, der ihn im Folgejahr zum Studium der Stadtplanung nach Chicago und Washington schickte, und bei der Deutschen Reichsbahn kam Wolters 1938 endlich zum Zuge: Speer, der von Hitler im Jahr zuvor zum »Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt« ernannt worden war, stellte seinen Studienfreund als Abteilungsleiter ein und übertrug ihm die Planungsaufgaben für Teile von Berlins Zentrum (unter anderem die Nord-Süd-Achse und die Museen) und die Auftragsvergabe an die Architekten. Zudem bekam Wolters die Presseabteilung der Generalbauinspektion und damit auch die Leitung des Architekturteils der Zeitschrift »Die Kunst im Deutschen Reich« übertragen. Als Schriftleiter erlebte er die ideologischen und ästhetischen Auseinandersetzungen, die Speer mit Hitlers Chefideologen Alfred Rosenberg ausfocht ebenso aus nächster Nähe wie die Gespräche, die Hitler mit Speer über die Planungen für Berlin hatte. 1940 organisierte Wolters im Auftrag von Speer und Goebbels die repräsentative NS-Wanderausstellung »Neue Deutsche Baukunst« und verfasste den dazugehörigen Begleitband, der auf herbe Kritik des verehrten Lehrers Heinrich Tessenow stieß. Als die Planungsarbeiten für die Monumentalbauten der »Welthauptstadt Germania« im Jahr 1943 in Folge der militärischen Niederlagen schließlich eingestellt wurden, übertrug ihm Speer, inzwischen Rüstungsminister geworden, die Leitung des »Arbeitsstabs für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte« (S. 103). Als von Speer beauftragter Einsatzleiter für »Kultur, Presse und Propaganda« in der Organisation Todt berichtete Wolters ohne Emotionen über seine Eindrücke bei den »Frontinspektionen« (S. 133–143), die er Jahrzehnte später entweder schönete oder nicht mehr gesehen haben wollte. Die Dramatik der letzten Kriegstage und die Bemühungen Speers, Hitler vom sogenannten Nero-Befehl<sup>4</sup> abzubringen, wird aus den Aufzeichnungen Wolters deutlich. Der Verfasser zitiert in dem Zusammenhang eine seltene selbstkritische Äußerung von Wolters: »Auf meine Frage, wer den Führer so unheilvoll beeinflusse, sagte mir Sp[eer]., das sei der F. selber. Ich bemerkte dann, wir seien alle mitschuld, da wir alle früher, als es aufwärts ging, mitgerufen hätten; niemals kapitulieren usw. Nun macht der F. in kritischer Stunde ernst und wir erweisen uns als schwache Bürger, was für uns selbst nur teilweise stimme, da wir uns der ›heroischen‹ Phraseologie nicht in Worten, aber durchaus in baulichen Formen bedient hätten. [...] Und darum haben wir nicht das Recht zu schimpfen, aber die Pflicht, das als falsch erkannte sich nicht zum Schaden aller auswirken zu lassen« (S. 151; Zitat aus dem Tagebuch Wolters vom 6.4. bis 17.4.1945).

Erst 21 Jahre nach ihrem letzten Treffen 1945 in Berlin sollten sich die beiden Freunde wiedersehen. In der Zwischenzeit saß Albert Speer seine 20 Jahre Haft ab, und Rudolf Wolters schuf sich als Architekt – zeitweise zusammen mit Karl Berlitz – eine angesehene Existenz in Coesfeld in Westfalen. Während Speer seine »Erinnerungen« aus dem Spandauer Gefängnis herausschmuggelte, machte sich Wolters daran, die Chronik der gemeinsamen Arbeit vor 1945 zu schreiben. Über ein sogenanntes »Schulgeldkonto« unterstützte Wolters zusammen mit Freunden und alten Gesinnungsgenossen, denen er als parteiloser Fachmann nach 1945 fleißig »Persilscheine« (etwa für den Bildhauer Arno Breker) im Rahmen von Entnazifizierungsverfahren ausstellte, die Familie Speer. Über die von Wolters geführte Chronik und über Speers veränderte Sicht seiner Zeit unter und mit Hitler, die er in seinen »Spandauer Tagebücher(n)« und »Erinnerungen« beschrieben hatte, kam es zwischen Speer und Wolters schließlich zum Bruch. Während sich der ehemalige NS-Parteigenosse Speer von Hitler und dem Nationalsozialismus distanzierte, blieb der parteilose Wolters weitgehend dem Gedankengut des Nationalsozialismus verbunden. Der Verfasser schildert einerseits Wolters Verdrängung seiner Mitwirkung an den Gewalttätigkeiten des NS-Regimes, die insbesondere in den Judenausweisungen aus Berlin und in dem Einsatz von Zwangsarbeitern durch das Rüstungsministerium bestanden. Andererseits zeigt der Verfasser, wie Wolters in der Chronik-Angelegenheit diese Mitwirkung selbst teilweise zugab, indem er eine purgierte und eine weitgehend realistische Version produzierte (S. 206–209). Eine persönliche Schuld am Zweiten Weltkrieg und an den NS-Verbrechen lehnte er ab und verwies auf seine Erkenntnis, »dass es der Verlust einer Ganzheit, einer Mitte, d.h. der Niedergang des christlichen Abendlandes war, was die ei-

<sup>3</sup> Rudolf Wolters, *Spezialist in Sibirien*. Zeichnungen von Heinrich Lauter. Berlin 1933.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Ian Kershaw, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*. München 2011, S. 404.

gentliche Zerstörung unserer Welt bewirkte, und dass die vorhergehende Zerstörung weitaus größer war als das nachfolgende Zerstörungswerk des Krieges. Es ist mir unfassbar, dass es immer noch intelligente Menschen gibt, die meinen, Bismarck, Wilhelm I., Erzberger, Churchill, Hitler, Stalin oder Goebbels oder die Heilrufer seien die Schuldigen, das ist dummes Zeug. Diese Männer waren das Resultat von Jahrhunderten eines allgemeinen kulturellen Niederganges.« (Zitat eines Wolters-Briefes von 1963; S. 221)

Den Menschen Wolters schildert der Verfasser einerseits als energischen, erfolgsorientierten Autokraten, der andererseits großen Wert auf menschliche Loyalität legte. Er zeichnet ihn als begabten und erfolgreichen Architekten, der sich um den Wiederaufbau der zerstörten Städte in Westdeutschland verdient machte und über seine rechte Kapitalismus- und Industrialisierungskritik in den 1960er-Jahren gar zum Befürworter grüner Umweltpolitik wurde (S. 197).

In seiner Abschlussdiskussion über Mitwirkung und Schuld der Architekten verweist der Verfasser darauf, dass die jungen Architekten schließlich in ihrer Ausbildung während der 1920er-Jahre einerseits mit dem Neoklassizismus, andererseits mit der Eliminierung stilistischen Zierrats vertraut gemacht wurden, dass sie sich jedoch letztlich »der von Hitler verordneten Maxime unterwarfen« (S. 237). Er rekurriert wiederholt darauf, dass die einschüchternde Monumentalität und die Repräsentationsaufgaben der Bauten der NS-Zeit ihre zeitgenössischen Parallelen anderenorts (so in Chicago und Washington) hatten und sich bis zur römischen Antike zurückverfolgen ließen. Interessant auch die Feststellung, dass die Lehrer der Architektengruppe um Speer und Wolters in München, Berlin und Stuttgart gewirkt hatten und dass deren Einfluss viel stärker als der des Bauhauses in Weimar und Dessau war. Der Verfasser betont jedoch, dass »all diese Meisterseminare in den Ausbildungsstätten [während der 1920er-Jahre, EH] ... unter der Leitidee ›Neue Sachlichkeit‹ gestanden hätten (S. 238). Der Verfasser ruft den Leser dann – ohne das Wirken und Versagen der Architekten im Nationalsozialismus zu verharmlosen – in die heutige Realität zurück, wenn er sagt: »Dass Künstler und vor allem Architekten schon aus ihrem Anspruch und Berufsbild heraus willfähige Dienstleister der politisch oder wirtschaftlich Mächtigen in einem Land sind, ist nicht nur eine historische, sondern auch eine überzeitliche Realität« (S. 240).

Das Werk von André Deschan liest sich streckenweise ausgesprochen spannend, vor allem deshalb, weil es oft eine Doppelbiografie Wolters-Speer ist. Dass der Verfasser bei der Frage »Ab wann ist ein Bauwerk ›böse‹ oder nur funktional« (S. 234f.) kurzfristig counterfactual history betreibt, konzediert der Rezensent ihm. Wichtig ist vielmehr, dass und wie der Verfasser im Schlusskapitel (S. 241–250) anhand der Verbindung zwischen Wolters und Speer die Bedeutung solcher menschlichen Kontakte für politische und künstlerische Entwicklungen herausstellt, auch wenn diese nicht die Dimension der Verbindung zwischen dem Diktator Hitler und seinem Stararchitekten Speer hatte. Sein Urteil über Rudolf Wolters als rechten Karrieristen hätte ruhig deutlicher ausfallen können.

Die Arbeit von Deschan, die von einem zuverlässigen Personenindex erschlossen wird, ist ein wichtiger Beitrag zur neueren Architekturgeschichte. Das gilt auch für die äußere Aufmachung. Die umfangreichen Beschreibungen der architektonischen Werke von Rudolf Wolters und diversen Zeitgenossen werden großzügig von zum Teil farbigen Abbildungen begleitet.

*Ekkehard Henschke, Oxford/Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Ekkehard Henschke: Rezension von: André Deschan, Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters, Gebr. Mann Verlag, Berlin 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81807>> [28.2.2017].

**Tanja Baensch/Kristina Kratz-Kessemeier/Dorothee Wimmer (Hrsg.), *Museen im Nationalsozialismus. Akteure – Orte – Politik*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, 411 S., brosch., 40,00 €.**

Die Periode des Nationalsozialismus ist in den vergangenen Jahrzehnten unter mannigfachen Blickwinkeln erforscht worden, wozu wesentlich die Geschichte wissenschaftlicher Disziplinen und Institutionen gehörte. Auffallend spät erfolgte eine solche (Selbst-)Befragung bei den eigentlichen Vergangenheitsprofis, die ihre Fachvergangenheit erst seit dem Frankfurter Historikertag 1998 umfassender diskutierten. In jenes Jahr fiel zudem die sogenannte Washingtoner Erklärung, woraufhin sich immer mehr hiesige Museen auch über die Provenienzforschung hinaus mit ihrer Rolle während der NS-Zeit auseinandersetzen mussten.

Gleichwohl erweist sich die momentane Literaturlage weiterhin als äußerst disparat und hinsichtlich vieler musealer Institutionen als schlichtweg unbefriedigend bis nicht existent, sodass der anzuzeigende Sammelband willkommene Abhilfe verspricht. Er resultiert aus einer Tagung, welche die verdienstvolle Richard-Schöne-Gesellschaft für Museumsgeschichte 2013 zusammen mit dem Deutschen Historischen Museum veranstaltete. Dabei gereicht es der gegenwärtigen spätgeborenen Forschergeneration sicherlich zum Vorteil, nicht mehr im direkten Bann personeller oder struktureller Kontinuitäten zu stehen.

Zugrunde liegt dem Projekt nämlich der lobenswerte Anspruch, binnenperspektivische und gerne apologetische Topoi<sup>1</sup> wie »Verlustgeschichte« (S. 13) und »Opferstatus« (S. 13) zugunsten kritischerer – weil komplexerer – Narrative aufzugeben. Ferner richten die Herausgeberinnen ihren Fokus auf ein Themenspektrum jenseits der vergleichsweise gut erforschten Bereiche »Entartete Kunst« und »Raubkunst«. Insgesamt enthält die reich illustrierte Veröffentlichung »aus der aktuellen Forschung heraus« (S. 11) 20 Aufsätze zum »Altreich« (mit Ausblicken auf Frankreich, Italien, Kroatien, Österreich und Polen) zwischen Überblicksdarstellungen und Fallstudien, von denen hier fünf genauer in den Blick genommen werden.

Detailliert thematisiert Kristina Kratz-Kessemeier das Verhalten des heute noch bestehenden Deutschen Museumsbundes (DMB) als spartenübergreifende Interessenvertretung für damals knapp tausend Häuser. Dieser konnte sich gegen die »Gleichschaltungs«-Politik eine »gewisse Autonomie« (S. 26) bewahren, womit eine Auflösung oder Inkorporation in die Reichskulturkammer sowie die Einführung des »Arierparagraphen« abgewendet wurde. Infolge einer weitgehenden »Bereitschaft zur Selbstanpassung« (S. 25) implementierte der DMB aber das »Führerprinzip« und unterstützte die Verbreitung von Kernelementen der NS-Weltanschauung<sup>2</sup> mit oft modernen musealen Mitteln.

Die Berliner Museumsentwicklung des Untersuchungszeitraums bewerten Hans Georg und Katrin Hiller von Gaertringen als »strukturell überraschend konservativ« (S. 110), wenn man von den – nicht verwirklichten – Planungen etwa für ein gigantomanes »Germanisches Museum« absehe. Bei kleineren Einrichtungen zeigte sich hingegen eine klare Politisierung: Während das private Anti-Kriegs-Museum und eine Walther Rathenau gewidmete Gedenkstätte alsbald geschlossen wurden, eröffnete eine lokale SA-Standarte ihr NS-Revolutionmuseum und der SS-Sicherheitsdienst sein (Anti-)Freimaurermuseum zur Diffamierung weltanschaulicher Gegner.

Nach dem Verhältnis von Modernität und Nationalsozialismus fragt Nikolaus Bernau, der sich der bisweilen vernachlässigten Felder von Museumsarchitektur und Ausstellungsinszenierung annimmt. Weil

---

<sup>1</sup> Vgl. für Spuren eines solchen Ansatzes noch die 2015/16 gezeigte Ausstellung »Die schwarzen Jahre« der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Hamburger Bahnhof, Berlin (siehe als Besprechung etwa [https://ausstellungskritik.wordpress.com/2016/04/19/die\\_schwarzen\\_jahre](https://ausstellungskritik.wordpress.com/2016/04/19/die_schwarzen_jahre) [1.12.2016]).

<sup>2</sup> Vgl. dafür paradigmatisch im offiziellen Organ des DMB: *Erich Keyser*, Das politische Museum, in: *Museumskunde* N.F. 6, 1934, H. 2/3, S. 82-91.



von 1933 bis 1945 ungeachtet der Bemühungen beispielsweise um ein »Führermuseum« kaum größere Museumsneubauten verwirklicht wurden, dienen vor allem Umgestaltungen und Erweiterungen als Gegenstand der Analyse. Diesbezüglich sei ein interessanter Gegensatz zwischen traditionell anmutenden Fassaden und modern ausgestalteten Innenräumen zu beobachten, der eine zumindest partielle »Adaption der Modernen« (S. 205) zeige.

Thomas Weißbrich untersucht die Geschichte des Militärmuseums im Berliner Zeughaus, wo während der Zeit der Weimarer Republik unter ziviler Leitung eine kulturgeschichtliche Neuausrichtung der ehemaligen »Ruhmeshalle der brandenburgisch-preußischen Armee« stattgefunden hatte. Demgegenüber habe es in den folgenden Jahren bis Kriegsende eine aktive »Liaison mit dem NS-Regime« (S. 289) und zunehmend propagandistische Ausstellungen für ein überwiegend männliches Publikum gegeben. Diese Entwicklung begann mit dem erzwungenen Direktorenwechsel 1933/34 und verstärkte sich noch nach der institutionellen Eingliederung des Zeughauses in die Wehrmacht 1940.

Den ebenfalls weltanschauungsträchtigen Typus Personengedenkstätte analysiert Paul Kahl anhand des Goethe-Nationalmuseums in Weimar, das erst durch eine Zuwendung Adolf Hitlers 1935 seinen Erweiterungsbau fertigstellen konnte. Wenn man von einer »Führer«-Büste im Foyer sowie einigen rhetorischen Vereinnahmungen absehe, sei die dort gezeigte Ausstellung zu Leben und Werk des »Olympiers« aber »weitgehend ideologiefrei« (S. 300) gewesen. Dies wirkt umso erstaunlicher, da der Museumsdirektor ein Funktionär des »Kampfbundes für deutsche Kultur« war und andernorts enge Bezüge zwischen Goethes Denken und nationalsozialistischen Ideologemen zu konstruieren versuchte.

Beschlossen wird die anregende Publikation durch ein umfängliches Archivalien-, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister der zeitgenössischen Akteure. Noch gewonnen hätte sie indes gerade angesichts der Heterogenität der Beispiele und Zugänge durch eine Zusammenfassung von Seiten der Herausgeberinnen, etwa eine vorläufige Bewertung der Ergebnisse oder Überlegungen zum Fortgang der Forschung. An einigen Stellen wäre statt Formulierungen wie »der NS-Staat« (S. 28), »Hitlerdeutschland« (S. 76) oder »die Nationalsozialisten« (S. 205) mehr sprachliche Präzision angebracht gewesen, um den polykratischen Verhältnissen der damaligen Kulturpolitik besser gerecht zu werden.

Besonders aussagekräftig erscheinen diejenigen Beiträge, die über die Zeit von 1933 bis 1945 hinaus die jeweilige Vor- oder Nachgeschichte einbeziehen und so eine Bilanzierung von Kontinuitäten wie Brüchen ermöglichen. Erkenntnisreich sind die vorgenommenen Auslotungen der konkreten Handlungsspielräume, innerhalb derer die einzelnen Museen beziehungsweise ihre leitenden Mitarbeiter agieren konnten – wenn sie es denn versuchten. Somit führt der Band tatsächlich wie in der Einleitung angekündigt auf »museumshistorisches Neuland« (S. 17) und trägt dazu bei, eine lange gängige museale Eigengeschichtsschreibung zugunsten wissenschaftlich-kritischer Perspektiven zu überwinden.

*Johannes Zechner, Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Johannes Zechner: Rezension von: Tanja Baensch/Kristina Kratz-Kessemeier/Dorothee Wimmer (Hrsg.), Museen im Nationalsozialismus. Akteure – Orte – Politik, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81809>> [28.2.2017].

**Wolf Biermann, Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie, Propyläen Verlag, Berlin 2016, 543 S., geb., 28,00 €.**

Wolf Biermann hat ein großes, ja großartiges Buch geschrieben. Die Autobiografie ist mehr als nur die Selbstsicht des wichtigsten Liedermachers der antistalinistischen Opposition in der SED-Diktatur, sie ist ein Parforce-Ritt durch die deutsch-deutsche Zeitgeschichte. Es beginnt mit der Schilderung des Schicksals und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus der kommunistischen Arbeiterfamilie Biermann in Hamburg. Hier werden zwei Konstanten im Leben Wolf Biermanns deutlich: sein bis zum Anfang der 1980er-Jahre reichendes Bekenntnis zum Kommunismus und die Trauer um den jüdischen Vater, der in Auschwitz sein Leben lassen musste.

Viele Stationen aus Biermanns Leben waren bis zu dieser Autobiografie öffentlich bereits durch seine zahlreichen Lieder und diese kommentierende Erzählungen bekannt. Sie gewinnen jedoch eine andere emotionale Wucht in der zusammenfassenden Erzählung. Zuerst gilt das für den Überlebenskampf im 1943 verheerend bombardierten Hamburg. Genauso dicht ist die Schilderung des kommunistischen Milieus in der Hansestadt nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, das schließlich auch direkt mit seinem Wechsel 1953 in die SED-Diktatur zu tun hatte. Der Schüler Biermann erlebte hier schnell die Verfolgung der Mitglieder der evangelischen Jungen Gemeinde, wandte sich in seiner Internatsschule öffentlich dagegen und sollte trotzdem als Spitzel für die Geheimpolizei geworben werden. Auch hier widerstand er und sein Selbstbewusstsein als Kommunist blieb bei dieser ersten Prüfung »unbeschädigt«.

Das ändert sich auch in seiner Zeit in Ost-Berlin als Student an der Humboldt-Universität und als Regieassistent am Brecht-Theater »Berliner Ensemble« nicht. Hier begann aber das, was Biermann für die ostdeutschen Oppositionellen so wichtig machte, ja Verehrung erzeugte, die bis heute bei vielen anhält. Es war seine Rolle als junger, aufmüpfiger und talentierter Intellektueller und Künstler. Sowohl seine Begabung als Sänger und als Lyriker als auch sein Theaterengagement, so an der Brecht-Bühne, aber auch mit dem gescheiterten Versuch, eine eigene unabhängige Spielstätte, das »Berliner Arbeiter- und Studententheater« »bat« aufzubauen, machten ihn bekannt. Entscheidend waren dabei seine systemkritischen, Kommunismus und DDR allerdings bejahenden Lieder. Diese, wie die Texte des Lyrikbandes »Drahtnarbe«, wurden nach Biermanns Auftrittsverbot als Folge des 11. »Kahlschlag-Plenums« der SED 1965 im »illegalen« Selbstverlag, dem »Samisdat«, abgeschrieben und weiterverbreitet. Dies galt auch für Tonbandkopien seiner in die DDR geschmuggelten Platten und von Aufnahmen seines legendären Konzerts in Köln 1976. Die dies vervielfältigten, liebten »ihren Biermann« und zogen Kraft zum Widerstehen aus seinen Texten, gingen aber auch ein hohes Risiko ein und manch einer büßte für diesen kulturellen Widerstand mit Haft und politischer Verfolgung. Biermann wusste dies und versuchte auch zu helfen – das blieb aber ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Liedermacher selbst war, und das wusste er bei aller Angst vor eigener politischer Verfolgung auch, durch die Herkunft aus einer kommunistischen Familie, durch seinen in Auschwitz ermordeten Vater und durch seine Bekanntheit im Westen zumindest relativ geschützt. Dagegen kannten ihn in Ostdeutschland wohl vor allem seine Verfolger von der SED und ihrer Geheimpolizei, oft neidische Künstlerkollegen und eben die Dissidenten. Der Masse der Ostdeutschen war Biermann dagegen unbekannt, das änderte sich erst mit dem Köln-Konzert und der Ausbürgerung 1976.

Biermann beschreibt einmal mehr, dass das Gesungene und Gesagte in Köln, auf das er direkt allerdings kaum eingeht, nicht für seine Ausbürgerung ausschlaggebend war. Ob er mit dieser gerechnet hatte, wird jedoch weiter gefragt werden. Unter den zahlreichen immer wieder interessanten Lebensdetails, die der Band präsentiert, sei nur noch darauf verwiesen, dass der Liedermacher nach der Aggression gegen die Tschechoslowakei am 21. August 1968 so in Panik geriet, dass er sich in Ost-Berlin an verschiedenen Orten versteckte. Aus meiner ostdeutschen Sicht sind die Passagen in der Autobiografie bis zur Ausbürgerung, die über die Zeit der Friedlichen Revolution und die nach der Wiedervereinigung

die interessantesten. Die Ausführungen über die Jahre dazwischen bringen zwar viele Erkenntnisse und Einsichten, aber sie spielen in einer immer noch »fremden Welt«. Alles liest sich hier letztlich wie ein »who's who« der westdeutschen, westeuropäischen und US-amerikanischen »Kulturlinken«. Spannend ist dabei, wie lange sich Biermann als Kommunist verstand und warum er davon schließlich Abstand nahm. Die Erklärung, dies hätte mit einem Gespräch 1983 mit einem jungen Rechtsradikalen während einer Bundesbahnfahrt zu einem Konzert zu tun, vermag letztlich nicht zu überzeugen. Vielmehr erscheint es so, dass hier ein langjähriger Entfremdungsprozess von einer in Teilen Kommunismus freundlichen bundesdeutschen »Linken« einen Endpunkt gefunden hatte. Jedenfalls war 1983 für Biermann ein bedeutender Wendepunkt, besonders aber, weil er in diesem Jahr bei einem »Lieder-Workshop« seine heutige Ehefrau Pamela kennenlernte.

Von großer Bedeutung war in den kommenden Jahren sicher auch die künstlerische und menschliche Hinwendung zum Judentum bzw. zu Israel. Zwar ist Biermann weiterhin Atheist, aber seine konsequente Unterstützung der einzigen Demokratie im Nahen Osten ist genau das, was heute allzu vielen Deutschen zu fehlen scheint. Ohne Solidarität mit Israel wird es aber auch keinen erfolgreichen Kampf gegen totalitäre Verführer geben können. Hier ist Biermann beizupflichten. Ganz im Gegensatz dazu und bei einem ganz anderen Thema vermag ich seine Einschätzung, dass sich nach 1989/90 die »Nomenklaturkader« von SED und Staatssicherheit auskömmliche »Pfründe« und erheblichen Einfluss in neuen Positionen sichern konnten, nicht zu teilen. Ich bin auch nicht der Meinung, die oft zu hören ist, dass ihre Arbeit als Autohändler, Immobilienmakler und bei Wachschutzfirmen von Bedeutung sei. Vielmehr sind bis heute – was bei Biermann unerwähnt bleibt – fast alle wichtigen Positionen in Ostdeutschland von Westdeutschen besetzt. So konnte hier kein Stolz auf die Friedliche Revolution entstehen und genau hier setzen Pegida und AfD mit dem Ruf »Wir sind das Volk« an. Auch wenn Biermann meint, dass für die Revolution 1989 die Flüchtlinge entscheidend waren, so ist es doch so, dass ohne die Menschen auf den Straßen weder die Berliner Mauer noch die SED-Diktatur zum Einsturz gebracht worden wären. Darauf kommt an anderer Stelle auch der Autor zu sprechen, wobei der Schwerpunkt seiner Erinnerungen auf den Ereignissen in Leipzig und Ost-Berlin liegt.

Wichtig an der Autobiografie ist es weiterhin, dass es Biermann – hoffentlich endgültig – gelingt, verschiedene Gerüchte wie das über sein angebliches sexuelles Verhältnis zu Margot Honecker, der Gattin des SED-Diktators, aus der Welt zu schaffen. Sein Umgang mit den mehr als 200 Spitzeln in den MfS-Akten, die ihn überwachten und »zersetzten«, ist differenziert. Dabei ist es sicher richtig, nicht jeden kleinen »Inoffiziellen Mitarbeiter« nach 27 Jahren in das Licht der Öffentlichkeit zu zerren und dagegen den Mut derjenigen, die sich aus den Fangarmen der Geheimpolizei selbst befreiten, zu würdigen. So sieht es auch Biermann, aber er hat auch Recht, wenn er die Namen von Verrätern wie Sascha Anderson oder Diether Dehm immer wieder nennt.

Offensichtlich ist es für Biermann wichtig, sein Konzert am 1. Dezember 1990 im revolutionären Leipzig als das wohl wichtigste seines Lebens zu beschreiben. Natürlich war Köln 1976 für die allgemeine politische Entwicklung ausschlaggebender, doch ist die Sicht richtig, dass für den Niedergang der Diktatur nicht dieses Konzert als solches, sondern vielmehr der Protest gegen die Ausbürgerung des Sängers und der jetzt beginnende Exodus kritischer Intellektueller und Künstler bedeutsamer waren. Und wenn Biermann schließlich sein Leben in der Erkenntnis zusammenfasst: »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu«, kann man dem einerseits folgen, andererseits können Christen, Demokraten, demokratische Sozialisten aber auch Konservative ebenfalls berechtigt eine andere Position vertreten.

*Rainer Eckert, Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Rainer Eckert: Rezension von: Wolf Biermann, Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie, Propyläen Verlag, Berlin 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81810>> [28.2.2017].

**Benjamin Grob-Fitzgibbon, Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2016, xi + 590 S., geb., 24,99 £, auch als E-Book erhältlich.**

»Großbritannien trat der Europäischen Gemeinschaft zu spät bei, und als es beitrat, war es die falsche Gemeinschaft für Großbritannien.« Ralf Dahrendorf legte 1982, knapp ein Jahrzehnt nach dem britischen Beitritt zur EG, den Finger in die Wunde: Was lange währte, wurde letztlich nicht gut. Die Odyssee der Inselnation durch die Untiefen der europäischen Integration spaltete Parteien, beendete Karrieren und sorgte just ab dem Zeitpunkt, als Britannien seine Rolle in Europa gefunden zu haben schien, für eine wachsende Entfremdung vom Kontinent. Jene *less happier lands*, auf die William Shakespeare John of Gaunt herabblicken lässt, mussten sich fortan mit einem »awkward partner« (Stephen George) arrangieren, der offenbar mit sich selbst nicht im Reinen war. Jedenfalls blieben dessen europapolitische Verwerfungen präzedenzlos in der Geschichte der europäischen Integration. Der amerikanische Diplomat Benjamin Grob-Fitzgibbon, der vor einigen Jahren mit einem provokanten Buch über die britischen Dekolonisationskriege auf sich aufmerksam gemacht hat, widmet sich dem imperial-sentimentalen Komplex, der bis dato auf zu wenig Resonanz in der Zeitgeschichtsforschung gestoßen sei. Da der Abschied vom Empire und die Hinwendung zum Kontinent »in disciplinary silos« (S. 2) verhandelt werde, müssten gängige Interpretamente die Antwort auf brennende Fragen schuldig bleiben.

Grob-Fitzgibbon betrachtet den Zeitraum zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 1997. Nach der Abwahl Winston Churchills stürzte sich der frischgebackene Oppositionsführer ab 1945 mit Verve in den Kampf um Europa. Obwohl Churchill frühzeitig eine Sonderstellung für sein Land reklamiert hatte – *with Europe, but not of it* –, gefiel sich der Kriegspremier, »idealistic to the point of foolishness« (S. 78), in der Rolle eines Mahners in der Wüste. So plädierte er 1946 für eine Integration Deutschlands in ein neues Europa, was nicht nur für das britische Außenamt Anathema war. Dort lief die Nachkriegsplanung nämlich auf die Isolierung des ehemaligen Kriegsgegners hinaus. Gladwyn Jebb sah – und dies wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einem weitverbreiteten Topos – in Vereinigten Staaten von Europa eine lediglich optisch aufgehübschte Variante von Hitlers neuer Ordnung. Unterdessen warf sich Labour-Außenminister Ernest Bevin für den Gedanken einer dritten Macht in die Bresche: Das Commonwealth sollte den USA und der Sowjetunion Paroli bieten und so Großbritanniens Unabhängigkeit im aufziehenden Kalten Krieg wahren helfen. Allerdings riss die Berlinblockade 1948/49 Bevin jählings aus derlei Träumereien, und der vierschrötige Brite avancierte unversehens zu einem der Gründungsväter der NATO. Mit dem Schuman-Plan geriet London 1950 erstmals ins europapolitische Abseits, denn nun preschte Frankreich mit einer Integration der Bundesrepublik vor, während die Labour-Regierung die christdemokratischen Umtriebe auf dem Kontinent mit Argwohn beobachtete. Zurück in 10 Downing Street, präsentierte Churchill 1951 eine Regierungsmannschaft, die als »veritable who's who list from the European Movement« (S. 152) hohe Erwartungen weckte. Sie wurden jedoch alsbald enttäuscht, da vor allem Churchills Außenminister Anthony Eden in globaleren Dimensionen dachte und so – auch dies ein Kontinuum – den potenziellen Partnern auf dem Kontinent Anlass zu der Sorge bot, Europa sei lediglich ein wohlfeiles Vehikel zur Stützung britischer Ambitionen in Übersee. Gleichwohl war es Eden, der 1956 angesichts schwindender Ressourcen ohne viel Federlesens mit der imperialen Rolle Großbritanniens abrechnete, um sich freilich nur wenige Monate später in das Suezfiasko zu stürzen. Grob-Fitzgibbon verdeutlicht, wie in dieser Zeit ein Umdenken bei den Tories einsetzte. Zwar wollte Premierminister Harold Macmillan ab 1957 zunächst noch auf zwei Hochzeiten tanzen: Zugang zum entstehenden gemeinsamen Markt der EWG unter Beibehaltung imperialer Präferenzzölle im Commonwealth. Seine *Wind-of-Change*-Rede in Kapstadt 1960 verursachte »an immediate political splash« (S. 247) und intonierte eine für viele Ohren dissonante Melodie: Der Prozess der Dekolonisation war unumkehrbar. Selbst seine zeitlebens stark antideutsche Gesinnung hielt ihn nicht davon ab, als Mythenzertrümmerer die britische Außenpolitik zu entrümpeln. Macmillan versuchte Konrad

Adenauer auf seine Seite ziehen, doch obwohl der Bundeskanzler dem Premier in vielen politischen Aspekten näherstand als der französischen Regierung, entschied er sich letztlich für den Spatz in der Hand. Diese komplizierte *ménage à trois* sollte ebenfalls ein Strukturelement der europäischen Integration bleiben.

Dass Präsident Charles de Gaulle das britische Beitritts-gesuch zweimal mit einem Veto blockierte, brachte London in eine Bredouille, denn sosehr man jeglichen föderalen Konzepten abhold war, so wenig wirtschafts- und finanzpolitischen Spielraum besaß Großbritannien in den 1960er-Jahren. Deshalb musste der Labour-Premier Harold Wilson über den eigenen Schatten und den seiner Partei springen und sich Europa gegenüber öffnen – aber eben nicht aus Überzeugung, sondern allenfalls aus der Not eine Tugend machend. Dass Wilson nicht beherzt de Gaulles Politik des leeren Stuhls für eine britische Initiative nutzte, war Grob-Fitzgibbon zufolge eine weitere verpasste Chance einer britischen Regierung, sich europäische Sporen zu verdienen. Dass 1968, ein Jahr nach de Gaulles zweitem Veto, das Commonwealth-Ministerium im Außenamt aufging, war ein ebenso symbolkräftiger Akt wie der Rückzug Großbritanniens von seinen Posten jenseits des Suezkanals.

Zu etwa derselben Zeit betätigte sich Enoch Powell erstmals lautstark als europapolitische Cassandra. Während ausgerechnet ein imperialer Fahrensmann wie Julian Amery die Flagge Europas hochhielt, scheint Powells Agitation Grob-Fitzgibbons These zu stützen, dass gerade der Verlust des Empire sowie die enttäuschten Commonwealth-Hoffnungen den Euroskeptikern Auftrieb verliehen. Der 1975 in einem Referendum bestätigte Beitritt zur EG nagte am Selbstbewusstsein all jener, die das *Standing Alone* von 1940 mit »near religious significance« (S. 387) aufluden. Außerdem zeigte der *paranoid style* der Wilson-Regierung im Vorfeld des Referendums, dass Europa vollends zum innenpolitischen Spielball degenerierte. Margaret Thatcher beherrschte dieses Spiel mit Bravour und konnte so ab 1979 die nach links driftende Labour Party genüsslich auch in Sachen Europa als extrem abstempeln. Thatcher »did not trust the Germans and did not like the French« (S. 395), was ihr schroffes Auftreten auf EG-Gipfeln erklärt. Grob-Fitzgibbon deutet den Falklandkrieg 1982 als Schlusspunkt hinter der europafreundlichen Ausrichtung der Konservativen. Als »the second coming of Churchill« (S. 428) bot Thatcher allen Plänen, die über die Einheitliche Europäische Akte hinausreichten, rigoros die Stirn. Und obgleich ihr Nachfolger John Major bei den Verhandlungen über den Maastricht-Vertrag 1991 sämtliche Ziele der britischen Regierungen erreicht hatte, war der »internecine civil war« (S. 456) der Tories nicht mehr aufzuhalten. Die Selbstzerfleischung der Konservativen, die mit einem merklichen Rechtsruck einherging, vergiftete eine ohnehin auf aggressiven Schlagabtausch getrimmte politische Kultur und sollte mit dem Brexit-Referendum 2016 eigentlich beendet werden.

Grob-Fitzgibbon taucht die britische Nachkriegsgeschichte in ein nostalgietrunkenes Licht. Die Rückkehr in die glorreiche Vergangenheit eines *global Britain* fungierte als Gegenentwurf zur europäischen Integration, die viele auf der Insel den Verlierern von 1945 überlassen wollten. Einst als helfende Hand herbeigesehnt, die Großbritannien aus dem Strudel der Handelsbilanzdefizite und Pfundabwertungen retten sollte, wurde Europa immer mehr zum Prügelknaben, der dem Land etwas aufzuzwingen schien, was es nicht war: die Rolle einer europäischen Mittelmacht. Grob-Fitzgibbon bündelt geschickt die Fäden zweier Narrative zu einer freilich nicht ganz neuen Erzählung. Seine Analyse widmet sich mit größerer Detailfreude den europapolitischen Prozessen, während die (post-)imperialen Entwicklungen meist cursorisch abgehandelt werden. Die *Decline*-Debatte der 1960er-Jahre hätte ebenfalls eine Vertiefung gelohnt.

Gerhard Altmann, Korb

#### Zitierempfehlung:

Gerhard Altmann: Rezension von: Benjamin Grob-Fitzgibbon, *Continental Drift. Britain and Europe from the End of Empire to the Rise of Euroscepticism*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81811>> [28.2.2017].



**Kristian Steinnes, *The British Labour Party, Transnational Influences and European Community Membership, 1960–1973* (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 24), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014, 217 S., kart., 44,00 €.**

Das britische Verhältnis zur europäischen Einigung war immer wechselhaft. Ein besonders eindrucksvoller Beleg dieser Ambivalenz ist die Haltung der Labour Party zu den Anfängen der europäischen Integration. In der unmittelbaren Nachkriegsphase stand Labour Überlegungen zu einer britischen Beteiligung an der europäischen Integration ablehnend gegenüber. Einerseits lag das im Rahmen der etablierten Linien britischer Außenpolitik mit der Orientierung am Commonwealth und den besonderen Beziehungen zu den USA. Andererseits hatte man gerade die Macht übernommen, begann den Wohlfahrtsstaat auszubauen und planerische Elemente in der Wirtschaft einzuführen und ahnte, dass eine Einbindung in die europäische Einigung diese sozialistische Politik im nationalen Rahmen nur erschweren würde.

Im Verlauf der 1960er-Jahre wandelte sich diese Haltung. Vor dem Hintergrund der prosperierenden ökonomischen Entwicklung Kontinentaleuropas und auch unter dem Eindruck der sich in Europa ausdehnenden Gestaltungsmacht sozialdemokratischer Kräfte, am eindrucksvollsten vielleicht verdeutlicht durch den Aufstieg der SPD, erkannte man Potenziale in der europäischen Integration und wollte Teil dieser werden. Zwischen diesen Polen schwankte die Haltung Labours scheinbar immer wieder hin und her. Besonders augenfällig schien dabei der Kurs des langjährigen Labour-Vorsitzenden und Premiers Harold Wilson. 1962 sprach er sich gegen den britischen Beitritt aus, 1966 unter bestimmten Bedingungen dafür, 1971 wiederum dagegen und 1975 nun wieder dafür aus.

An dieser Stelle setzt die Arbeit von Kristian Steinnes an. Der norwegische Forscher untersucht die Haltung Labours zur europäischen Einigung im Zeitraum zwischen 1960 und 1973. Ausgehend von der Aussage Kevin Featherstones, dass Labours Haltung Anfang der 1960er »ambivalent, uncertain, vague and cautious« (S. 15) gewesen sei, analysiert er die Politikentwicklung und -formulierung in den folgenden Jahren. Anschließend an eine breite und weitgehend aktuelle Einführung in den Forschungsstand arbeitet Steinnes die Defizite der vorliegenden Untersuchungen heraus und kommt vor allem zu dem Schluss, dass außerbritische Quellen bisher zu wenig berücksichtigt wurden und dass die Bedeutung von transnationalen Netzwerken bis dato nicht ausreichend untersucht wurde.

Entsprechend ist das Ziel seiner Arbeit, auch nichtbritische Quellen heranzuziehen und die Bedeutung von transnationalen Netzwerken, verstanden als »meeting places for the accumulation and exchange of information and resources, in which personal relations are central« (S. 23), für die Politikentwicklung Labours zu untersuchen. Steinnes konzentriert sich folgerichtig auf die Parteilite, genauer gesagt auf das damals die Partei dominierende revisionistische Mitte-rechts Establishment Labours. Hintergrund ist die Überlegung, dass dieser Personenkreis zunächst entscheidend war für die europapolitische Politikformulierung, andererseits aber auch so eingebunden in die transnationalen Netzwerke, dass er für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit essenziell ist.

Mit diesem innovativen und plausiblen Forschungsdesign gelingt Steinnes eine spannende und erkenntnisreiche Studie. Überwiegend chronologisch aufgebaut, entfaltet er ein Bild, das teilweise der vorliegenden Literatur widerspricht und teilweise zu differenzierten Ergebnissen kommt. So sei die Haltung Labours zum britischen Beitritt in den Jahren 1966 und 1967 viel weniger ablehnend, als bisher angenommen. Darüber hinaus seien die Kontinuitäten in der Politikformulierung auch über den Wechsel aus der Opposition in die Regierung (ab 1964) größer als bisher gedacht. Zwar sei es zu (wahl-)taktischen Anpassungen in der öffentlichen Kommunikation gekommen, die eigentliche Haltung innerhalb der Führung der Partei habe sich aber relativ kontinuierlich entwickelt.

Vor allem aber zeichnet Steinnes nach, in welchem Maß die Politikentwicklung von der Einbindung der Labour Party und insbesondere ihrer führenden Protagonisten in eine Reihe transnationaler sozialistischer

Netzwerke beeinflusst war. Teilweise im Rahmen formal verfasster Strukturen wie der Sozialistischen Internationale, teilweise im Rahmen von eher lose entstandenen Zusammenhängen, formte sich durch den Austausch ein zunehmend integrationsbejahendes Bild. Gemeinsame Perspektiven, Normen und Anforderungen wurden so jenseits der etablierten Kontexte britischer Außenpolitik entwickelt und gingen so auch über die traditionellen Pfade britischer Außenpolitik hinaus. Insbesondere im Verlauf der 1960er Jahre entwickelte sich der Wunsch, Teil dieses Integrationsprojekts zu werden. Dies geschah freilich nicht nur aufgrund des Austauschs mit anderen politischen Führungskräften in transnationalen Netzwerken, sondern auch durch die Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse in Kontinentaleuropa. Eine sozialistische Politik schien zunehmend auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft möglich.

Der Band von Steinnes liefert ein aufschlussreiches und differenzierteres Bild der Europapolitik Labours und bereichert die vorliegende Literatur erheblich. Der im Forschungsdesign angelegte Anspruch, auch die relevanten außerbritischen Quellen zu berücksichtigen und den Einfluss transnationaler Netzwerke zu untersuchen, ist weiterführend. Vor dem Hintergrund des Fokus auf die Parteilite ist die Nicht-Thematisierung anderer Aspekte bei der Entwicklung britischer Europapolitik – etwa politisch-kultureller Tiefenstrukturen – nachvollziehbar. Problematisch allerdings bleibt, dass der selbstgestellte Anspruch, die relevanten außerbritischen Quellen zu erfassen, nur begrenzt erfüllt wurde. So wird die deutschsprachige Literatur zum Thema nur begrenzt rezipiert und die deutschsprachigen Archive wurden nicht konsultiert. Insbesondere im Fall des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist das nur schwer nachvollziehbar, schließlich war Brandt einer der wesentlichen Akteure in den von Steinnes untersuchten Netzwerken. Dass bei dieser Nicht-Berücksichtigung forschungspraktische Grenzen eine Rolle gespielt haben, ist wahrscheinlich und nachvollziehbar. Zugleich wäre es gut gewesen, das zumindest zu thematisieren und zu problematisieren.

Ungeachtet dessen bietet der Band mit seiner innovativen Anlage einen erheblichen Erkenntnisgewinn. Neben der plausiblen und übersichtlichen Struktur ist auch die gute Lesbarkeit hervorzuheben, die nicht nur durch klare Sprache, sondern auch durch regelmäßige und bewusste Leserführung erreicht wird.

*Christian Krell, Stockholm*

#### **Zitierempfehlung:**

Christian Krell: Rezension von: Kristian Steinnes, *The British Labour Party, Transnational Influences and European Community Membership, 1960–1973* (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration, Bd. 24), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2014, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81812>> [28.2.2017].

**Jeffrey James Byrne, Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, XV + 388 S., geb., 41.99 £, auch als E-Book erhältlich.**

Algerien nahm nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle in der internationalen Politik ein. Zum einen war es Schauplatz eines der längsten und blutigsten Dekolonisierungskriege. Zum anderen kombinierte die algerische Befreiungsbewegung (FLN) ihren militärischen Kampf vor Ort mit umfangreichen diplomatischen Aktivitäten, die ihr weltweit politische und militärische Unterstützung sichern und die französische Kolonialherrschaft desavouieren sollten. Auch nach der Unabhängigkeit im Jahr 1962 setzte die algerische Regierung ihre außenpolitischen Tätigkeiten fort und nahm eine Führungsposition in den Organisationen des globalen Südens ein. Vor diesem Hintergrund fragt Jeffrey J. Byrne, Assistant Professor an der University of British Columbia, in seiner Studie nach den Interdependenzen zwischen antikolonialem Kampf sowie postkolonialem *state-building* in Algerien einerseits und der internationalen Politik der algerischen Führung im Kontext von Dekolonisation und *Global Cold War* andererseits.

Zur Beantwortung dieser Frage greift Byrne auf Archivbestände in Algerien, Frankreich, Großbritannien, Serbien und den Vereinigten Staaten (inklusive des Archivs der Vereinten Nationen) zurück. Ergänzt werden sie durch die umfangreiche Auswertung von Zeitungsartikeln und Magazinen aus den genannten Ländern sowie durch Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der höchsten algerischen Führungselite; darunter Ahmed Ben Bella, der erste Präsident Algeriens. Zusammengenommen erlaubt ihm diese breite Quellenbasis, insbesondere die extensive Durchsicht algerischer Bestände, eine fundierte und multiperspektivische Beantwortung seiner Frage.

Die Arbeit ist in fünf Kapitel gegliedert: Im ersten Kapitel zeichnet Byrne die Politisierung algerischer Antikolonialisten und Nationalisten von der Zwischenkriegszeit bis in die 1950er-Jahre sowie die Gründung der FLN im Jahr 1954 und einer provisorischen Regierung im Jahr 1958 nach. Im zweiten Kapitel werden die sich zu manchen Zeitpunkten ergänzenden und zu anderen sich widersprechenden Tendenzen der algerischen Außenpolitik deutlich gemacht. Denn einerseits beschworen algerische Diplomaten und Politiker die antikoloniale Solidarität zwischen postkolonialen Staaten (sowie zwischen diesen und den kommunistischen Ländern), um militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung für ihren Unabhängigkeitskampf zu erlangen. Andererseits zögerte die algerische Führung jedoch nicht, die Souveränität ihrer direkten Nachbarstaaten – Tunesien und Marokko – zu unterminieren, wenn es ihren eigenen machtpolitischen Interessen diente. Paradigmatisch zeigt Byrne hier am Beispiel Algeriens auf, wie internationale Vernetzungen die Souveränität eines postkolonialen Staats stärken konnten, und wie die dadurch verstärkten und etablierten Souveränitätsansprüche eines Staats zu anderen Zeitpunkten genau diese Vernetzungen und Kooperationen in Frage stellen und gefährden konnten. Im dritten Kapitel wird zunächst herausgearbeitet, wie sehr Algerien nach seiner Unabhängigkeit vor allem wirtschaftlich von Frankreich abhängig blieb. Als Reaktion darauf bemühte sich die algerische Führung um eine Reform der algerischen Wirtschaft und eine Diversifikation der algerischen Handelsbeziehungen. Durch den Ausbau von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowohl nach Ost als auch nach West sowie zu einer zunehmend größeren Anzahl von asiatischen, afrikanischen und bündnisfreien Staaten wie China, Ägypten oder Jugoslawien und Kuba versuchte die algerische Regierung, ihre Abhängigkeiten von Frankreich zu reduzieren. Im vierten Kapitel werden diese diplomatischen Initiativen weiterverfolgt; hauptsächlich mit Blick auf das algerische Engagement für antikoloniale Bewegungen im südlichen Afrika, für die PLO und für die engere Zusammenarbeit postkolonialer Staaten. Detailliert beschreibt Byrne, wie die algerische Führung ein globales außenpolitisches Netzwerk aufbaute, von dem es bei der Reorganisation seiner Bürokratie und der Durchführung wirtschaftlicher Reformen im Inneren profitierte. Denn zunehmend mehr Länder in Ost und West sowie in anderen Dritte-Welt-Staaten sahen Algerien als wichtigen internationalen Knotenpunkt und Bindeglied zu anderen arabischen und afrikanischen Staaten an. Sie versuchten daher, durch die Vergabe von Krediten, den Ab-

schluss von Handelsabkommen oder der Entsendung von Experten Einfluss auf die algerische Politik zu nehmen, was umgekehrt den innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum der algerischen Führung vergrößerte. Bei der Umsetzung ihrer Politik konnte die algerische Führung jeweils auf die Unterstützung mehrerer Länder zurückgreifen, durchaus auch auf Beihilfen von Staaten aus den verschiedenen Lagern des Ost-West-Konflikts gleichzeitig. Aus algerischer Sicht war internationale Politik multipolar organisiert. Zudem waren die Staaten, die die algerische Politik ablehnten, bereit, sich mit ihrer Kritik oder mit wirtschaftlichen Sanktionen zurückzuhalten.

Mit der multipolaren Außenpolitik Algeriens gingen allerdings auch Probleme einher, die Byrne im letzten Kapitel herausarbeitet. Für Algerien wurde es immer schwieriger, die unterschiedlichen Interessen der immer zahlreicher werdenden Verbündeten auszubalancieren. Beispielhaft zeigen dies die Vorbereitungen einer zweiten Bandung-Konferenz, die im Jahr 1965 in Algier stattfinden sollte. Sie waren von Anfang an von Konflikten zwischen potenziellen asiatischen und afrikanischen Teilnehmerstaaten überschattet. Der Ost-West-Konflikt, die Rivalität zwischen der Sowjetunion und der VR China sowie die Interessen des mit Algerien eng verbündeten bündnisfreien Jugoslawiens zwangen die algerische Führung zu einem diplomatischen Drahtseilakt. Während sie diesen jedoch bis kurz vor Konferenzbeginn meisterte, kam es innenpolitisch zum Sturz der Regierung. Wenige Tage vor Konferenzbeginn verhaftete und verschleppte Algeriens Verteidigungsminister Houari Boumedienne mit seinen Verbündeten den algerischen Präsidenten Ben Bella, ehe dieser die Konferenz zu seiner Machtkonsolidierung im Inneren nutzen konnte. Die Vorbereitungen scheiterten somit an innenpolitischen Spannungen, die letztendlich zum Abbruch der Konferenz führten. Als Leser ist man an dieser Stelle ähnlich überrascht wie viele zeitgenössischen Beobachter. Denn die innenpolitischen Machtkämpfe in der engeren Führungsriege werden ebenso wie die Vorbereitungen und Ursachen des Putsches von Byrne nur angedeutet und auch an dieser Stelle nicht näher ausgeführt.

Das Buch endet mit dem Sturz Ben Bellas im Jahr 1965 und einem knappen Ausblick auf die Geschichte Algeriens in den folgenden Jahrzehnten. Dabei betont Byrne selbst, dass die von ihm in ihren Anfängen herausgearbeitete multilaterale algerische Außenpolitik ihre Sternstunde in den 1970er-Jahren erlebte, als Algerien zur Führungsmacht in zahlreichen Organisationen des globalen Südens – wie der Bewegung Bündnisfreier Staaten, der OAPEC oder der Gruppe der 77 – aufstieg. Zugleich wurden in dieser Zeit auch die größten innenpolitischen Reformen – unter anderem die Nationalisierung der Ölindustrie – durchgeführt. Dieses Kapitel der algerischen Geschichte, das eng mit dem Nord-Süd-Konflikt der 1970er-Jahre verknüpft ist, harret jedoch weiterhin seiner Bearbeitung.

Insgesamt arbeitet der Autor auf dichter empirischer Basis Wahrnehmungen und politische Entscheidungsprozesse der algerischen Elite kenntnisreich heraus. Byrne liefert eine multiperspektivische und detaillierte Analyse der algerischen Innen- und Außenpolitik in ihren verschiedenen räumlichen Bezugssystemen von der Zwischenkriegszeit bis ins Jahr 1965. Während Details dabei oft aus verschiedenen Richtungen ausgeleuchtet werden, verschwimmen die großen Linien hingegen an manchen Stellen. Die (abschließende) synthetisierende und thesehafte Einordnung seiner Ergebnisse in übergeordnete Fragestellungen der internationalen Geschichte bleibt meist implizit. Byrne liefert eine quellengesättigte und kleinteilige Analyse der algerischen Politik, die aufgrund ihres hohen Informationsgehalts als fester Baustein für weitere Studien dienen wird.

*Jürgen Dinkel, Gießen*

#### **Zitierempfehlung:**

Jürgen Dinkel: Rezension von: Jeffrey James Byrne, *Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order*, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81813>> [28.2.2017].

**Stefan Peters/Hans-Jürgen Burchardt/Rainer Öhlschläger (Hrsg.), Geschichte wird gemacht. Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Lateinamerika (Studien zu Lateinamerika, Bd. 30), Nomos Verlag, Baden-Baden 2015, 200 S., brosch., 19,90 €.**

Die Erinnerung an die Vergangenheit ist ständig in Bewegung, sie wird politisch und gesellschaftlich immer wieder neu diskutiert, konstruiert sowie verschiedenartig repräsentiert. Vor allem der Bezug auf Diktatur- und Gewalterfahrungen rückten in den vergangenen Jahrzehnten derart in den Fokus von Öffentlichkeit und Wissenschaft, dass von einem regelrechten »Erinnerungsboom« die Rede war.

Dass die Thematik trotz intensiver Forschung noch vielversprechende Ansätze und Fragestellungen produziert, zeigen die Autoren dieses Sammelbands anhand des von traumatischen Diktaturerfahrungen besonders betroffenen lateinamerikanischen Kontinents. Doch ist es nicht nur die schlichte Vielzahl autoritärer Vergangenheit in den Ländern Lateinamerika, die hier zu einer Betrachtung anregen – auch die zu beobachtenden »Umbrüche der offiziellen Geschichtsinterpretation« (S. 8) unter den Linksregierungen des letzten Jahrzehnts sowie die erschütternden Gewalterfahrungen in beinahe sämtlichen Ländern des Kontinents dienen als Forschungsanstöße. Der Sammelband will die Deutungen der Vergangenheit reflektieren sowie die »divergierenden, teilweise konträren sowie umkämpften Interpretationen der Geschichte in der Gegenwart und ihrer möglichen Implikationen für die politische und gesellschaftliche Zukunft« (S. 10) in den Blick nehmen, wie Stefan Peters und Hans-Jürgen Burchardt in der Einleitung klarstellen.

Neben der Einleitung und zwei methodischen Essays zur Erinnerungsthematik finden sich in dem angenehm vielfältigen Band überblicksartige Aufsätze zum Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit in Chile, Uruguay, Peru und Brasilien. Anhand der Fallbeispiele Mexiko und Kolumbien wird hingegen die Erinnerung an Gewalterfahrungen ohne (formal) diktatorische Staatsgewalt untersucht. Zwei weitere Aufsätze zu Deutungen von in Lateinamerika stets intensiv diskutierten Begriffen, »guerilla« und »Revolution«, komplettieren das Buch gemeinsam mit einem abschließenden Aufsatz zu weiteren Forschungsdesideraten. Der Band bietet insgesamt einen sehr gelungenen Einblick in ein breites Spektrum an Forschungsfragen rund um die Erinnerung auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Positiv ist auch, dass zu Beginn eine Einführung über häufig unreflektiert verwendete Begriffe wie »Erinnerungskultur« oder »Vergangenheitspolitik« versucht wird. Dass in den einzelnen Aufsätzen dennoch weitere Begriffe wie »Geschichtspolitik« oder »Erinnerungspolitik« ohne Abgrenzung zu den übrigen Termini auftauchen, ist schon aufgrund der fächerübergreifenden Verortung der Autoren zu verzeihen.

Eine Abhandlung über die Problematiken des *Transitional-Justice*-Modells von Anika Oettler sowie ein Artikel der argentinischen Soziologin Elizabeth Jelin bilden den methodischen Teil des Buches. Bei Jelin wird unter Rückgriff auf mehrere Länderbeispiele die oftmals als geradezu selbstverständlich aufgefasste positive Wirkung von Erinnerung auf die Etablierung einer demokratischen Ordnung provokant in Frage gestellt. Sie gibt zu bedenken, dass der spanische Staat lange Zeit keinerlei Anstalten machte, die Aufarbeitungsmechanismen bezüglich der Franco-Zeit in Gang zu bringen – und dennoch »zweifelt niemand daran, dass sich die formale spanische Demokratie – das Wahlsystem, die Gewaltenteilung und so weiter – konsolidiert hat« (S. 23). Es scheint also durchaus möglich, eine stabile Demokratie *ohne* Erinnerung an die Repression aufzubauen, obgleich die jüngsten Entwicklungen auf der iberischen Halbinsel zeigen, dass sich die Erinnerung auch hier, und zwar aus gesellschaftlichen Bewegungen heraus, ihren Weg bahnt. In weiteren Gedankenschritten zeigt Jelin überzeugend auf, dass sich, wie beispielsweise anhand des Menschenrechtsdiskurses in Argentinien sichtbar, wichtige Erinnerungsthemen auf die Diktaturvergangenheit verengen können – andere soziopolitische Aspekte, wie die Situation von Indigenen, in der Betrachtung vernachlässigt werden. Deshalb plädiert sie dafür, die Verbindung zwischen Demokratie und *memoria* stets zu historisieren und kritisch zu reflektieren, um gewinnbringend auf demokratische Strukturen einwirken zu können.



Die Länderstudien zu Uruguay (Stefan Peters), Chile (Stephan Ruderer) und Peru (Stefanie Wiehl) stellen allesamt überzeugende Überblicke dar und werfen wichtige Probleme auf. Nina Schneiders Abhandlung wendet sich einer naheliegenden Frage im seltsam wenig beachteten Fall Brasiliens und der dortigen defizitären Aufarbeitung zu: Warum griffen Akteure wie der Partido dos trabalhadores (PT) oder Ex-Präsident Fernando Henrique Cardoso die Verbrechen der Diktatur in ihrer Amtszeit nicht auf, obwohl sie *selbst* zu den Opfergruppen gehörten? Sie erläutert, dass sowohl Cardoso als auch Lula da Silva und Dilma Rousseff sowie ihre Mitarbeiter nur allzu häufig den Konflikt mit den Militärs scheuten und einer nach wie vor gespaltenen Gesellschaft gegenüberstanden, in der »große Teile der Bevölkerung und der Regierung Desinteresse am Thema zeigen« (S. 83). Man könnte dem noch hinzufügen, dass sich auch der PT, wie seine Vorgänger, in seiner Regierungszeit der in Brasilien systemischen Korruption und Entwicklung von Seilschaften bedienten – auch zu Akteuren, die an öffentlichen Debatten über die Diktaturvergangenheit keinerlei Interesse haben. Dies mag ein weiterer wichtiger Faktor sein, warum dieses Thema in der langen Regierungszeit des PT nur sehr zaghaft angegangen wurde.

Um nichtdiktatorische Gewalterfahrungen geht es in den Aufsätzen von Klaus Meschkat zu den Erinnerungskonflikten im bürgerkriegsgeplagten Kolumbien sowie von Sylvia Karl zur fortwährenden Praxis des Verschwindenlassens in Mexiko. Darin greift sie den aktuellen Skandal um die staatlichen Verstrickungen und die äußerst mangelhafte Aufklärung im Fall der 43 verschwundenen Lehramtsstudenten von Ayotzinapa auf und stellt anschaulich historische Verbindungslinien heraus: »Die machtpolitischen Konstellationen des PRI-Autoritarismus im aktuellen Mexiko deuten darauf hin, dass auch über die Verbrechen der Gegenwart ähnlich wie über die Verbrechen der Vergangenheit ein Deckmantel des Schweigens gelegt werden soll.« (S. 132) Nur allzu häufig gelten, wie Karl richtig feststellt, Demonstranten in Mexiko eher als Kriminelle, denn als politisch aktive Bürger – ein Muster, das sich in der Phase des Staatsterrorismus der 1960er- und 1970er-Jahre ebenso wie im heutigen Drogenkonflikt erkennen lässt.

Patrick Eser hingegen wendet sich den sich im Wandel befindenden filmischen und literarischen Darstellungen der *guerilla* in Argentinien zu. Ähnlich wie Aldo Marchesis Überlegungen zu den (Neu-)bewertungen der revolutionären Stimmung der 1960er-Jahre im *Cono Sur* wird deutlich: Die Erinnerung bleibt konfliktreich und ein Streitobjekt, dessen Betrachtungen sich kontinuierlich neu ausrichten, was den Bogen zu den abschließenden Ausführungen Stefan Peters des Sammelbands spannt: Die Erinnerung in den einzelnen Staaten Lateinamerikas wird die Wissenschaft auch weiterhin beschäftigen. Sinnvolle Anreicherungen könnten, wie Peters vorschlägt, beispielsweise eine Verbindung der Erinnerungskultur mit den Fragen der gerade in Lateinamerika weiterhin beunruhigenden sozialen Ungleichheit sowie transnationale Blicke auf den Kontinent bieten. Auf diese Weise könnten der Forschung weitere fruchtbare Ansätze hinzugefügt werden. Zudem steht zu vermuten, dass die Verschiebungen in der Geschichtsdeutung, welche der um das Millennium einsetzende Siegeszug der Linken bewirkte hatte, durch die aktuellen politischen Umbrüche in vielen Ländern ein weiteres Mal nicht ohne erinnerungspolitische Folgen bleiben werden.

Tobias Renghart, Heidelberg

#### Zitierempfehlung:

Tobias Renghart: Rezension von: Stefan Peters/Hans-Jürgen Burchardt/Rainer Öhlschläger (Hrsg.), *Geschichte wird gemacht. Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen in Lateinamerika* (Studien zu Lateinamerika, Bd. 30), Nomos Verlag, Baden-Baden 2015, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81814>> [28.2.2017].

**Merle Funkenberg, Zeugenbetreuung von Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfern bei NS-Prozessen (1964–1985). Zeitgeschichtlicher Hintergrund und emotionales Erleben, Psychosozial-Verlag, Gießen 2016, 371 S., kart., 39,00 €.**

Tausende jüdische Überlebende reisten nach dem Krieg ins »Land der Täter«, um in bundesdeutschen Gerichtsverfahren auszusagen. Sie kamen vor allem aus Osteuropa und Israel, kannten weder den Ort noch die Sprache, trafen ohne Reisemittel oder persönlichen Beistand ein und fragten sich mühsam vom Hotel zum Gerichtsgebäude durch. Dort brachten sie verstörende Befragungen hinter sich und verließen Deutschland in der Regel so schnell wie möglich wieder.

Dies änderte sich im Zuge der Auschwitz-Prozesse in den 1960er-Jahren, zu denen ca. 170 Überlebende als Zeugen geladen waren. »Aus der Mitte der Gesellschaft [...] entwickelte sich ein freiwilliges Engagement, welches von ganz unterschiedlichen Kräften getragen wie geprägt wurde« (S. 342), konstatiert die Verfasserin der vorliegenden Studie. Erstmal fanden sich Deutsche zusammen, die diese Zeugen während ihres Aufenthalts begleiten und ihnen beistehen wollten. Sie machten sich mit den Verfahren und den Taten der Angeklagten vertraut, halfen mit Ortskenntnissen, zeigten die Stadt, luden die Zeugen zu sich nach Hause ein, vor allem aber standen sie für Gespräche vor und nach der Befragung vor Gericht zur Verfügung. Meist bestand die Beziehung Betreuer – Zeugen noch jahrelang fort, manchmal bis in die nächste Generation. Was in Frankfurt am Main begann, machte Schule in anderen Städten, wo größere NSG-Verfahren (Nationalsozialistische Gewaltverbrechen) stattfanden.

Merle Funkenberg hat dieses bislang weitgehend unbeachtete, aber immens wichtige Thema in ihrer Doktorarbeit behandelt. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung stehen die Überlebenden, die als Opferzeugen in den 1960er- bis 1980er-Jahren gegen ihre ehemaligen Peiniger aussagten, und die Deutschen, die als ehrenamtlichen informellen Betreuer ein Stück dieses angstbesetzten, schwierigen Wegs mit ihnen gingen. Spontan oder auf Initiative der katholischen Pax-Christi-Bewegung, mit Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit oder der Aktion Sühnezeichen, übernahmen die Zeugenbetreuer eine bisher unbekannte Aufgabe, denn sowohl »Opferschutz« wie psychologische Erkenntnisse über Retraumatisierungen waren noch unbekannt.

Die Zeugen wiederum, psychisch wie physisch schwer gezeichnet, reisten in der Regel mit dem Wunsch an, vor der Öffentlichkeit Zeugnis abzulegen. Welche Wirkung es auf sie selbst zeitigen würde, ihre Leiden in Sprache zu fassen, ahnten sie meist nicht. In den Gerichtssälen standen sie Angeklagten gegenüber, die selbstbewusst auftraten, penetrant schwiegen oder die Opfer gar verhöhnten, die Befehlsnotstand oder Erinnerungslücken geltend machten, und deren Verteidiger versuchten, die Opferzeugen einzuschüchtern oder in Widersprüche zu verwickeln. Und sie erfuhren schmerzhaft: Das Erlebte und das Gerichtsverwertbare waren kaum kompatibel.

Die Betreuer erweisen sich als heterogene Gruppe: Die Bandbreite reichte von Emmi Bonhoeffer, geboren 1905, Witwe des hingerichteten Widerstandskämpfers Klaus Bonhoeffer (20. Juli), und selbst im Widerstand aktiv gewesen, über Renate Reinke, die Tochter des SS-Obersts und Gestapochefs von Innsbruck, Werner Hilliges, die 1924 geborene Fröbel-Erzieherin und Buchhändlerin Gisela Wiese, deren Großvater im sozialdemokratischen Widerstand aktiv gewesen war, bis zu Heiner Lichtenstein, geboren 1932, einem bekannten Publizisten (Tribüne), um nur einige zu nennen. Viele waren bereits in kirchlichen oder karitativen Einrichtungen engagiert. Die Entstehung eines bundesdeutschen Netzwerks war vor allem den Bemühungen Alfons Erbs von Pax Christi zu verdanken, der seit Mitte der 1960er-Jahre die Landesjustizverwaltungen kontaktierte, um die Termine für Prozesse zu erfahren und örtliche Helferkreise zu organisieren. Über seine Organisation erstattete er die Auslagen der Betreuer, die auch selbst um Gelder warben. So überließ der Schriftsteller Peter Weiss der Frankfurter Gruppe Tantiemen aus seinem Theaterstück »Die Ermittlung« in Höhe von 40.000 DM. Es entstanden, so Funkenberg, mindestens 22 Zeugenbetreuungsgruppen in verschiedenen Städten, die dem jeweiligen Justizapparat

mehr oder weniger willkommen waren. Funkenberg stellt exemplarisch die Arbeit der Gruppen in Frankfurt, Darmstadt, Hamburg, Düsseldorf und Hagen dar.

Bis zu den 1980er-Jahren agierten die Zeugenbetreuer, überwiegend Frauen, in einem gesellschaftlichen Klima, in dem es an Interesse oder gar Empathie für die Opfer mangelte und noch jede Begrifflichkeit für den Holocaust fehlte. So kann Merle Funkenberg mangels statistischer Erhebungen auch keine Zahlen liefern, wie viele Personen in die Zeugenbetreuung involviert waren, ja nicht einmal, wie viele Opferzeugen überhaupt nach Deutschland kamen und wie viele von ihnen betreut wurden.

Der informelle Charakter der Zeugenbetreuung bewirkte zudem, dass der Autorin nur wenig schriftliches Material, insbesondere aus den 1960er- und 1970er-Jahren, zur Verfügung stand. Doch sie fand im Schneeball-System ehemalige Betreuer, geboren zwischen 1933 und 1947, führte elf Interviews und konnte zudem sieben weitere aus einem anderen Projekt auswerten. Auch befragte sie drei der deutlich älteren Betreuten und zog weiteres lebensgeschichtliches Material heran. Zusammen mit vereinzelt Aktenbeständen von Pax Christi, der Caritas und dem Nachlass einer Zeugenbetreuerin stellt dies zwar eine recht schmale Quellenbasis dar, ermöglichte es ihr aber doch, Entstehung und Ausweitung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements nachzuvollziehen.

Merle Funkenberg gliedert ihre Studie in sechs Kapitel: Nach der Einleitung und zeithistorischen Kontextualisierung der Zeugenbetreuung beschreibt sie deren institutionellen Rahmen. Das Hauptkapitel widmet sie den »emotionalen Aspekten von Zeugenschaft und Betreuung«. Es folgen Ausführungen über die Öffentlichkeitswirksamkeit und der heutigen Zeugenbetreuung bei Gerichtsverfahren. Im Hauptkapitel arbeitet sie mit den narrativen Interviews. Gerade dessen Lektüre hinterlässt jedoch einen zwiespältigen Eindruck: Einerseits geben die aneinandergereihten Interviewausschnitte einen inhaltlich hochinteressanten Eindruck davon, wie die ehemaligen Zeugenbetreuer ihre Arbeit organisierten, erlebten und reflektieren. Andererseits bleibt die Autorin trotz der ausführlichen methodischen Vorüberlegungen zur Oral History fast jegliche Interpretation oder gar Analyse schuldig. Einen Gesamteindruck der Erfahrungen der Interviewten (und der Opferzeugen) müssen sich die Leser selber bilden.

Fand die Arbeit der Betreuer anfangs eher im Verborgenen statt, so Funkenberg in einem ihrer Zwischenfazit (S. 317), wurden die Opferzeugen und damit auch die Betreuer in den 1980er-Jahren anders wahrgenommen: Das gesellschaftliche Bewusstsein in der Bundesrepublik veränderte sich nach Ausstrahlung der Serie »Holocaust«, die Notwendigkeit des Opferschutzes war offensichtlich geworden, es wurde zur Viktimologie geforscht. Ende der 1980er-Jahre öffnete eine erste Zeugenbetreuungsstelle in Hessen, und das Interesse der Öffentlichkeit an dem, was die Opferzeugen zu berichten hatten, wuchs rapide an.

Das bedeutete nicht, dass die Arbeit leichter wurde: Selbst (oder gerade) unter den veränderten Zeitumständen wurden Zeugenbetreuern beim Majdanek-Prozess die Reifen zerstochen, die von ihnen Betreuten im Gericht von Rechtsradikalen belästigt, während die Angeklagten Weihnachtspäckchen erhielten. Die Hamburger Gruppe kam gar zum Ergebnis, dass sie eine Feigenblattfunktion erfüllte. Sie riet in einem Schreiben an jüdische Organisationen potenziellen jüdischen Zeugen dringend von solchen Reisen ab. Die Belastung sei zu hoch. Und sie als Betreuer wollten nicht länger den irigen Eindruck zu vermitteln, die deutsche Bevölkerung trage ihre Arbeit mit.

*Beate Meyer, Hamburg*

### **Zitierempfehlung:**

Beate Meyer: Rezension von: Merle Funkenberg, Zeugenbetreuung von Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfern bei NS-Prozessen (1964–1985). Zeitgeschichtlicher Hintergrund und emotionales Erleben, Psychosozial-Verlag, Gießen 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81815>> [28.2.2017].

**Jacob S. Eder, Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, XV + 296 S., geb., 22,99 £, auch als E-Book erhältlich.**

Unter Fachkollegen in der Geschichtswissenschaft ist immer wieder die Auffassung zu hören, nur umfangreiche Dissertationen über mehrere hundert Seiten seien buchstäblich von Gewicht für die Disziplin. Dass zwischen dem Volumen und dem Erkenntnisgewinn einer Doktorarbeit aber keine proportionale Beziehung bestehen muss, beweist das Buch von Jacob Eder, das auf seiner an der University of Pennsylvania eingereichten Dissertationsschrift basiert. Auf gut 200 Seiten gelingt dem Autor eine in fünf thematisch-chronologische Kapitel gegliederte Darstellung des wechselvollen Verhältnisses von US-amerikanischer Holocaust-Erinnerung und bundesdeutscher Politik, wobei er sich vor allem auf Institutionen und Akteure konzentriert. Eder hat dazu erstmals zugängliche Akten aus dem Bundeskanzleramt ausgewertet, die ihm erst nach einem aufwendigen Antragsverfahren und langer Wartezeit zugänglich waren. Hinzu kommen vor allem Aktenbestände aus dem Auswärtigen Amt und dem United States Holocaust Museum (USHMM).

Mit dem gut gewählten, weil in englischer und deutscher Sprache gleichermaßen funktionierenden Titel »Holocaust Angst«, präsentiert Eder zugleich seine das Buch wie ein roter Faden durchziehende These: Die Befürchtung insbesondere der Regierung Kohl, die Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord (für den sich die Bezeichnung »Holocaust« im Laufe des von Eder untersuchten Zeitraums sowohl in der Bundesrepublik, wie in den Vereinigten Staaten erst durchsetzte) könne das Ansehen Deutschlands in den USA so schädigen, dass seine Rolle als Bündnis- und Handelspartner davon nachhaltig beeinträchtigt werden könnte. Eder breitet aus den Quellen die zahlreichen Versuche der christdemokratisch dominierten Bundesregierung aus, der Holocaust-Erinnerung in den USA das Bild eines demokratisch gefestigten Deutschlands entgegenzusetzen, das einen verlässlichen und gut integrierten Partner des westlichen Bündnisses darstellt.

Als deutsche Diplomaten in den USA in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre erstmals von der gewachsenen Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Öffentlichkeit für den Holocaust berichteten, ist ihren Depeschen neben Ratlosigkeit auch diese Sorge um das deutsche Image zu entnehmen. Aus diesem Grund ließ sich die Deutsche Botschaft in Washington von einer der ersten Holocaust-Konferenzen in den USA, die Ende 1977 in New York stattfand, einen detaillierten Bericht vom bundesdeutschen Konferenzteilnehmer Siegfried Bachmann, damals kommissarischer Direktor des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung und Professor in Braunschweig, anfertigen.

Die Regierung unter Helmut Schmidt reagierte auf die sich etablierende Holocaust-Erinnerung in den USA mit der Wiederbelebung der seit den 1950er-Jahren bestehenden, aber zwischenzeitlich abgeklungenen Beziehungen zum »American Jewish Committee« (AJC). Aus den Kontakten erwuchs schließlich ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem AJC institutionalisiertes Austauschprogramm, das sich an »future leaders of the Federal Republic and the American Jewish Community« (S. 42) richtete und kurzfristig einen Gesprächskanal zwischen den Eliten der Bundesrepublik und der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft öffnen, langfristig ein Netzwerk zwischen beiden Gruppen etablieren sollte.

Dies sollte nicht die einzige Reaktion bleiben. Kurz nach der Ausstrahlung der TV-Serie »Holocaust« in den USA hatte Präsident Carter (1977–1981) im Jahr 1978 die »President's Commission on the Holocaust« eingesetzt und die Mitglieder der Kommission, darunter Holocaustüberlebende und Historiker, mit der Konzeption eines nationalen Gedenkmuseums beauftragt. Die Regierung Kohl nahm über Emissäre Kontakt zum Kommissionsvorsitzenden Elie Wiesel auf, auch um Einfluss auf die Gestaltung des Museums zu nehmen. 1985 wurde zu diesem Zweck das »United States-German Committee on Learning and Remembrance« etabliert, das mit fünf Vertretern aus der US-amerikanischen Holocaust-Kommission und fünf deutschen Persönlichkeiten, darunter dem Historiker Klaus Hildebrand, besetzt

worden war. Bereits im Jahr darauf wurde die Kommission unter dem Nachfolger von Elie Wiesel wieder aufgelöst. Auch alle nachfolgenden Bemühungen der Regierung Kohl auf die Ausstellungskonzeption des künftigen Holocaust-Museums einzuwirken, in dem man etwa den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die bundesdeutschen Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel gewürdigt sehen wollte, scheiterten. Zugleich erwies sich die Angst der Bundesregierung vor einem vom Holocaust dominierten negativen Deutschlandbild in der US-amerikanischen Öffentlichkeit nach der Eröffnung des Museums im April 1993 als übertrieben.

Nicht nur aufgrund dieser Beobachtung kommt Eder zu dem Ergebnis, dass Kohl selbst einen geschichtspolitischen Lernprozess durchlief, der ihn in den 1990er-Jahren zu einem wichtigen Fürsprecher des Berliner Holocaust-Mahnmals werden ließ. So legt der Autor ein Paradoxon der Holocaust-Erinnerung offen, denn der gesamtgesellschaftliche Bewusstseinswandel resultierte auch aus diesen vergeblichen Abwehrreaktionen und der daraus gewonnenen Erkenntnis, dass gerade die Erinnerung an den Holocaust und das Bekenntnis zu einer aus den NS-Verbrechen resultierenden besonderen Verantwortung der Bundesrepublik das Bild des Landes in der Welt verbessern kann.

Zu diesen Paradoxa gehört auch die von Eder konstatierte Intensivierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den amerikanisch-jüdischen Interessenvertretungen, unmittelbar nachdem dieses Verhältnis wegen des gemeinsamen Besuch von Kanzler Kohl und US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg im Mai 1985 seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Doch nicht nur in der Kontroverse um Bitburg legt Eder bei führenden deutschen Politikern und Medienvertretern antisemitische Vorurteile und Klischees offen. Immer wieder sprachen diese über den großen Einfluss, den »gewisse jüdische Kreise« (S. 72) in der US-amerikanischen Politik und in den Medien hätten. Auch wenn man der Argumentation des Autors, wonach die Verwendung dieser Stereotype auf einen »sekundären Antisemitismus« (Benz) auf höchster Regierungsebene schließen lasse, nicht unbedingt folgen muss, liest sich das Buch dennoch mit Gewinn. Denn Jacob Eder erinnert an den langen Weg der Bundesrepublik zu einem gesellschaftlichen Grundkonsens in der Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord, dessen Erreichen keineswegs selbstverständlich, sondern von Um- und Abwegen, Fort- und Rückschritten, Kontinuitäten und Diskontinuitäten gekennzeichnet war. Er war das Ergebnis eines Jahrzehnte währenden innen- und außenpolitischen, konflikthaften Aushandlungsprozesses, dessen US-amerikanische Schlagseite Eder detailreich und solide präsentiert. Eders Buch erscheint zu einem Zeitpunkt an dem dieser Grundkonsens in Frage gestellt wird und sich seine Fragilität offenbart. Zu seiner Verteidigung liefert Eder gewichtige Argumente.

*René Schlott, Potsdam*

#### **Zitierempfehlung:**

René Schlott: Rezension von: Jacob S. Eder, Holocaust Angst. The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81816>> [28.2.2017].



**Gabriele Lingelbach/Anne Waldschmidt (Hrsg.), Kontinuitäten, Zäsuren, Brüche? Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Zeitgeschichte (Disability History, Bd. 1), Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2016, 290 S., kart., 39,95 €, auch als E-Book erhältlich.**

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland 2009 hat die öffentliche Aufmerksamkeit für die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung merklich zugenommen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über aktuelle behindertenpolitische Vorgänge wie der Kritik am Bundesteilhabegesetz, über den derzeitigen Stand der schulischen Inklusion oder andere Themen berichtet wird, die im Zusammenhang mit der Situation von Menschen mit Behinderung stehen. So wundert es nicht, dass auch in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung das Interesse an der jüngeren Vergangenheit dieses Bevölkerungsteils deutlich zugenommen hat. Zwar hat sich die Geschichtswissenschaft spätestens seit der Ausstellung »Der (im-)perfekte Mensch«, die 2002 im Deutschen Hygiene-Museum Dresden sowie im Martin-Gropius-Bau Berlin zu sehen war, verstärkt der Geschichte von Menschen mit Behinderung zugewandt. Doch konzentrierte sich die Forschung bislang überwiegend auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Andere Epochen der deutschen Geschichte wie etwa das Mittelalter oder eben die Zeitgeschichte rückten demgegenüber erst in den vergangenen Jahren in den Blick.

Sichtbaren Ausdruck findet diese Perspektivverschiebung unter anderem in der neuen Schriftenreihe »Disability History«, die von Gabriele Lingelbach, Elsbeth Bösl sowie Maren Möhring herausgegeben wird und deren erste Nummer der hier anzuzeigende Band darstellt. Er geht zurück auf eine 2014 in Köln veranstaltete Tagung zu Periodisierungsfragen in der zeithistorischen Disability History und sammelt neben den Beiträgen etablierter Vertreterinnen und Vertreter in diesem Forschungsfeld vor allem mehrere Aufsätze von Nachwuchsforscherinnen und -forschern, die ihre in der Regel auf Qualifikationsarbeiten beruhenden Ergebnisse teilweise das erste Mal einem größeren Publikum präsentieren. Insbesondere diese sind sehr lesenswert, betreten sie doch zum Teil noch weitgehendes Neuland. In der Tagung sowie dem Sammelband sollte, so die beiden Herausgeberinnen in ihrer anregenden Einleitung, herausgearbeitet werden, ob »in der Forschung etablierte Periodisierungsvorschläge für den eigenen Untersuchungsgegenstand [der Disability History] Plausibilität beanspruchen können.« (S. 14) Im Zentrum des Bandes stand demnach die Frage, inwiefern in der Geschichte von Menschen mit Behinderung nach 1945 Zäsuren, Kontinuitäten oder Brüche ausgemacht werden können, die sich von der Allgemeingeschichte unterscheiden und diese womöglich zu differenzieren vermögen. Es gehört zu den großen Stärken des Bandes, dass sich alle Autorinnen und Autoren an diese Vorgabe halten. Den Sammelband zeichnet daher eine lobenswerte Konsistenz aus.

Inhaltlich lässt er sich in drei Abschnitte unterteilen. Nach einer methodisch-theoretischen Annäherung an die grundsätzliche Herausforderung von Periodisierungsentscheidungen in der Geschichtswissenschaft von Ralph Jessen, beschäftigen sich im ersten Abschnitt Wilfried Rudloff, Elsbeth Bösl und Anne Klein mit den behindertenpolitischen sowie sozialrechtlichen Verschiebungen vornehmlich in den 1960er- und 1970er-Jahren. Wilfried Rudloff orientiert sich am Konzept der Lebenslagen und beschreibt anhand der Dimensionen Arbeit und Beschäftigung, Bildung sowie Wohnen die bundesdeutsche Behindertenpolitik bis zur Wiedervereinigung. Elsbeth Bösl konzentriert sich demgegenüber mit den 1970er-Jahren auf das »Jahrzehnt der Rehabilitation«. Sie kann herausarbeiten, dass man im Hinblick auf die Behindertenpolitik nicht von einem »Strukturbruch« sprechen kann, sondern eher von »längerfristigen Wandlungsprozessen über die »langen 1960er-Jahre« hinweg« auszugehen hat. (S. 83) Abschließend behandelt Anne Klein mit den zunehmenden Forderungen nach einem inklusiven Bildungssystem das Politikfeld, das auch gegenwärtig die größte öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Sie zeigt, wie sich seit den 1970er-Jahren Forderungen nach einer bildungspolitischen Integration von Menschen mit Behinderung allmählich durchzusetzen begannen, selbst wenn ein inklusives Bildungssystem bis heute nicht verwirklicht ist.

Im zweiten Abschnitt des Sammelbands setzen sich Anne Helen Günther, Britta-Marie Schenk und Sebastian Barsch mit den Verschiebungen im Diskurs über Menschen mit Behinderung auseinander. Zunächst arbeitet sich Anne Helen Günther mit dem Contergan-Skandal an der größten Arzneimittelkatastrophe der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie konstatiert, dass der Contergan-Skandal in den 1960er-Jahren im Hinblick auf den medialen Umgang mit Menschen mit Körperbehinderung eine tiefe Zäsur markierte, selbst wenn weiterhin zahlreiche Kontinuitäten bei anderen Behinderungsarten sowie auf Ebene der politischen Entscheidungsträger fortbestanden. Anschließend beleuchtet Britta-Marie Schenk mit der humangenetischen Beratungspraxis bei Menschen mit geistiger Behinderung eine, zumindest indirekte, eugenische Traditionslinie, die von der Bundesrepublik Deutschland zurück in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts reicht. Ihr Beitrag, der auf zuvor unzugänglichen Quellenbeständen des Allgemeinen Krankenhaus Barmbek beruht, läuft auf die These zu, dass gerade Liberalisierungsprozesse hinsichtlich der Sexualität von Menschen mit Behinderung »der illiberalen Sterilisationspraxis neuen Auftrieb« gaben. (S. 186) Sebastian Barsch wendet sich schließlich als einziger Beiträger einem Thema aus der Geschichte der DDR zu. Am Beispiel der ostdeutschen Rehabilitationspädagogik stellt er dar, wie die Situation von Menschen mit Behinderung in einer sozialistischen Gesellschaft verhandelt wurde.

Im dritten und letzten Abschnitt des Bandes befassen sich Jan Stoll, Swantje Köbsell und Sebastian Schlund mit Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderung. Jan Stoll analysiert die Ende der 1970er-Jahre aufkommende Behinderten- und Krüppelbewegung als Teil der Neuen Sozialen Bewegungen. Insbesondere hebt er das »Internationale Jahr der Behinderten« von 1981 als Zäsur und Höhepunkt der Behindertenbewegung mit einer bis dahin unerreichten »Dichte von Protestereignissen« (S. 230) hervor. Anschließend wirft Swantje Köbsell Licht auf die Frage, welche Rolle Geschlecht in der deutschen Behindertenbewegung der 1980er- und 1990er-Jahre spielte. Den Abschluss des Sammelbands bildet die Studie Sebastian Schlunds über den Funktionswandel des westdeutschen Behindertensports von 1945 bis zur Wiedervereinigung. Er arbeitet heraus, dass die 1970er-Jahre eine Scharnierphase, nicht aber eine radikale Zäsur für den westdeutschen Behindertensport darstellten. Gleichzeitig stellt er aufgrund der Heterogenität der verschiedenen Behinderungsarten überzeugend in Frage, lediglich »eine Periodisierung der Zeitgeschichte von Menschen mit Behinderungen« vorzunehmen. (S. 284)

Die Beiträge des Sammelbands sind auf einem durchweg guten Niveau; die Bereitschaft der Autoren, auf die übergreifende Fragestellung der Herausgeberinnen einzugehen, verstärkt den positiven Leseindruck zusätzlich. Eine wichtige methodische Herausforderung wird aber auch in diesem Band nicht vollends gelöst: Wenn es das Ziel der Disability History ist, das biologische Verständnis von »Behinderung« zu überwinden und diese stattdessen als Resultat eines soziokulturellen Konstruktionsprozesses zu begreifen (S. 8–9), müssen neue Wege gefunden werden, um den eigentlichen Untersuchungsgegenstand zu bestimmen. Dann genügt es nämlich nicht mehr, sich analytisch auf Personengruppen zu beziehen, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt als »behindert« klassifiziert wurden oder die sich aufgrund körperlicher oder kognitiver Besonderheiten wie etwa Kleinwüchsigkeit oder »Wahnsinn« retrospektiv als »behindert« klassifizieren lassen. Denn ein solcher Zugriff setzt ja das Vorhandensein einer eindeutig definierbaren Gruppe von Menschen mit Behinderung voraus – eine Position, die von der Disability History gerade kritisch herausgefordert wird. Insofern stellt sich die Frage, ob die Disability History nicht einen derart ontologisierenden Behinderungsbegriff verabschieden und stattdessen besondere Körper als solche untersuchen müsste, die Zeitgenossen in manchen Fällen nicht, in anderen aber sehr wohl als »Behinderung« deuteten. Dass der Sammelband »Zäsuren, Kontinuitäten, Brüche« derartige Überlegungen provoziert, ist ihm gleichwohl nicht negativ anzulasten. Es ist vielmehr ein Qualitätsmerkmal.

*Sebastian Weinert, Berlin*

### **Zitierempfehlung:**

Sebastian Weinert: Rezension von: Gabriele Lingelbach/Anne Waldschmidt (Hrsg.), Kontinuitäten, Zäsuren, Brüche? Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Zeitgeschichte (Disability History, Bd. 1), Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81817>> [28.2.2017].

**Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen/Bristol 2016, 502 S., geb., 80,00 €, auch als E-Book erhältlich.**

**Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990, Wallstein Verlag, Göttingen 2016, 277 S., geb., 29,90 €, auch als E-Book erhältlich.**

Vor knapp 30 Jahren, am 18. September 1987, veröffentlichte der britische »Independent« eine Karikatur, die es in der britischen Zeitgeschichte zu einiger Berühmtheit gebracht hat. Die Zeichnung zeigt die Premierministerin Margaret Thatcher, Handtasche haltend und makellos gekleidet, inmitten einer postindustriellen Einöde zerfallener Fabrikgebäude, aufgebrochenen Betons und Bergen von Schutt. In sarkastischem Kontrast zur Zeichnung stand die Unterschrift, die der Karikaturist Nicholas Garland der berühmten Grabinschrift für den Architekten Sir Christopher Wren entlehnt hatte: »Si Monumentum Requirit, Circumspice« – »Benötigst Du ein Denkmal, schau dich um!«. Die Zeichnung fängt eine Deutung des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ein, die zeitgenössisch in Großbritannien weit verbreitet war und die bis in die Gegenwart hinein einflussreich geblieben ist. Strukturwandel wird hier als Verlustgeschichte begriffen, als Geschichte des Niedergangs, und darüber hinaus als politisches Projekt, als »Klassenkampf von oben«, wie es Jim Phillips einmal ausgedrückt hat.

Die beiden hier zu besprechenden Sammelbände nehmen eine andere Perspektive auf die jüngste Zeitgeschichte ein. Nicht der Erfahrungsraum und Wahrnehmungshorizont der Zeitgenossen bilden den Ausgangspunkt, sondern unsere Gegenwart. Zeitgeschichte ist »Vorgeschichte der Gegenwart«, wie Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael und Thomas Schlemmer programmatisch bereits im Titel des ersten hier anzuzeigenden Bandes deutlich machen. Die Vergangenheit wird darauf hin befragt, inwiefern sich in ihr »Anfänge von aktuellen Begebenheiten im Guten wie im Schlechten« finden lassen. Der Präsentismus, der einer solchen Sicht inhärent ist, wird hier nicht als Problem verstanden, sondern im Gegenteil »als Möglichkeit heuristischen Fortschritts«, wie Doering-Manteuffel und Raphael in ihrer Einleitung betonen (S. 9). Eine Konsequenz aus dieser »Öffnung« der Zeitgeschichte sei eine engere Verzahnung mit den Sozialwissenschaften, vor allem der Soziologie (S. 12).

Die beiden Sammelbände stellen keine zufällig zusammengewürfelten Tagungsbände dar oder eilig herausgegebene *Work-in-Progress Reports*. Vielmehr erheben sie den Anspruch, die Ergebnisse zweier groß angelegter, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderter Projekte einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der erste hier zu besprechende Band, »Vorgeschichte der Gegenwart«, geht aus einer internationalen Tagung gleichen Titels hervor, die im Juni 2013 am Institut für Zeitgeschichte in München stattfand. Dabei handelte es sich um die Abschlusstagung des von den Universitäten Tübingen und Trier gemeinsam getragenen und seit 2009 geförderten Forschungsverbands »Nach dem Boom«. Der 502 Seiten umfassende Band versammelt in vier Unterabschnitten die Ergebnisse von zwanzig Einzelstudien. Die meisten Teilprojekte des Forschungsverbands sind mit Einzelbeiträgen vertreten. Daneben kommen auch Soziologen sowie andere Zeithistoriker und Zeithistorikerinnen zu Wort, die an der Tagung teilgenommen haben.

In gewisser Hinsicht liefert der Sammelband die empirische Basis zu der programmatischen Projektskizze, die 2008 von den beiden Leitern des Forschungsverbands, Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael, unter dem Titel »Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970« in erster Auflage vorgelegt worden war und in der deutschsprachigen Forschung breit rezipiert worden ist. In der Tat greifen viele Einzelbeiträge, vor allem diejenigen des Forschungsverbands, die zentrale Formu-

lierung aus dem Jahr 2008 wieder auf, wonach die Jahre seit 1970 durch »sozialen Wandel von revolutionärer Qualität« gekennzeichnet gewesen seien. Der 2008 lediglich postulierte »Strukturbruch« taucht 2016 gleichsam voraussetzungslos im Untertitel auf. Allerdings wäre es verkürzend, den Sammelband lediglich als empirische Unterfütterung bereits seit Langem diskutierter Hypothesen zu sehen. Vielmehr tragen die einzelnen Beiträge dazu bei, das Forschungsfeld auszufächern und die Thesen zu differenzieren. Wichtigen Anteil daran haben nicht zuletzt diejenigen Beiträge, die unabhängig von der Arbeit des Forschungsverbundes entstanden sind.

In ihrer selbstbewussten Einleitung sehen die Herausgeber die ursprünglichen Annahmen aus dem Jahr 2008 durch die Diskussion der vergangenen Jahre im Wesentlichen bestätigt (S. 18f.). Vor allem habe sich ein Konsens darüber herausgebildet, dass die frühen 1970er-Jahre in der Tat als eine Zäsur betrachtet werden können und dass manches dafür spreche, das Ende dieser Übergangs- und Umbruchsphase auf die Mitte der 1990er-Jahre zu datieren (S. 11f.). Gleichzeitig heben die Herausgeber hervor, dass in Zukunft »die Ambivalenzen der Umbrüche nach dem Boom« noch stärker als bisher zu berücksichtigen seien (S. 32). Unter Verweis auf den von Morten Reitmayer angestellten Vergleich zwischen der *belle époque* um 1900 und dem späten 20. Jahrhundert regen sie an, dass ein »Denkmodell sich öffnender und schließender Möglichkeitshorizonte« geeignet sein könnte, »die Ambivalenzen der Epoche« sichtbar zu machen (S. 32).

Die 20 Einzelbeiträge des Sammelbands gliedern sich in vier Unterabschnitte, die sich den Themenfeldern der Arbeit (I), der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (II), des Konsums (III) sowie der Zeitlichkeit (IV) widmen. Die Einzelstudien variieren in ihrer empirischen Dichte und der Reichweite des Erklärungsanspruchs, bewegen sich aber durchgängig auf ansprechendem Niveau. Im Rahmen dieser Besprechung können die Ergebnisse im Einzelnen nicht hinreichend gewürdigt werden. Vielmehr soll es darum gehen, schlaglichtartig einige Befunde hervorzuheben, die geeignet scheinen, dem Bild von der jüngsten Vergangenheit schärfere Konturen zu verleihen oder auch bisher weniger beachtete Aspekte hervorzuheben.

Wie die Beiträge des ersten Abschnitts über »Formwandel und Strukturbrüche der Arbeit« deutlich machen, begann sich in den 1970er-Jahren gerade nicht das »Ende der Arbeitsgesellschaft« abzuzeichnen, wie es einigen zeitgenössischen Beobachtern erschien. Vielmehr war es »die Entwicklung von Arbeit selbst, in der sich die Umbrüche manifestierten«, wie dies Dieter Sauer in seinem sozialwissenschaftlichen Beitrag zeigt (S. 38). Für Sauer ist der Wandel der Arbeitswelt vor allem durch einen Prozess der »Vermarktlichung« gekennzeichnet, dessen markantestes Kennzeichen darin bestehe, permanente Überforderung zu einem Strukturprinzip der betrieblichen Organisation von Arbeit zu machen (S. 44). Dass mit dem Übergang in das digitale Zeitalter nicht mehr nur die Handarbeit, sondern in zunehmendem Maße die Kopfarbeit einem Innovationsschub ausgesetzt ist, der große Anpassungsleistungen von Seiten der Arbeitnehmer erfordert, machen Andreas Boas, Tobias Kämpf und Thomas Lühr in ihrem Beitrag eindringlich deutlich. Zunehmend bekommen auch Geistes- und Sozialwissenschaftler sowie andere geistig Tätige am eigenen Leibe zu spüren, was den klassischen Industriearbeitern bereits in den 1970er- und 1980er-Jahren widerfahren ist, nämlich als »überholt« klassifiziert zu werden und ins Abseits geschoben zu werden.

Auch die anderen Beiträge des Abschnitts zeigen, dass mit neuen Leitbildern und Ermöglichungen auch neue Erwartungen und Zwänge einhergingen, sei dies im Bereich der Frauenerwerbstätigkeit, in der das alte Modell der »fordistischen Hausfrau« umfassend delegitimiert wurde (Thomas Schlemmer), im Bedeutungswandel, den Ideen von »Flexibilisierung« von Arbeit durchmachten (Dietmar Süß), oder in den Vorstellungen davon, welche Formen von Arbeit wem zugemutet werden konnten (Wiebke Wiede). Jenseits dieser übergreifenden Befunde ist auffällig, dass vor allem die soziologisch argumentierenden Beiträge die größten Innovations- und Wandlungsschübe eher in den 1990er-Jahren verorten als in den beiden Jahrzehnten der 1970er- und 1980er-Jahre, die ursprünglich im Kernbereich des Forschungsverbundes »Nach dem Boom« gestanden hatten.

Derselbe Befund eines »verzögerten« Strukturbruchs kehrt auch im zweiten Themenblock des Sammelbands wieder, der sich wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problemstellungen zuwendet. So argumentieren sowohl Lutz Leisering in seinem Beitrag über den deutschen Sozialstaat als auch Wolfgang Schroeder und Samuel Greef in ihrem Überblick über Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen, dass



erst »mit etwa zwanzigjähriger Verspätung« weitreichende Konsequenzen aus sich wandelnden Rahmenbedingungen gezogen worden seien (S. 249). Radikalem Wandel ging eine lange Übergangsphase voraus, in der auf neue Herausforderungen mit dem Versuch reagiert wurde, das Überkommene zu konsolidieren und bestenfalls vorsichtig zu reformieren, statt grundlegend umzustürzen. Leisering deutet in seinem Beitrag an, dass es sich hierbei um eine deutsche Besonderheit in den Krisenjahren nach dem Boom gehandelt haben könnte (S. 229).

Liegt in der »gedehnten Zeit« vielleicht eine der Ursachen dafür, dass die Bundesrepublik im internationalen Vergleich relativ glimpflich sowohl durch die »Große Inflation« der 1970er-Jahre gekommen ist als auch durch die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre? Ginge es zu weit, zu vermuten, dass gerade die Schwerfälligkeit der Bundesrepublik eine der Ursachen dafür war, dass der deutschen Gesellschaft der »autoritäre Populismus« (Stuart Hall) vom Schläge Margaret Thatchers und Donald Trumps bisher erspart geblieben ist? Die Frage ist reizvoll; sie lässt sich auf Grundlage der hier versammelten Beiträge leider nicht beantworten. Zu unterschiedlich sind die Zugriffsweisen und Referenzpunkte. Vielleicht liegt darin eine Schwäche des ansonsten in vielerlei Hinsicht überaus ertragreichen Bandes. Während die Mehrzahl der Beiträge die Bundesrepublik zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nimmt, wenn auch zuweilen in vergleichender Perspektive, haben die beiden englischsprachigen Beiträge den »Westen« insgesamt im Blick. Daneben betrachten einige Beiträge Entwicklungen in anderen westeuropäischen Ländern, vor allem in Großbritannien und Frankreich. So entsteht ein Nebeneinander, das sich nur schwer zu einem Gesamtbild formen lässt.

Der dritte Abschnitt behandelt den Bereich des Konsums und trägt die Überschrift »Von der Konsum- zur Konsumentengesellschaft«, womit bereits ein Deutungsrahmen vorgegeben ist. Interessant ist, dass zwei Beiträge quer zu dieser Deutung stehen. So konstatiert Frank Trentmann in seinem knappen Abriss über Konsumtrends seit dem Zweiten Weltkrieg, dass die 1970er-Jahre gerade nicht als eine historische Zäsur gelten könnten und auch keine »revolutionäre Transformation« stattgefunden habe. Vielmehr hätten sich im Bereich des Konsums existierende Trends fortgesetzt, wenn auch in abgeschwächter Form (S. 306). Auch Maren Möhring distanziert sich in ihrem lesenswerten Beitrag über bundesrepublikanische Esskulturen von der These, dass wir es im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mit einem Übergang von der konformen Konsum- zur individualisierten Konsumentengesellschaft zu tun hätten. Sie plädiert für ein »weniger lineares Modell«, welches auch das Nebeneinander von Standardisierung einerseits und Pluralisierung andererseits einzufangen in der Lage sei (S. 309 & S. 329). Kennzeichnend für die 1970er-Jahre sei vor allem eine »Entnormativierung« gewesen (S. 331). Immerhin lassen sich krisenhafte Entwicklungen auf einzelnen Feldern des Konsums identifizieren, etwa im Bereich der gesellschaftlichen Akzeptanz des Profifußballs, wie Hannah Jonas in ihrem Beitrag zeigt.

Im abschließenden Teil schließlich geht es um »Zeithorizonte und Zeitdiagnosen«. Dass sich auch auf diesem Feld Wandlungsprozesse nachzeichnen lassen, die die krisenhaften soziökonomischen Entwicklungen der Zeit reflektierten und aufnahmen, ist wenig überraschend. Bereits ein Blick auf die Jugend- und Subkultur der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre macht hinreichend deutlich, dass eschatologische Naherwartungen eine neue Konjunktur erlebten. Produktiver scheint mir die Beobachtung zu sein, welche große Prägekraft die intellektuellen Aufbrüche der 1960er-Jahre für das »temporale Imaginarium nach dem Boom« (Fernando Esposito) besaßen. So kann Martin Kindtner in seinem Beitrag über »Strategien der Verflüssigung« zeigen, dass der Strukturalismus zunächst in Konkurrenz zur marxistischen Avantgarde der Nachkriegszeit entstand, sich im Zuge von »1968« dann aber politisierte und eine Verbindung zum zeitgenössischen Linksradikalismus einging. In dieser Form wurde er in den 1970er-Jahren als Poststrukturalismus dann auch in der Bundesrepublik rezipiert. Elke Seefried wiederum kann deutlich machen, dass sich die Zukunftsforschung in der Bundesrepublik bereits um 1970 grundlegend in Richtung einer »kritischen Futurologie« gewandelt hatte, die sich am Menschen und an der Ökologie statt an der Technik orientierte (S. 433). Die »Krise« war von der Zukunftsforschung bereits »konstruiert« worden, bevor der Ölpreisschock sie ins öffentliche Bewusstsein hob.

Dennis Eversberg erinnert in seinem Beitrag über Arbeitsmarkt und junge Menschen daran, dass die Destabilisierung von Zukunftserwartungen auch als befreiend empfunden werden konnte: »Der Ausbruch aus den vorgezeichneten Bahnen standardisierter, beruflich codierter Lebensentwürfe wurde zu Recht als Befreiung und als Ermächtigung zu selbstbestimmter Gestaltung des eigenen Lebens erfahren«, wie er feststellt (S. 452). Abschließend stellt Morten Reitmayer in seiner Untersuchung über »bri-



tische Elitensemantiken« die Genese einer neuen Elite vor, die sich als Außenseiter inszenierten und zunächst auf dem Feld der Wirtschaft reüssierten, inzwischen aber in der Politik Großbritanniens (und der USA) ihr Unwesen treiben.

Mit »Vorgeschichte der Gegenwart« liegt ein Band zur jüngsten Zeitgeschichte vor, der die Ausgangsüberlegungen des »Nach dem Boom«-Forschungsverbundes empirisch absichert, aber auch differenziert. Bemerkenswert erscheinen die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit der sich die einzelnen westlichen Gesellschaften auf die Herausforderungen der Zeit nach dem Boom einließen beziehungsweise in den Strudel derselben gerissen wurden. Für die Bundesrepublik jedenfalls scheinen die entscheidenden Zäsuren erst in den 1990er-Jahren gesetzt worden zu sein. Anders in Großbritannien oder auch in den Vereinigten Staaten – mit weitreichenden Folgen bis in die Gegenwart. Seltsam erscheint allerdings, dass der eigentliche Kernbereich der Ausgangsthese, der Wandel im wirtschaftlichen Produktionsregime, im Sammelband vergleichsweise unterrepräsentiert ist. Ausgewiesene Wirtschaftshistoriker sind unter den Beiträgern kaum vertreten.

Anders ist das bei dem zweiten hier anzuzeigenden Band, »Der Mythos von der postindustriellen Welt«, der von den beiden Wirtschaftshistorikern Werner Plumpe und André Steiner herausgegeben wurde. Der Band fasst die Ergebnisse eines ebenfalls von der DFG geförderten Projekts zum wirtschaftlichen Wandel zwischen 1960 und 1990 im deutsch-deutschen Vergleich zusammen. Die Einzelstudien zum Maschinenbau (Ralf Ahrens), zur Tonträgerindustrie (Christian A. Müller) und zum Paulschaltourismus (Jörg Leczenski) erscheinen gerade deshalb als klug gewählt, weil diese Branchen weder zu den großen Gewinnern noch zu den Verlierern der Zeit nach dem Boom gerechnet werden können. Sie dienen den Herausgebern dazu, ihre zentrale These zu untermauern, wonach die Rede von der postindustriellen Welt für Deutschland nicht zutreffe.

Einen scharfen Bruch von einer Industriegesellschaft hin zu einer wie auch immer konfigurierten »Dienstleistungsgesellschaft« erkennen die beiden Herausgeber für den Untersuchungszeitraum nicht. Aus wirtschaftshistorischer Sicht müsse vielmehr von einem »mehr oder weniger kontinuierliche[n] Prozess« gesprochen werden, der zudem »komplementär, nicht substitutiv« verlaufen sei. »Tatsächlich war – zumindest in Deutschland – die Industrie nie »verschwunden«. Vielmehr bleibe »der intensive Strukturwandel und die Verschiebung der Beschäftigungsrelationen an einen industriellen Kern gekoppelt, dessen Ausdruck sich ändert, dessen faktisches Gewicht aber weiterhin groß [ist]«, wie André Steiner in seiner zusammenfassenden Würdigung der Einzelstudien urteilt (S. 53). Damit kann der Band als wichtige Ergänzung zu »Vorgeschichte der Gegenwart« gelesen werden, der geeignet ist, der Reichweite der These vom »Strukturbruch« wirtschaftshistorische Grenzen zu setzen, zumindest für das Gebiet der Bundesrepublik und der DDR bis 1990.

Welche Korrekturen also müssen an der eingangs beschriebenen Karikatur aus dem Jahr 1987 angebracht werden, wenn Zeitgeschichte als »Vorgeschichte der Gegenwart« begriffen wird, wie es hier geschieht? Eine gegenwartsorientierte Zeigeschichte hätte neben das postindustrielle Ödland die Aufbrüche zu stellen, die an seine Stelle traten. Im Falle des alten Werksgeländes des Schwermaschinenbauers Head Wrightson, auf dem die britische Premierministerin fotografiert worden war, waren das Wohn- und Bürogebäude sowie Geschäfte des Einzelhandels. Freilich hatte Thatcher bereits zeitgenössisch auf die bestürzte Nachfrage ihrer Berater hin, warum sie sich ausgerechnet an einem solchen Ort habe fotografieren lassen, in der ihr eigenen Resolutheit geantwortet: »Well, quite simple, because in four years I'm going to be photographed on that site full of buildings and that will just show you [...] what enterprise can do!« Zweitens müsste die Person Margaret Thatchers aus dem Zentrum der Zeichnung an den Rand gerückt werden. In den hier besprochenen Einzelstudien jedenfalls erscheinen die Handlungsspielräume politischer Akteure geringer als es den Zeitgenossen erschienen sein mag. Schließlich wäre zu berücksichtigen, dass auch die Tage des Mediums, in dem die Zeichnung übermittelt wurde, bereits gezählt waren. Der britische Independent, in den 1980er-Jahren noch als journalistische Innovation gefeiert, hat inzwischen seine Printausgabe eingestellt. Und dennoch bringt die Karikatur etwas zum Ausdruck, das sich mit einem präsentistischen Blick, zumal wenn er aus Deutschland kommt, nur schwer fassen lässt: die Wirkmächtigkeit der Bilder und Vorstellungen, die sich die Zeitgenossen von den Umbrüchen machten, und deren korrodierender Einfluss bis in die politischen Umwälzungen unserer Tage hinein.

*Jörg Arnold, Nottingham*

**Zitierempfehlung:**

Jörg Arnold: Rezension von: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016 und Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990, Wallstein Verlag, Göttingen 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 57, 2017, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81818>> [28.2.2017].